

vlb-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



Berufliche Bildung im Dienste der jungen Menschen – VLB



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN

- > **Kultusminister Dr. Spaenle stärkt Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen**
Wolfgang Lambl bringt das Gespräch mit dem Kultusminister auf den Punkt
- > **Berufliche Bildung 2016 – Runder Tisch**
Alexander Liebel hat für den VLB beim Gespräch mit der Abteilung VI genau hingehört
- > **Mit den Landtagsfraktionen im Gespräch**
Dr. Siegfried Hummelsberger fasst die Ergebnisse der Gespräche mit Parlamentariern der Grünen und der CSU zusammen
- > **Personalratswahlen 2016**
Wolfgang Lambl gibt Information zum Ablauf der Wahl
- > **Neuer Studiengang „Master Berufliche Bildung Integriert“ für Metall- und Elektrotechnik**
Die Initiatoren stellen den neuen Studiengang vor
- > **Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Gribl – ein Freund der Wirtschaftsschule**
Jürgen Wunderlich und Bernhard Dachser diskutierten mit dem stellvertretenden CSU-Vorsitzenden die Situation der Bayerischen Wirtschaftsschule
- > **11. FOS/BOS-Tag in Regensburg**
Hans Dietrich heißt Sie mit einem interessanten Programm an der neuen BOB in Regensburg willkommen
- > **Das Energiespardorf – eine Idee wird multipliziert**
Karl Geller stellt ein Projekt vor, das nicht nur umweltfreundlich ist, sondern auch zur Integration von BAF-Schülern beiträgt

THEMA DES TAGES

- 03 Wolfgang Lambl: Kultusministerium stärkt Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen

BILDGSPOLITIK

- 04 Alexander Liebel: Berufliche Bildung 2016. Runder Tisch mit der Abteilung VI
 06 Dr. Siegfried Hummelsberger: Berufsbildung mit Zukunft – Gespräch mit den Landtagsgrünen
 08 Dr. Siegfried Hummelsberger: Parlamentarischer Abend mit der CSU

DIENSTRECHT

- 11 Wolfgang Lambl: Ohne Wahlvorschlag kein Personalrat
 13 Wolfgang Lambl: Verselbständigung von Nebenstellen und Teilen von Dienststellen

LEHRERBILDUNG

- 16 A. Riedl/C. Schindler/E. Moser: Neuer Studiengang „Master Berufliche Bildung Integriert“

BERUFLICHE SCHULEN

- 19 Bernhard Dachser: Augsburgs Oberbürgermeister eine Fürsprecher der Wirtschaftsschule
 19 P. Männlein/M.-P. Neumann: VLB-Stellungnahme zum neuen Studiengang

FACHTAGUNG

- 20 Hans Dietrich: 11. FOS/BOS-Tag in Regensburg
 21 Programm

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 22 Reinhard Schönweiß: Justizminister Bausback – Rechtskundeunterricht aus erster Hand
 23 Peter Thiel: Learning by doing – Fotoworkshop in Venedig
 27 Karl Geller: Das Energiespardorf – eine Idee wird multipliziert

SCHULENTWICKLUNG

- 32 Franz Thurner: Austausch mit den beruflichen Schulen Südtirols

SCHULPARTNERSCHAFTEN

- 33 Perspektiven für afrikanische Jugendliche
 33 Johannes Münch: Neusäß – Baufirmen liegen voll im Zeitplan

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 34 Landesverband
 35 Bezirks- und Kreisverbände
 36 Personalien
 39 Vermischtes
 40 Für Sie persönlich
 41 Leser schreiben
 41 Bücher/Medien
 44 abl bei Minister Spaenle

Kultusministerium stärkt Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen: „Tue Gutes und rede darüber.“

Am 28. Januar 2016 nahmen der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich und der Stellvertretende Landesvorsitzende und HPR-Vorsitzende berufliche Schulen Wolfgang Lambl die Einladung von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle zu einem Gespräch wahr. Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle informierte die VLB-Verbandsspitze dabei persönlich umfassend über teils sehr erfreuliche Maßnahmen bzw. Entscheidungen.

10 zusätzliche Stellen zur Stärkung der Unterrichtsversorgung an Berufsschulen

Mit Wirkung vom 01.01.2016 sind dem Berufsschulbereich (Kap. 0515) insgesamt 10 weitere Vollzeitkapazitäten zugeteilt worden. Diese Kapazitäten werden im Schuljahr 2016/17 fortgeführt.

Damit hat Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle eine erste Maßnahme zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an Berufsschulen ergriffen und nochmals aktiv auf die Forderungen des VLB reagiert.

Ausbau der Klassen für berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge

Nach der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2016 im Umfang von 160,7 Mio. € stehen dem Bildungsbereich insgesamt 1.079 Stellen und Mittel (Personalmittel und Mittel für Kooperationspartner sowie Gastschulbeiträge) zur Verfügung. Hiermit könnten im Jahr 2016 bis zu 1.200 Berufsintegrationsklassen und bis zu 1.600 Übergangsklassen eingerichtet werden.

Im Bereich der Beruflichen Schulen werden die Klassen seit Januar 2016 sukzessive ausgebaut. Dabei ist die Genehmigung von rund 200 Klassen des BIJ/V ab Januar/Februar 2016 noch im Dezember 2015 erfolgt. Ab April 2016 werden zusätzlich Sprachintensivklassen gebildet (z. T. bilden die Kommunen bereits ab Februar Sprachintensivklassen), die dann im September 2016 in reguläre BIJ/V einmünden. Aktuell werden rund 8.200 junge Flüchtlinge in den Berufsintegrationsklassen zwei Jahre lang an Berufsschulen auf eine Berufsausbildung in Bayern vorbereitet. Nach den aktuellen Planungen werden wir diese Zahl ab März 2016 auf rund 12.000 und ab September 2016 auf bis zu 22.000 Schüler und Schülerinnen steigern.

1200 Berufsintegrationsklassen geplant

Um den ambitionierten Ausbau von rund 450 auf bis zu 1.200 Berufsintegrationsklassen (1. und 2. Jahr) realisieren zu können, müssen alle denkbaren Optionen genutzt werden, u.a. die Einrichtung von Klassen des BIJ/V als Außenklassen an staatlichen Wirtschaftsschulen, staatlichen Berufsfachschulen und staatlichen Beruflichen Oberschulen, die nicht in einem Schulzentrum mit einer Berufsschule organisiert sind.

Darüber hinaus können Außenklassen – in Abstimmung mit dem Sachaufwandsträger und der jeweiligen Schulleitung – selbstredend auch in allgemeinbildenden Schulen mit frei-



Wolfgang Lambl und Jürgen Wunderlich beim Meinungsaustausch mit Minister Dr. Ludwig Spaenle.

en Räumlichkeiten eingerichtet werden (wird z.B. in Landsberg praktiziert). In Ausnahmen sind Außenklassen auch in sonstigen geeigneten Räumlichkeiten, z. B. Räumlichkeiten der Jugendhilfeeinrichtungen, der jeweiligen Bildungsregion denkbar.

Mit Beschluss von Staatsminister Dr. Spaenle zur Verteilung der Stellen und Mittel des Nachtragshaushalts werden 332 Planstellen und Mittel für 41 Personalkapazitäten ab Januar 2016 sowie Mittel für weitere 200 Personalkapazitäten ab September 2016 für die Einrichtung von Klassen für berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge bereitgestellt.

Fazit

Mit dem vorgenannten Bündel an Maßnahmen geht das Staatsministerium davon aus, dass die zusätzlichen Planstellen und die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten vollumfänglich besetzt werden können.

Der VLB begrüßt die erforderliche Bereitstellung der zusätzlichen Planstellen und Beschäftigungsmöglichkeiten zur Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen an den beruflichen Schulen und bedankt sich besonders für den die 10 zusätzlichen Stellen zur Stärkung der Unterrichtsversorgung an Berufsschulen. Herr Staatsminister Dr. Spaenle: „Vielen Dank – Weiter so!“

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Wolfgang Lambl

Gesprächsrunde "Berufliche Bildung 2016 – Runder Tisch".

„Wir tun unser Bestes und brauchen dafür dringend mehr Unterstützung ...“

ALEXANDER LIEBEL

... so die Kernaussage des VLB-Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich, als er die Stimmungslage der bayerischen Lehrkräfte an beruflichen Schulen auf den Punkt brachte. Selbstverständlich war die Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ein wichtiger Tagesordnungspunkt beim mittlerweile schon traditionellen „Runden Tisch zwischen Kultusministerium und VLB-Verbandsspitze“, der wie jedes Jahr im Januar stattfand.

Ministerialdirigent German Denneborg, Chef der Abteilung VI des Kultusministeriums, sowie seine zuständigen Leiterinnen und Leiter der verschiedenen Referate diskutierten ausführlich und in einer sehr offenen Art und Weise mit dem VLB-Führungsteam drängende Fragen des beruflichen Schulwesens in Bayern.

Eine gewaltige Herausforderung für die beruflichen Schulen

Man braucht sich nur ein paar Zahlen anzuschauen, um sich ein ungefähres Bild davon machen zu können, welche „gigantische Herausforderungen“, so Jürgen Wunderlich, auf die beruflichen Schulen zugekommen sind. Aktuell (Stand 18.02.2016) sind rund 500 Berufsintegrationsklassen an 95 Standorten und 125 beteiligten Berufsschulen eingerichtet. Zu Schuljahresbeginn waren es noch rund 440 Klassen. Mit Beginn des 2. Schulhalbjahres kamen weitere 144 Berufsintegrationsklassen sowie 22 Sprachintensivklassen hinzu. Zu diesem Zeitpunkt starteten an drei Standorten (Kempten, Weiden und Würzburg) sogenannte Integrations-Vorklassen an Fachoberschulen mit dem Ziel, den betroffenen jungen Menschen den regulären Besuch einer Vorklasse, bzw. den normalen Besuch einer FOS-Klasse zu ermöglichen.

Planungshorizont für das Schuljahr 2016/2017

Mit dem Schuljahresbeginn 2016/2017 werden voraussichtlich in Bayern bis zu

1.200 Berufsintegrationsklassen mit rund 22.000 Schülerinnen und Schülern eingerichtet sein. Ab diesem Zeitpunkt werden, nicht zuletzt wegen der zunehmenden Raumproblematik, weitere Möglichkeiten zur Einrichtung von Berufsintegrationsklassen geschaffen:

- > Einrichtung von eigenständigen Berufsintegrationsklassen auch an Wirtschaftsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen.
- > Möglichkeit der Einrichtung von Berufsintegrationsklassen an privaten beruflichen Schulen.

Höchster Respekt für die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen

„Es ist mir ganz, ganz wichtig, den Kolleginnen und Kollegen sowie den Schulleitungen gegenüber meinen höchsten Respekt für ihr Engagement und ihre Leistungen auszudrücken, bitte geben Sie das weiter“, so Ministerialdirigent Denneborg gegenüber den VLB-Vertretern. „Konkret kann ich allerdings keine Zusagen machen hinsichtlich von möglichen zeitlichen Entlastungen, ich bitte dafür um Verständnis. In dem laufenden Doppelhaushalt sind keine Spielräume vorhanden, gleichwohl anerkenne ich die Notwendigkeit der Unterstützung der Schulen.“

VLB fordert Integrationsfaktor

Jürgen Wunderlich kündigte an, im Rahmen der anstehenden Parlamentarischen Abenden (siehe Seite auch 8) mit höchstem Nachdruck gegenüber den politischen Verantwortlichen diese Unterstützung einzufordern. „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten am Limit. Die beruflichen Schulen brauchen einen sogenannten Integrationsfaktor vergleichbar wie bei JoA-Klassen“, brachte Wolfgang Lambl, stellvertretender Landesvorsitzender, die Forderung des VLB auf den Punkt. „Das wird nicht ohne zusätzliche Stellen realisierbar sein, das ist uns klar. Aber: Ohne Verpflegung keine Bewegung“, so Lambl. Soll heißen, die Kolleginnen und Kollegen können

nicht noch immer mehr zusätzliche Aufgaben schultern, ohne entsprechend „verpflegt“ zu werden.

Das betrifft nicht nur die pädagogische Arbeit, sondern auch die Arbeit in den Sekretariaten. „Außenstehende können sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen, welche enormen Zusatzbelastungen auf die Sekretariate in den vergangenen Monaten zugekommen sind“, schilderte Martin Krauß, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, seine Eindrücke aus Gesprächen mit Sekretärinnen. Äußerungen wie „ich kann nachts nicht mehr schlafen ...“ hört er immer wieder. Auch in diesem Bereich ist die Belastungsgrenze bereits überschritten“, so Krauß.

„Ein dringendes Problem ist selbstverständlich auch die extrem angespannte Raumsituation, wir wissen überhaupt nicht mehr, wo wir die Räume hernehmen sollen“, erläutert Jürgen Wunderlich die Situation in der „eigenen“ Schule. „Um den außergewöhnlichen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen wir ein deutliches Plus für die pädagogische Arbeit, die Verwaltungsarbeiten und auch im Bereich der Räume. Wir tun unser Bestes, aber wir brauchen dafür dringend mehr Unterstützung“, so der eindringliche Appell der Verbandsvertreter, die aus den verschiedensten Regierungsbezirken kommen.

„Vergesst mir die normalen Berufsschüler nicht ...“

Mit dieser Aufforderung führte Christian Wagner, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, in die Diskussion ein. Die enormen Belastungen dürfen keineswegs „... zu einer Benachteiligung der Auszubildenden mit Lehrvertrag führen“, brachte Wagner seine erheblichen Bedenken zum Ausdruck. „Darüber hinaus werden die jungen Asylbewerber und Flüchtlinge, die den Weg in eine duale Ausbildung schaffen, einer besonderen Förderung bedürfen“, so Christian Wagner. Er schlug deshalb die Einführung von „Intensivierungsstunden“ vor, wie sie sich bereits an ande-

ren Schularten bewährt haben. „Die Kollegen an den beruflichen Schulen haben in den vergangenen Jahren viel Engagement und Ressourcen in den Bereich Qualitätssicherung investiert. Unter dem Druck der Verhältnisse dürfen die erreichten Standards nicht aufgegeben werden“, forderte in diesem Zusammenhang der VLB-Landesvorsitzende. Mdgt Denneborg unterstützte die Forderung des Verbandes ausdrücklich. „Abstriche im ‚normalen‘ Kerngeschäft unserer beruflichen Schulen dürfen nicht sein. Wir werden alles tun, um sie vermeiden zu können.“

Glänzende Aussichten für unseren Nachwuchs

„Für Absolventen mit Lehramtsbefähigung an beruflichen Schulen bestehen zum Schulhalbjahr 2016 beste Einstellungsbedingungen im staatlichen sowie im kommunalen Bereich“, mit diesen Worten lassen sich die Ausführungen von MR Claus Pommer, u. a. verantwortlich für das Lehrpersonal an beruflichen Schulen in Bayern, prägnant zusammenfassen. „Auch zum September 2016 bestehen für die Absolventen in allen beruflichen Fachrichtungen hervorragende Einstellungschancen – insbesondere, wenn man die Beschäftigungsmöglichkeiten bei kommunalen und privaten Trägern miteinbezieht“, gab Pommer einen Ausblick auf das kommende Schuljahr. Dabei betonte er, „dass die Stellen und Mittel für die BAF-Beschulung vom Landtag im Rahmen des Nachtragshaushaltes zusätzlich bereit gestellt wurden.“ „Wir brauchen alle, die die Voraussetzungen mitbringen. Dabei haben die Berufler Vorrang“, untermauerte Mdgt Denneborg die Position des Ministeriums.

Erfreuliche Entwicklungen in der Beruflichen Oberschule

Ministerialrat Günter Liebl, verantwortlich für die Beruflichen Oberschulen in Bayern, informierte über positive Entwicklungen in seinem Verantwortungsbereich. „Erfreulich ist, dass zum Schuljahresbeginn die Standorte für die neuen Ausbildungsrichtungen Gesundheit und Internationale Wirtschaft deutlich ausgeweitet werden konnten, sodass in jedem Regierungsbezirk jeweils eine BOB dieses Angebot machen kann (Oberbayern 2)“, so Liebl. Auch das Netz an FOS-Vor-



Die Abteilungsspitze (von links): Günter Liebl, Claus Pommer, German Denneborg, Werner Lucha und Maximilian Pangerl.



Die Vorstandsspitze (von links): Pankraz Männlein, Jürgen Wunderlich, Wolfgang Lambl, Dr. Siegfried Hummelsberger, Sophie Altenthann und Christian Wagner.

klassen konnte um 134 Schulen erweitert werden. Inzwischen können etwa 80% der Fachoberschulen eine Vorklasse anbieten. Zurzeit erarbeiten etwa 50 Lehrplankommissionen neue kompetenzorientierte Lehrpläne für die Berufliche Oberschule. Zunächst werden die Pflichtfächer bearbeitet, danach die Wahlpflichtfächer, wobei unterschieden wird zwischen profilgebenden/vertiefenden Wahlpflichtfächern und allgemeinen/erweiternden Wahlpflichtfächern, die einen Blick über die gewählte Ausbildungsrichtung hinaus ermöglichen sollen.

Die Beruflichen Oberschulen befinden sich mitten in einem dynamischen Innovationsprozess, „es sind viele Bälle in der Luft“, beschrieb MR Liebl die aktuelle Situation. Jürgen Wunderlich betonte die positiven Entwicklungen, „... unsere seit langem bekannten Forderungen hinsichtlich der Personalsituation haben allerdings nichts an ihrer Dringlichkeit verloren.“

Erfolgreiche Aufstiegsqualifizierung für Fachlehrer

MR Pommer berichtete über die Beendigung der erstmals durchgeführten Quali-

fizierungsmaßnahme von Fachlehrern an staatlichen beruflichen Schulen für die vierte Qualifizierungsebene. „Der Landespersonalausschuss hat in seiner Sitzung am 29.10.2015 bei allen 13 Fachlehrern festgestellt, dass sie die Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen als Bewerber gem. Art 22 Abs.6 BayLBG besitzen“, so die amtliche Formulierung für den erfolgreichen Abschluss der Maßnahme.

Mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 startete die zweite Runde mit 15 staatlichen Teilnehmern. Auch kommunale Schulträger zeigen zunehmend Interesse an der Durchführung der Aufstiegsqualifizierung für Fachlehrer an kommunalen beruflichen Schulen.

Wolfgang Lambl, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender und selbst Fachlehrer, bedankte sich im Namen des Verbandes ausdrücklich beim Kultusministerium für die Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme. „Insgesamt hat sich das Verfahren bewährt, es motiviert Fachlehrkräfte, bietet Leistungsanreize und bringt für alle Beteiligte Vorteile“, fasste Lambl seine Einschätzung zusammen.



Der neue Referatsleiter VI Dr. Alfons Frey.

Wirtschaftsschule: Die eingeleiteten Maßnahmen werden Wirkung zeigen

Erstmals vertrat OStD Dr. Alfons Frey, Nachfolger von MR Dr. Horst Güttler, in der Runde die Belange von Referat VI.4 (Kaufmännische berufliche Schulen, Innere Schulentwicklung und Qualitätsmanagement).

„Trotz der aktuell schwierigen Lage an zahlreichen Wirtschaftsschul-Standorten müsse die Entwicklung differenziert betrachtet werden“, so Dr. Frey. In der Tat zeigt die langfristige Betrachtung der Schülerzahlen an den bayerischen Wirtschaftsschulen starke Schwankungen auf. Mit derzeit rund 19.000 Schülerinnen und Schülern liegt die Wirtschaftsschule aktuell circa 14% unter dem langfristigen Mittelwert von 22.000. Er sei überzeugt, „die zahlreichen Initiativen und Anstrengungen, die im Rahmen der Neuausrichtung der Wirtschaftsschule auf den Weg gebracht wurden, werden ihre positive Wirkung zeigen.“

Im laufenden Schuljahr werden an der Akademie in Dillingen mehrere Fortbildungen angeboten, die eine Reihe von Themenkomplexen (Übungsunternehmen, Deutsch, Englisch) abdecken.

Als neuen Schulversuch ab dem Schuljahr 2016/2017 stellte Dr. Frey abschließend die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Berufsintegrationsklassen an der Wirtschaftsschule vor.

„Auch wenn ich es schon oftmals betont habe, wiederhole ich es immer wie-

der: Für den VLB ist die Wirtschaftsschule eine wichtige Schulart im Konzert der beruflichen Schulen. Sie führt mit Kompetenz in die berufliche Erstausbildung und/oder an die Fachoberschule. Sie ist es wert, dafür zu kämpfen und wir tun dies mit aller Kraft.“ Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich verband sein Plädoyer für die Wirtschaftsschule mit dem Wunsch an Dr. Frey zur Fortführung der intensiven sowie vertrauensvollen Zusammenarbeit, wie in den vergangenen Jahren.

Was darüber hinaus auf der Tagesordnung stand ...

Die Gesprächsrunden mit dem Kultusministerium dauern in der Regel fast drei Stunden, trotzdem ist es nicht immer möglich, die Tagesordnung in allen gewünschten Details abzuarbeiten, das liegt in der Natur der Sache. Um den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift dennoch zumindest einen Überblick bieten zu können, sollen folgende Punkte wenigstens stichwortartig behandelt werden:

Mit großer Sorge beobachten die bayerischen Technikerschulen die Entwicklung bezüglich der Ausbildung zum Geprüften Techniker (IHK). Dr. Siegfried Hummelsberger wies auf das 10-Punkte Positionspapier des VLB-Arbeitskreises hin.

Die Bedeutung der Schulpsychologen stellte Sophia Altenthan in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Unsere Forderungen in Kurzform: Wir brauchen mehr Schulpsychologen (zurzeit arbeiten nur 42 an beruflichen Schulen), sie benötigen mehr zeitliche Entlastung und die Funktionsstellen sollen im Regelfall schulübergreifend eingerichtet werden. Differenziert Stellung nahm Pankraz Männlein,

stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, zum neuen Studiengang „Master Berufliche Bildung Integriert“ für Metall- und Elektrotechnik in Kooperation der TUM School of Education mit dem Staatlichen Studienseminar. „Wir sind enttäuscht, dass der VLB nicht von Beginn an informiert war. Grundsätzlich stehen wir dem Studiengang nicht negativ gegenüber, aber unsere ‚Grundständigen‘ dürfen nicht benachteiligt werden. Wir erwarten, dass nach Ablauf der Erprobungsphase eine ergebnisoffene Prüfung des Studienganges erfolgt. Die zeitliche Verkürzung des Studienganges darf unter keinen Umständen zu Abstrichen an den Qualitätsstandards führen“.

Fortschritte gewürdigt und Weiterentwicklungen eingefordert

Es war wiederum ein sehr konstruktiver Meinungs-austausch zwischen dem Kultusministerium und dem VLB. Beide Seiten haben einerseits Fortschritte gewürdigt und gleichzeitig auch eindringlich Weiterentwicklungen eingefordert.

„Wir anerkennen, dass das Ministerium die Leistungen der Lehrkräfte würdigt“, so Jürgen Wunderlich gegenüber Ministerialdirigent Denneborg. „Es ist auch bereits einiges in unserem Sinne realisiert worden. Uns ist klar, zusätzliche Mittel müssen durch den Landtag bereitgestellt werden. Wir werden diese Mittel mit großem Nachdruck bei den Fraktionen einfordern. Die parlamentarischen Abende werden wir nutzen, für unsere berechtigten Anliegen intensiv zu werben. Wie gesagt: Wir Lehrkräfte an beruflichen Schulen geben uns Bestes, aber wir brauchen dafür dringend mehr Unterstützung!“ ■

Antragspaket der Grünen/Bündnis 90 im Landtag:

Berufsbildung mit Zukunft

DR. SIEGFRIED HUMMELSDERGER

Unter dem Titel „Berufsbildung mit Zukunft – vielfältiger, moderner, stärker“ stellten die Landtags-Grünen am 19. Februar ein umfangreiches Antragspaket im Rahmen einer Pressekonferenz vor.

Thomas Gehring, bildungspolitischer Sprecher seiner Partei, und die Pressesprecherin Lena Motzer nahmen diese Präsentation zum Anlass, auch grundsätzlich auf die aktuelle Situation der Berufsbildung in Bayern einzugehen. MdL Gehring sprach wörtlich davon, dass das

„Stiefkind der Bildungspolitik“ ins Hintertreffen zu geraten drohe, da die Bildungspolitik der Regierung seit Jahren nur auf das Problem „G8/G9“ fixiert sei. Während in Sonntagsreden die „Gleichwertigkeit reflexhaft gelobt“ werde, sehe die Realität ganz anders aus: mangelnde Ressourcen, keine ausreichende Lehrerversorgung, erheblicher Modernisierungsdruck, erhebliche Standortprobleme abseits der Ballungszentren und die Herausforderung des stetigen Strukturwandels, obendrein die aktuell Belastung im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbeschulung. Insgesamt drohe, so Thomas Gehring, der „mit Abstand größte Bereich“ – gemessen an den Schülerzahlen – ins Hintertreffen zu geraten. Der Fachkräftemangel sei bereits jetzt erheblich und es mangle der Wirtschaft auch an Auszubildenden. Die berufliche Bildung, so betonte Gehring wörtlich, sei „der Schlüssel für die Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben“. Ausdrücklich erwähnte er auch, dass ohne hoch qualifizierte Fachkräfte und ein leistungsfähiges Berufsbildungssystem grüne Kernthemen wie Klimaschutz, Energiewende, Elektromobilität sowie qualitativ hochwertige und nachhaltige Nahrungsmittelherzeugung nicht in der Breite umgesetzt werden könnten.

Das Antragspaket beinhaltet ein ganzes Bündel an Forderungen:

- > Die stufenweise Erhöhung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen auf 100% bis zum Jahr 2018.
- > Eine engere Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung durch die Steigerung der Durchlässigkeit in beide Richtungen, den Ausbau dualer Angebote und die verbesserte Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Hochschulsystem. Hier sollen übergreifende Konzepte entwickelt werden; berufliche Bildungsweg sollen Optionen bis hin zur Promotionsmöglichkeit eröffnen.
- > Eine gründliche und breite Berufsorientierung soll an allen Schularten verankert und systematisiert werden.
- > Das Übergangssystem („Warteschleifen“) soll deutlich zurückgebaut und durch verstärkte Angebote innerhalb des dualen Systems ersetzt werden.

MDL Thomas Gehring
eingeholt von
Dr. Siegfried Hum-
melsberger und
Jürgen Wunderlich.



Die dazu nötigen Maßnahmen seien allesamt vorhanden: assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen (ABH), Berufsschulsozialarbeit. Gefordert wird zudem eine Ausbildungsgarantie.

- > Verbesserung der labilen Rechtssituation für junge Flüchtlinge, Geduldete und Jugendliche mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Ausbildungsbetriebe, Schule und die Betroffenen selbst bräuchten eine verlässliche Perspektive, um erfolgreich auszubilden und integrieren zu können. Eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Berufsbildung plus zwei weitere Jahre für die Berufspraxis sei notwendig.
- > Durch ein Investitionsprogramm sollen die Möglichkeiten der Teilzeitausbildung nach BBiG deutlich gestärkt werden, insbesondere für junge Mütter und Väter. Verwiesen wird explizit auf den erfolgreichen Modellversuch der IHK München in Verbindung mit der Städtischen Berufsschule für Bürokommunikation und Industriekaufleute.
- > Ausbau, Weiterentwicklung und Stärkung der Berufspädagogik an den bayerischen Hochschulen.

In einem Dringlichkeits- und einem Änderungsantrag wurde der Landtag bereits 2015 aufgefordert, das Budget an den beruflichen Schulen in Hinblick auf die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern durch zusätzliche Mittel für Personal und Ausstattung deutlich aufzustocken.

Ressourcen fehlen

Im Anschluss an die Pressekonferenz hatte der VLB Gelegenheit in einem persönlichen Gespräch mit MDL Thomas Gehring die Anträge zu erörtern und auf die aktuelle Situation an den beruflichen Schulen einzugehen. Der Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich gab dabei insbesondere seiner Besorgnis Ausdruck, dass durch die erheblichen Belastungen besonders der beruflichen Schulen durch die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern bereits erreichte Qualitätsstandards nicht mehr gehalten werden können. „Es kann doch nicht sein, dass die jahrelangen Anstrengungen im Qualitätsmanagement, z. B. was Personal, Räume, Ausstattung und Standards angeht, jetzt über Bord gehen, weil es an den notwendigen Ressourcen fehlt.“ Ungeachtet dessen, dass die Beschulung junger Migranten eine gesellschaftliche Aufgabe mit höchster Priorität ist, dürfe unser Kerngeschäft darüber nicht vernachlässigt werden. Kritisch stehe der VLB allen Bestrebungen gegenüber, die die hohe Professionalität der Berufsschullehrkräfte durch Einstellungen zahlreicher nicht ausreichend oder nicht explizit beruflich qualifizierter Lehrkräfte aushöhlen. „Die Berufsschulen leisten derzeit Enormes und haben sich flexibel wie keine andere Schulart den Herausforderungen gestellt, aber sie befinden sich am Rande.“ ■

Parlamentarischer Abend mit der CSU:

„Wir schaffen das – aber nicht alleine!“

VLB: Alle Schularten müssen bei der Flüchtlingsbeschulung mitwirken

DR. SIEGFRIED HUMMELLSBERGER

Zum mittlerweile schon traditionellen parlamentarischen Abend traf sich der VLB am 9. März mit der CSU im Landtag hoch über der Isar. Während der Hauptvorstand des VLB nahezu mit geschlossener Mannschaft auftrat, war die Mehrheitsfraktion eher mit einem kleineren Team vertreten – schade eigentlich, denn es gab viel zu besprechen.

Jürgen Wunderlich riss bereits in seinem Eingangsstatement das Thema des Abends an, die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern an den beruflichen Schulen. Der Landesvorsitzende betonte ausdrücklich, dass der VLB vom Prinzip her voll hinter dem bayerischen Konzept des zweijährigen BIJ stehe: „Dieses Modell steht bundesweit an der Spitze und viele Länder beneiden uns darum!“ Allerdings stoßen die beruflichen Schulen jetzt immer mehr an die Grenze des Machbaren – und an vielen Orten sei sie bereits überschritten. Es fehle, so Wunderlich, an allen wesentlichen Ressourcen: fachkundiges und qualifiziertes Lehrpersonal, Räumlichkeiten, Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Verwaltungskräfte sowie ausreichend Fortbildungsangeboten. „Ohne zusätzliche Köpfe schaffen wir das nicht mehr, auch wenn wir es wollen.“ Es sei an der Zeit, alle Schularten gleichermaßen an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu beteiligen. Selbstverständlich seien die beruflichen Schulen besonders qualifiziert, um die Berufsorientierung und -vorbereitung im zweiten Jahr zu leisten, aber für die Vermittlung von Sprache, Kultur und Grundlagenwissen kämen prinzipiell alle Schularten gleichermaßen in Betracht. „Es kann und darf doch nicht sein, dass die beruflichen Schulen und Mittelschulen mit dieser Herkulesaufgabe alleingelassen werden, während andere Schularten überwiegend mit sich selbst beschäftigt sind und über Einzelaspekte von neuen Lehrplänen debattie-

ren!“, stellte der VLB-Vorsitzende sichtlich verärgert fest.

Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdL, der für die CSU-Fraktion das Wort führte, wies in seiner Replik darauf hin, dass Bayern außerordentliche Ressourcen für die Beschulung der jungen Flüchtlinge in Bayern leiste: „Für diese riesige Herausforderung haben wir den größten Nachtragshaushalt aller Zeiten eingebracht, alleine für das Kultusministerium weit über 100 Millionen Euro.“ Man habe allergrößten Respekt vor den Leistungen, die jeden Tag an den beruflichen Schulen zusätzlich zu ihren Kernaufgaben erbracht werden müssen.

Integration braucht auch Ressourcen

Sophia Altenthan berichtete von Schulen in der Oberpfalz, die wegen des Raum Mangels bereits in zwei Schichten unterrichten müssen sowie von Standorten, an denen inzwischen die Zahl junger Flüchtlinge nahezu gleich hoch sei wie die der Regelschüler. „Wie unter diesen Bedingungen sinnvoll integriert werden soll, ist mir schleierhaft!“ Die anfängliche Euphorie der Lehrkräfte sei am Kippen, es werde immer schwieriger noch Kollegen für diesen Unterricht zu motivieren. Ähnliches wurde auch aus anderen Bezirksverbänden berichtet, in etlichen Schulen quer durch das Land stellen Flüchtlinge und Asylbewerber bereits die kopfstärksten Abteilungen weit vor allen Berufsgruppen. Entgegen allen Versprechungen komme es bereits jetzt zu massiven Beeinträchtigungen bei der Beschulung von Auszubildenden. Prof. Waschler wies darauf hin, dass bereits zahlreiche neue Planstellen, befristet wie unbefristet, neu geschaffen wurden und versprach dem VLB: „Die demografische Rendite bleibt in vollem Umfang erhalten.“

Wolfgang Lambl warnte in einem engagierten Statement: „Die Stimmung beginnt zu kippen, weil die Berufsschulen alleine überfordert sind!“ Er rechnete

vor, dass bei einer erträglichen Belastung von 3 bis 4 Klassen je Standort von den beruflichen Schulen etwa 600 bis 800 Klassen versorgt werden können. Geplant seien dagegen ab September über 1200 Klassen, Tendenz steigend. Es fehle dabei an ausgebildeten Berufsschullehrkräften, stattdessen müssten Lehrkräfte aller Art eingestellt werden. „Das können die beruflichen Schulen nicht alleine schultern und der Verband wird sich mit allen Kräften dagegen wehren!“ Wenn alle Schularten, auch das Gymnasium und die Realschulen, beteiligt würden, wären die Belastungen auch für alle zu tragen.

Problematisch sei aus Sicht des VLB, dass durch die erhebliche Einstellung von Lehrkräften ohne berufliches Standbein bei weithin gleichbleibender Stellenzahl und fortlaufenden Pensionierungen von „echten“ Berufsschullehrern deren Anteil immer kleiner werde. „Es wird in einigen Jahren zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Abdeckung des fachlichen Unterrichts kommen – Ärger mit den Kammern ist da vorprogrammiert, so wurde gewarnt. Auch die Vertreterinnen der Studierenden und Referendare im VLB betonten, dass sie sich Sorgen über diese Entwicklung machen und befürchten, dass „Nicht-Berufler“ den „Beruflern“ die Stellen blockieren. Ingrid Heckner, Mitglied des VLB und als Landtagsabgordnete selbstverständlich mit dabei am parlamentarischen Abend versuchte diese Befürchtungen auszuräumen und wies auf den eklatanten Mangel an beruflich qualifizierten Bewerbern in fast allen Fachrichtungen hin.

Lehrerversorgung: nach wie vor große Lücken

Trotz des derzeitigen „Mega-Themas“ Flüchtlingsbeschulung kamen natürlich auch andere Anliegen des Verbandes zur Sprache. Wolfgang Lambl griff noch einmal das Thema Lehrerversorgung auf. Nach wie vor sei die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen weit von 100% entfernt. „Die zusätzlichen 10 Planstellen sind zwar schön, aber angesichts von etwa 600 fehlenden Lehrkräften nur ein winziger Tropfen auf einen großen, heißen Stein. Und von einer einst versprochenen mobilen Reserve wie an anderen Schularten redet heu-

te keiner mehr!“ Max-Peter Neumann, Referent für Lehrerbildung im VLB, ergänzte den Beitrag Lambls und wies insbesondere auf die Probleme hin, die mit dem Abbau des Arbeitszeitkontos verbunden sind. „Die Regelungen sind viel zu bürokratisch und zu unflexibel“. Alleine an den staatlichen FOS/BOSen gebe es derzeit einen strukturellen Ausfall von über 1000 Stunden jede Woche – mit diesem anschaulichen Beispiel stellte der Referent für die berufliche Oberstufe die Personalnot eindringlich dar.

Auch die Entwicklungen bei der Lehrerbildung wurden diskutiert, insbesondere das neue Angebot des „Integrierten Master-Studiengangs“ (in nur 3 Jahren vom Bachelor zum Master inkl. Referendariat) an der LMU München. „Das Ziel ist uns klar und auch verständlich, denn die verkürzte Ausbildung macht den Beruf attraktiv – wir sehen aber eine massive Ungleichbehandlung gegenüber Studierenden im Regelstudium und befürchten, dass es in den nur zwei erlaubten Nebenfach-Verbindungen zu massiven Überhängen kommen könnte,“ erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende Pankratz Männlein. Diese Ansicht wurde von Franziska Bernreiter, Studenten-Vertreterin im VLB, eindeutig geteilt.

Kritik an der Regelbeurteilung

Kritisiert wurde auf Basis der durchgeführten Evaluation auch beim Thema „Dienstliche Beurteilung“. Klare Forderungen von Seiten des VLB sind die Abschaffung der Regelbeurteilung von über 50-Jährigen ohne Funktionsamt und die Möglichkeit der „Fortschreibung“ nach früherem Muster. Ingrid Heckner, die als Mitglied des entsprechenden Ausschusses mit der Thematik bestens vertraut ist, wies kurz auf die rechtlichen Hürden hin, sie versprach aber dennoch Gesprächsbereitschaft und signalisierte Verständnis für die Positionen des VLB. Angesprochen wurden darüber hinaus die mangelhaften Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrerinnen und -lehrer, die an der FOS die Praktikumsphasen unterrichten.

Wirtschaftsschule – trotz gutem Angebot in der Krise

Effektiv platzierte Randolph John, VLB-Referent für Wirtschaftsschulen, einen



Letztendlich gemeinsam an einem Strang ziehen - sie standen an der Spitze der jeweiligen Delegationen: Prof. Dr. Gerhard Waschler (links) und Jürgen Wunderlich.



In der Region muss es auch stimmen - Oberpfälzer unter sich: (von links) Max-Peter Neumann, Martin Krauß, Sophia Altenthan, MdL Thomas Reiss und Robert Kölbl.



Machen sich gemeinsam stark für die Belange der beruflichen Schulen: (von links) MdL Tobias Reiss, Jürgen Wunderlich, MdL Ingrid Heckner und Wolfgang Lambel.



„Einwurf“: Wolfgang Lambel sowie die VLB-Studentenvertreter Sandra Wörle und Julia Bergler.

vehementen Appell zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Wirtschaftsschulen, die sich seit Jahren einem massiven Schüler-Rückgang ausgesetzt sehen, der zunehmend existenzbedrohlich wird. Eindringlich warb er für eine Einbeziehung aller Trägerschaften und aller Regierungsbezirke in den bereits laufenden Modellversuch 6. Jahrgangsstufe an der Wirtschaftsschule ab dem Schuljahr 2016/17. Die CSU sicherte hier zu, dass die bayerische Bildungspolitik uneingeschränkt zum Angebot Wirtschaftsschule stehe, dass aber derzeit keine Ausweitung des Modellversuchs geplant sei.

Gemeinsam die Riesenaufgabe meistern

Nach nahezu drei Stunden intensiver Gespräche im Plenum sowie im direkten Gespräch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dankte Jürgen Wunderlich den anwesenden Parlamentariern und gab nochmals seiner Sorge Ausdruck, dass die beruflichen Schulen mit einer „Riesenaufgabe“ alleine gelassen werden, die aber alle angeht und die nur alle gemeinsam schaffen können. „Es gibt keinerlei sachlichen Grund, bestimmte Schularten bei der Flüchtlingsbeschulung außen vor zu lassen!“

Der VLB bedankt sich bei der CSU-Fraktion, insbesondere bei den teilnehmenden Damen und Herren, für interessante Gespräche, die gezeigte Sachkunde und vor allem für aufmerksames Zuhören. Sicherlich hätte sich der VLB die eine oder andere klare Zusage gewünscht, doch uns ist der Unterschied zwischen Legislative und Exekutive sehr wohl bewusst. Wir hoffen, dass unsere Anliegen dennoch politisches Gehör gefunden haben, denn: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt!“ Dieser berühmte Satz sei (in Kenntnis des Urhebers) auch bei einem Bericht über den parlamentarischen Abend mit der CSU gestattet. ■

Kommentar

Das Thema „Flüchtlinge“ droht den gesellschaftlichen Konsens und die Zivilgesellschaft zu spalten. Dieser Gefahr muss mit aller Vehemenz begegnet werden. Die beruflichen Schulen in Bayern stemmen zusammen mit den Grund- und Mittelschulen nahezu alleine eine gesellschaftliche Aufgabe, die alle angeht, nämlich die Integration und Berufsvorbereitung junger Flüchtlinge und Asylbewerber. Was alle angeht, müssen aber auch alle gemeinsam lösen.

Wir schaffen das – aber nicht alleine!

Würden alle Schularten in Bayern bei den Integrationsklassen beteiligt, kämen rein rechnerisch etwa 3 bis 4 Klassen pro größerer Schuleinheit zusammen – das ist machbar und dient der Integration. 1200 Klassen nur an den beruflichen Schulen ist eine geplante Überforderung.

Wir schaffen das – aber nur mit ausreichenden Ressourcen!

Momentan fehlt es an den beruflichen Schulen in Bayern an allem, was für eine gelingende Schule nötig ist: geeignete Räumlichkeiten, qualifiziertes Lehrpersonal, ausreichend Verwaltungskräfte, Sozialpädagogen zur Integration und Schulpsychologen für traumatisierte Jugendliche und entsprechende Fortbildungsangebote. Die Zuweisung von Aufgaben über das Machbare hinaus ist politisch verantwortungslos.

Wir schaffen das – aber unsere Kernaufgabe darf nicht leiden!

Abteilungsleiter German Denneborg versprach dem VLB noch im Januar, dass es wegen der Flüchtlingsbeschulung zu keiner Beeinträchtigung bei der Berufsausbildung kommen dürfe. Dieses Versprechen fordert der VLB ein. Geld und Planstellen sind gut – aber sie können keine fehlenden Bewerber ersetzen.

Wir schaffen das – aber nicht auf unsere Kosten

Es ist absehbar, dass viele der jetzt eingestellten Lehrkräfte aus anderen Schularten vielleicht auf Jahrzehnte an den Berufsschulen bleiben werden. Unser Verband wird sie unterschiedslos akzeptieren und vertreten. Es muss aber dafür gesorgt werden, dass in ausreichendem Umfang Lehrkräfte mit beruflichem Hintergrund eingestellt werden können, auch dann wenn in einigen Jahren die Schülerzahlen zurückgehen. Eine Lehrkraft Deutsch/Englisch kann auch dann keinen qualifizierten Fachunterricht leisten, wenn rechnerisch ein Stundenüberhang besteht.

Wir schaffen das – wenn alle mit rudern!

Die Metapher vom „vollen Boot“ erscheint mir menschenverachtend und zynisch und nur allzu oft wird sie auch mit radikaler Absicht missbraucht. Dennoch ist klar, dass die vorhandene Menge an Mitteln die Möglichkeiten des Handelns begrenzt. Egal, wie voll das Boot ist – wenn nur einige wenige rudern müssen, während andere sich mit unbeteiligter Miene zurücklehnen oder abwenden, kann das rettende Ufer nur schwer erreicht werden.

Wir schaffen das – weil es uns und für uns alle wichtig ist!

Die Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen sind sich bewusst, wie wichtig die gelingende Integration der jungen Flüchtlinge für unsere Gesellschaft ist. Gerade weil wir diese Aufgabe ernst nehmen und verantwortungsvoll erfüllen wollen, werden wir nicht aufhören, das zu fordern, was notwendig ist, um diese Arbeit auch gut und professionell zu bewältigen. Auf drohende Probleme aufmerksam zu machen, ist unsere (Verbands-)Pflicht. *Dr. Siegfried Hummelsberger*

Personalratswahlen 2016: Anforderungen und Behandlung von Wahlvorschlägen:

Ohne Wahlvorschlag kein Personalrat



WOLFGANG LAMBL

Ein Wahlvorschlag zur Personalratswahl besteht aus zwei Teilen: der Bewerberliste und der Unterschriftenliste. Die Unterzeichner in der Unterschriftenliste fordern die Wahlberechtigten auf, einen oder mehrere Bewerber (Personenwahl) oder die gesamte Liste (Verhältniswahl) zu wählen. Ein Wahlvorschlag kann nur entweder über die wahlberechtigten Beschäftigten oder die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften eingereicht werden.

Welchen Inhalt muss ein Wahlvorschlag haben?

Das gibt eindeutig § 8 WO-BayPVG vor. Er soll mindestens doppelt so viele Bewerber aufweisen wie Personalratsmitglieder zu wählen sind. Der Wahlvorschlag ist aber auch mit weniger Bewerbern gültig – letztlich sogar mit nur einem einzigen Bewerber (vgl. zum BetrVG: BAG 6.11.2013); allerdings fehlt es dann bei Verhinderung oder Ausscheiden von Personalratsmitgliedern während der Amtsperiode u. U. an einer ausreichenden Anzahl von Ersatzmitgliedern. Angegeben werden müssen zwecks Identifizierung der Kandidaten Name, Vorname, Geburtsdatum, Amts- oder Funktionsbezeichnung im dienstlichen Sinne (also nicht „Personalrat“!), Gruppenzugehörigkeit, Beschäftigungsstelle (bei gemeinsamer Wahl Zusammenfassung der Bewerber nach Gruppen). Stets muss eine Reihenfolge (am besten durch

Nummerierung) erkennbar sein, denn diese entscheidet darüber, wer – als erster – gewählt bzw. später als Ersatzmitglied hinzu zu ziehen ist.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen wählbar sein, und zwar am (letzten) Wahltag. Ist nur einer nicht wählbar, ist der gesamte Wahlvorschlag unheilbar ungültig. Zulässig ist die Berichtigung offensichtlicher Fehler, wie Schreibweise eines Namens (VGH BW 10.7.1984). Vor Einreichung des Wahlvorschlags beim Wahlvorstand können demgegenüber in der Unterschriftenliste Änderungen vorgenommen werden (Streichung einer Unterschrift mit Einverständnis des Unterzeichners), denn der Wahlvorschlag wird erst mit Einreichung beim Wahlvorstand verbindlich.

Wie viele Unterschriften muss ein Wahlvorschlag der Beschäftigten aufweisen?

Art. 19 Abs. 4 und 5 BayPVG will nur ernsthafte Bewerber zulassen und einer Stimmenzersplitterung vorbeugen. 50 Unterschriften genügen aber immer, also bei Gruppenwahl ebenso wie bei gemeinsamer Wahl. In kleinen Dienststellen dürfen es weniger sein: Bei Gruppenwahl müssen mindestens ein Zwanzigstel, also 5 Prozent der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnen, bei gemeinsamer Wahl mindestens ein Zwanzigstel aller wahlberechtigten Beschäftigten. Aber wie klein die Dienststelle auch ist: Drei Unterschriften sind das Minimum.

Die Unterschriften der Bewerber auf der separaten Zustimmungserklärung zählen nicht als Stützunterschrift. Aus dem Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) selbst muss sich erkennen lassen, wer Wahlbewerber sein will und wer mit seiner Unterschrift nicht nur seine Kandidatur erklären, sondern zugleich auch die eigene Liste stützen will (zum BetrVG: BAG 6.11.2013, a.a.O.; zur Doppelgeltung bei Verwendung der Rubrikbezeichnung „Zustimmung des Kandidaten, zugleich Stützunterschrift zur Lis-

te“ vgl. zum BetrVG: BAG 12.2.1960, DB 1960, 471; LAG Hessen 28.1.2002, NZA-RR 2002, 424). Ob und unter welchen Voraussetzungen die Unterschrift des Kandidaten auf dem Wahlvorschlag zugleich auch als Stützunterschrift gilt, ist aber schwer vorhersehbar und einzelfallabhängig.

Wer darf einen Wahlvorschlag der Beschäftigten unterschreiben?

Nur wahlberechtigte Beschäftigte der Dienststelle/des Geschäftsbereichs, für die/den die Personalvertretung gewählt werden soll; Wählbarkeit ist nicht erforderlich. Weiterhin auch Wahlbewerber (BAG 6.11.2013, a.a.O.) und Wahlvorstandsmitglieder. Jeder darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen (§ 9 Abs. 1 WO-BayPVG), und zwar eigenhändig – Vertretung ist unzulässig. Bei Mehrfachunterzeichnung wird der Wahlvorstand den Beschäftigten auffordern zu erklären, auf welchem Wahlvorschlag er seine Unterschrift aufrechterhalten will (§ 10 Abs. 4 WO-BayPVG).

Wird in diesem Zusammenhang vom Wahlvorstand eine Unterschrift auf einem Wahlvorschlag gestrichen (weil der Unterzeichner seine dort geleistete Unterschrift zurückzieht oder sich trotz Aufforderung nicht erklärt), wird der Wahlvorschlag, wenn er nun zu wenig Unterschriften aufweist, zwar ungültig; aber der Mangel ist heilbar, d. h. die Einreicher können den Wahlvorschlag innerhalb der vom Wahlvorstand gesetzten Frist mit einer ausreichenden Anzahl neuer Unterschriften gültig machen.

Können hingegen nicht genügend „Ersatz“-Unterzeichner gefunden werden, wird der Wahlvorschlag nun definitiv ungültig.

Die leitenden Beschäftigten – dazu gehören der Dienststellenleiter, sein ständiger Vertreter, bei obersten Dienstbehörden der Leiter der Abteilung für Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, bei Bundesoberbehörden ohne nachgeordnete Dienststellen und bei Behörden der Mittelstufe der entsprechen-



Ihre
Stimme zählt.
Personal-
ratswahlen
2016

de Abteilungsleiter – sind nicht wahlvorschlagsberechtigt, ebenso wenig solche Beschäftigte, die zu selbstständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten der Dienststelle befugt sind (Art. 14 Abs. 3 BayPVG). Dennoch geleistete Unterschriften zählen schlicht nicht mit; der Wahlvorschlag wird nur und erst dann ungültig, wenn es in der Folge an der erforderlichen Anzahl von Unterschriften fehlt.

Was gilt bei Unterzeichnung eines gewerkschaftlichen Wahlvorschlags?

Hier genügen zwei Unterschriften. Bei einem gemeinsamen Wahlvorschlag von zwei Gewerkschaften sind allerdings vier Unterschriften erforderlich, ansonsten ist der Wahlvorschlag unheilbar ungültig (OVG SA 6.3.2002). Die Beauftragten müssen in der Dienststelle/dem Geschäftsbereich beschäftigt sein, für die/den die Personalvertretung gewählt werden soll, und der jeweiligen Gewerkschaft angehören (Art. 19 Abs. 7 BayPVG); sie brauchen aber weder wahlberechtigt zu sein noch der Gruppe anzugehören, für die der Wahlvorschlag eingereicht wird. Wer als Beauftragter der Gewerkschaft auftreten soll, entscheidet die jeweilige Gewerkschaft selbst. Die Beauftragung kann sich aus der Satzung der Gewerkschaft ergeben oder durch ihre satzungsmäßigen Organe ordnungsgemäß ausgesprochen worden sein (VG Düsseldorf 12.11.2010). Der Wahlvorstand kann in Zweifelsfällen verlangen, dass die Gewerkschaft die Beauftragung und/oder die Mitgliedschaft schriftlich bestätigt. Auch Unterorganisationen von Gewerkschaften können einen Wahlvorschlag einreichen, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen (korporative Verfassung, eigenes Vermögen, Legitimation zur selbstständigen Gestaltung dienstrechtlicher Verhältnisse, BVerwG 27.11.1981, PersV 1983, 408). Auch eine Fachgruppe als Teil eines gewerkschaftlich organisierten Verbands kann wahlvorschlagsberechtigt sein (VG Düsseldorf, a.a.O.). Ge-

werkschaften sollten sicherstellen, dass die Übertragung der Befugnis zur Unterzeichnung eines Wahlvorschlags nicht an einem komplizierten, zeitintensiven innergewerkschaftlichen Verfahren scheitert (Illbertz, a.a.O.).

Bis wann und bei wem müssen Wahlvorschläge eingereicht werden?

Die Einreichungsfrist beträgt nach § 7 Abs. 2 BayPVG stets volle 25 Kalendertage. Samstage, Sonntage und Feiertage zählen also mit. Bis dahin muss der Zugang beim Wahlvorstand erfolgt, d.h. diesem die Kenntnisnahme unter gewöhnlichen Verhältnissen möglich sein und nach der Lebenserfahrung erwartet werden können (BVerwG 3.3.1969, PersV 1970, 37). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, d.h. Versäumen der Frist führt zum unwiderruflichen Ausschluss des Wahlvorschlags aus dem Wahlverfahren. Eine „Wiedereinsetzung“ bei unverschuldetem Versäumen gibt es nicht. Der Wahlvorstand darf auch nicht „Gnade vor Recht“ walten lassen. Die Frist beginnt mit dem Tag nach dem Aushang des Wahlausschreibens: Der Tag des Aushangs – bei Aushang an verschiedenen Orten an unterschiedlichen Tagen der Tag des letzten Aushangs – wird nicht mitgezählt.

Der Wahlvorschlag darf eingereicht werden bis 24.00 Uhr am letzten Tag der Frist (BVerwG 17.7.1980, PersV 1981, 498). [...] Zur fristwahren Entgegennahme berechtigt sind alle, aber auch nur die ordentlichen Mitglieder des Wahlvorstands. Deshalb muss sich mindestens ein Mitglied während der im Wahlausschreiben angegebenen Dienststunden unter der angegebenen Dienstanschrift zur Entgegennahme von Wahlvorschlägen bereithalten (BVerwG 17.12.1957, ZBR 1958, 187); es muss den Eingang auf dem Wahlvorschlag mit Datum und Uhrzeit vermerken.

Einreicher sollten sich eine Eingangsbestätigung geben lassen. Der Eingang eines Wahlvorschlags bei einer anderen Stelle wahrt nicht die Frist! Eine Aus-

hängigung an Personalrat, Dienststellenleiter oder eine sonstige Person hat nur die Wirkung des Einsatzes eines Boten. Wird der Wahlvorschlag per Post zugesandt, ist er zu dem Zeitpunkt zugegangen, in dem er frühestens in den Verfügungsbereich des Wahlvorstands gelangt sein kann (Postfach des Wahlvorstands oder der Dienststelle).

Wie ist der Wahlvorschlag „in Form“ zu bringen?

Selbstverständlich muss der Wahlvorschlag schriftlich eingereicht werden und grundsätzlich in Urschrift (Original). Fehlende Urschriftlichkeit ist ein Mangel. Einreichung per Telefax soll jedenfalls dann zulässig sein, wenn der Wahlvorstand in seiner Dienstadresse eine Faxnummer angibt (VG Hamburg 11.12.1992 – 1 VG FB 30/92, juris).

Erfolgt Einreichung per Telefax, muss die Urschrift nachgereicht werden. Der Wahlvorstand wird analog § 10 Abs. 5 WO-BayPVG auf eine Behebung dieses Mangels hinwirken. Der Wahlvorschlag muss eine einheitliche Urkunde darstellen. Besteht er im Zeitpunkt der Leistung der Stützunterschriften aus mehreren Blättern, so muss jedes Blatt die vollständige Liste der vorzuschlagenden Wahlbewerber und einen Teil der notwendigen Unterschriften enthalten, die Zusammengehörigkeit der einzelnen Blätter ohne weiteres zu erkennen sein und alle Einzelblätter gleichzeitig eingereicht werden, also aus dem Inhalt der Urkunde selbst die Zusammengehörigkeit hervorgehen (VG Hamburg 11.12.1992, a.a.O.). Es genügt nicht, wenn die Stützunterschriften auf einzelnen Blättern geleistet werden und diese nachträglich, nämlich vor der Einreichung beim Wahlvorstand, mit dem Wahlvorschlag durch Heftklammern und/oder Klebestreifen verbunden werden (VG Arnberg 16.9.1992 – 21 K 1474/92.PVB, juris). Die einzelnen Blätter der Unterschriftenliste dürfen also nicht getrennt von dem eigentlichen Wahlvorschlag (Bewerberliste) umlaufen.

Muss der Wahlvorschlag Kennwort und Listenvertreter haben?

Nein. Er ist auch ohne diese Angaben gültig. Ein Kennwort dient aber der besseren Unterscheidung der Wahlvorschläge und Erleichterung der Stimmabgabe. Wird ein Kennwort aufgeführt, darf dieses nicht irreführend sein. Unzulässig ist ein Kennwort, wenn es den wahren Urheber des Wahlvorschlags nicht erkennen lässt (BVerwG 13. 5. 1966, PersV 1966, 132). Befinden sich auf einer von einer Gewerkschaft aufgestellten Liste nur gewerkschaftsangehörige Bewerber, dann ist das Kennwort „Freie Liste (Gewerkschaftsbezeichnung) ...“ irreführend, weil mit dieser Bezeichnung der Eindruck erweckt wird, es befänden sich zumindest auch Bewerber auf der Liste, die der Gewerkschaft nicht angehören (VGH Hessen 24.2.2005). Auf einem Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Die unabhängige Alternative“ dürfen (nur) gewerkschaftlich nicht organisierte Beschäftigte kandidieren (VG München 4.10.2006). Kandidieren auf einem Wahlvorschlag ausschließlich Mitglieder einer Gewerkschaft, darf er nicht das Kennwort „Gewerkschaftsbezeichnung/Nichtorganisierte“ führen. Die Verwendung des Kennworts „Unabhängig“ für eine Vorschlagsliste mit Kandidaten verschiedener rivalisierender Gewerkschaften ist demgegenüber zulässig (OVG NW 27.10.1958 – V B 569/58, juris). Weist ein Kennwort auf eine Gewerkschaft hin, müssen dieser zwar nicht alle Bewerber angehören, aber die Liste muss von der Gewerkschaft unterstützt werden (OVG NW 7.11.2014, PersV 2015, 136). Die Bezeichnung der Gewerkschaft darf nur dann als Kennwort benutzt werden, wenn es sich um einen gewerkschaftlichen Wahlvorschlag handelt, dieser muss also zwingend (zumindest auch) von zwei Gewerkschaftsbeauftragten unterzeichnet sein (zum BVerwG: BAG 15.5.2013).

Ist in dem Wahlvorschlag kein Listenvertreter angegeben, gilt der an erster Stelle stehende Unterzeichner als Listenvertreter. Die Angabe, am besten mit allen Kontaktdaten, ist aber wichtig, damit der Wahlvorstand bei Beanstandungen den Wahlvorschlag schnellstmöglich an die Stelle zurückgeben kann, die

für fristgerechte Mängelbeseitigung bzw. Neueinreichung sorgen kann.

Welche Bedeutung hat die Zustimmungserklärung?

Die Aufnahme eines Beschäftigten in einen Wahlvorschlag ist nur dann zulässig, wenn der Beschäftigte damit einverstanden ist. Die Zustimmung kann ab Zugang beim Einreicher nicht mehr widerrufen werden (BVerwG 30.10.1964, PersV 1965, 59). Zum Nachweis des Einverständnisses ist eine schriftliche, eigenhändig unterschriebene Erklärung (mit Namen, nicht Paraphe) erforderlich, die beim Wahlvorstand zwingend im Original eingereicht werden muss (BVerwG 11.3.2014). Die Einreichung per Fax oder E-Mail ist unbeachtlich, weil form-

widrig. Der Wahlvorstand ist weder verpflichtet noch berechtigt zu prüfen, ob eine Telefaxerklärung nach den Umständen des Einzelfalls als echt gewertet werden könnte (BVerwG 11.3.2014, a.a.O.). Fehlt bei Einreichung des Wahlvorschlags beim Wahlvorstand die gültige Zustimmungserklärung auch nur eines von mehreren Kandidaten, so ist der Wahlvorschlag insgesamt ungültig. Er ist aber heilbar: Der Wahlvorstand hat ihn zurückzugeben mit der Aufforderung, den Mangel binnen drei Arbeitstagen zu beseitigen. Der Wahlvorschlag wird gültig, wenn dem Wahlvorstand alle fehlenden Zustimmungserklärungen in dieser Frist zugehen; andernfalls wird der Wahlvorschlag endgültig ungültig (§ 10 Abs. 5 Satz 2 WO-BayPVG). *Quelle: dbb*

Personalratswahlen 2016:

Verselbstständigung von Nebenstellen und Teilen von Dienststellen

WOLFGANG LAMBL

Art. 6 Abs. 3 BayPVG ermöglicht, dass von dem Grundsatz – eine Dienststelle, ein Personalrat – abgewichen werden kann. Unter bestimmten Voraussetzungen können Nebenstellen und Teile einer Dienststelle im Sinne des Personalvertretungsrechts als eigenständige Dienststelle gelten und einen eigenen örtlichen Personalrat wählen.

Was sind Nebenstellen und Teile einer Dienststelle?

Als Nebenstellen sind von der Hauptstelle getrennte Verwaltungseinrichtungen anzusehen, die als Folge der räumlichen Entfernung meist organisatorisch verselbstständigt sind und häufig eine örtlich abgegrenzte Funktion und Zuständigkeit besitzen. Teile einer Dienststelle sind Untergliederungen, etwa Abteilungen, Unterabteilungen, Arbeitsgruppen, Dezernate oder Referate, die ein in sich abgegrenztes Aufgabengebiet verantworten.

Welche Voraussetzungen müssen für eine personalvertretungsrechtliche Verselbstständigung vorliegen?

Es sind drei Voraussetzungen zu erfüllen:

- > eine räumlich weite Entfernung der Nebenstelle oder des Dienststellenteils von der Hauptdienststelle,
- > ein wirksamer Verselbstständigungsbeschluss der Mehrheit der Beschäftigten des zu verselbstständigenden Dienststellenteils oder der Nebenstelle sowie
- > die Existenz von fünf Wahlberechtigten in dem Dienststellenteil oder der Nebenstelle, von denen drei wählbar sein müssen.

Wann ist eine räumlich weite Entfernung gegeben?

Eine Verselbstständigung kann dann erfolgen, wenn die Betreuung der Beschäftigten in einem ausgegliederten Teil der Dienststelle nur unter Überwindung besonderer Schwierigkeiten und unter Inkaufnahme besonderer Belastun-

gen von Beschäftigten und Mitgliedern der Personalvertretung möglich ist. Eine räumlich weite Entfernung ist regelmäßig dann anzunehmen, wenn die beiden Dienstorte mehr als 15 km voneinander entfernt sind. Dabei ist zu beachten, dass es sich nur um einen Richtwert handelt. Es kommt immer auf die Erreichbarkeit des Personalrats an. Somit spielen die konkreten Verkehrsverhältnisse vor Ort eine entscheidende Rolle. Der Personalrat muss von den Beschäftigten auch unter Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln in einer zumutbaren Zeit erreichbar sein. Zumutbar ist dabei etwa eine Wegzeit von einer Stunde. Damit können die Voraussetzungen der räumlich weiten Entfernung auch in einer Großstadt erfüllt sein (OVG Lüneburg v. 25.4.1998, ZfPR 1999, 130 (LS)).

Dabei kommt es nicht darauf an, dass die Beschäftigten den Personalrat über elektronische Kommunikationswege erreichen können. Der persönliche Kontakt kann hierdurch nicht vollständig ersetzt werden, da gerade unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes und der Möglichkeit der Überwachung die persönliche Gesprächsbeziehung eine Grundvoraussetzung für eine effektive und vertrauensvolle Personalratsarbeit bleibt.

Wie und wann muss der Verselbstständigungsbeschluss gefasst werden?

Der Beschluss über die personalvertretungsrechtliche Verselbstständigung ist in geheimer Abstimmung zu fassen. Dabei muss sich die Mehrheit aller wahlberechtigten Beschäftigten der Nebenstelle oder des Dienststellenteils für die Verselbstständigung aussprechen (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). Die Mehrheit nur der an der Abstimmung teilnehmenden wahlberechtigten Beschäftigten ist nicht ausreichend.

Die Initiative zu einer Vorabstimmung ergreifen kann jeder Beschäftigte, eine Gruppe von Beschäftigten oder eine unter den Beschäftigten vertretene Gewerkschaft.

In dieser Abstimmung ist über die Frage zu entscheiden, ob eine Verselbstständigung erfolgen soll oder nicht. Das

Unsere starke Vertretung –



Ihre Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Rudi Keil.

Verfahren der Vorabstimmung sollte sich nach den für die Personalratswahlen vorgesehenen Regeln richten. Zur Durchführung der Vorabstimmung ist ein Abstimmungsvorstand zu bilden. Dieser muss aus mindestens drei wahlberechtigten Wahlbeschäftigten bestehen.

Die Abstimmung hat geheim zu erfolgen. Es sind Stimmzettel zu verwenden. Der Abstimmungsvorstand muss Vorkehrungen treffen, dass alle wahlberechtigten Beschäftigten des Dienststellenteils an der gemeinsamen Abstimmung teilnehmen können. Abstimmungsberechtigt sind alle Beschäftigten, die den Personalrat der Nebenstelle bzw. Teildienststelle wählen dürfen, wenn es zur Verselbstständigung kommt. Zur Durchführung der Abstimmung bietet sich an, auch auf die weiteren Voraussetzungen des § 16 WO-BayPVG zurückzugreifen. Es sollte also gewährleistet sein, dass die Stimmzettel von den Wählern unbeobachtet gekennzeichnet werden und in einen Wahlumschlag gelegt werden können. Für die Aufnahme der Umschläge sollten Wahlurnen verwendet werden. Die Zulassung einer Briefwahl für die Vorabstimmung ist problematisch, da die geforderte Gewährleistung der Geheimhaltung bei einer schriftlichen Stimmabgabe nur schwerlich gewährleistet sein würde.

Die Abstimmung erfolgt einheitlich durch alle Wahlberechtigten, also nicht getrennt nach Gruppen im Sinne des

Art. 5 BayPVG. Die Abstimmung über eine Verselbstständigung ist dann erfolgreich, wenn die Mehrheit der wahlberechtigten Beschäftigten des zu verselbstständigenden Dienststellenteils die Verselbstständigung befürwortet.

Wenn die Vorabstimmung durchzuführen ist, ist im Gesetz nicht bestimmt. Eine Vorabstimmung über eine Verselbstständigung kann grundsätzlich jederzeit während der regulären Periode einer Personalratswahl durchgeführt werden. Sie sollte am besten in zeitlicher Nähe zur nächsten regulären Personalratswahl erfolgen. Zu beachten ist dabei besonders § 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG, wonach das Ergebnis von Vorabstimmungen nur berücksichtigt wird, wenn es dem Wahlvorstand spätestens vierundachtzig Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe vorliegt. Dabei ist glaubhaft zu machen, dass das Ergebnis der Vorabstimmung unter Leitung eines aus mindestens drei wahlberechtigten Beschäftigten bestehenden Abstimmungsvorstands in geheimer Abstimmung zu Stande gekommen ist.

Das getroffene Ergebnis der Vorabstimmung hat eine Geltungsdauer für die folgende reguläre Personalratswahl und die Amtszeit der aus ihr hervorgehenden Personalvertretung. Die Vorabstimmung bewirkt noch nicht die Verselbstständigung, sondern legt fest, dass zum Zeitpunkt der nächsten regulären Personalratswahl in der vom Beschluss

erfassten Teildienststelle ein Personalrat gewählt werden kann.

Welches sind die ungeschriebenen Voraussetzungen?

Die dritte, allerdings nicht unmittelbar aus Art. 6 Abs. 3 BayPVG entnehmbare Voraussetzung besteht darin, dass die in Art. 12 Abs. 1 BayPVG für die Bildung von Personalräten aufgestellte Mindestzahl von fünf wahlberechtigten Beschäftigten, von denen drei wählbar sein müssen, auch in dem Dienststellenteil bzw. der Nebenstelle gegeben sein muss (so ausdrücklich BVerwG v. 29.5. 1991). Da der Verselbstständigungsbeschluss eine Dienststelle fingiert, kann die Nebenstelle/der Dienststellenteil nicht anders gesehen werden als jede andere Kleindienststelle. Hat ein Dienststellenteil bzw. eine Nebenstelle also in der Regel weniger als fünf Wahlberechtigte oder hat sie zwar fünf Wahlberechtigte, sind davon aber nicht auch drei wählbar, so kann sie sich nicht verselbstständigen, selbst wenn die in Art. 6 Abs. 3 BayPVG genannten „geschriebenen“ Voraussetzungen der räumlich weiten Entfernung und des Verselbstständigungsbeschlusses erfüllt wären.

Weitere ungeschriebene Voraussetzungen gibt es nicht. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht bereits entschieden hatte, dass die Nebenstelle zwar einen Leiter, dieser aber nicht ein Minimum an personalvertretungsrechtlich relevanten Befugnissen besitzen muss (BVerwG v. 29.3.2001), ist nach der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung die Existenz eines Nebenstellenleiters keine Voraussetzung mehr für die Rechtswirksamkeit einer personalvertretungsrechtlichen Verselbstständigung (BVerwG v. 13.9.2010 - 6 P 14.09).

Welche Folgen hat die Verselbstständigung?

Die verselbstständigte Dienststelle wird personalvertretungsrechtlich wie eine Dienststelle mit originärer Selbstständigkeit behandelt. Es kann dort ein eigener Personalrat gebildet werden. Art. 55 BayPVG schreibt dann zwingend vor, dass neben den einzelnen Personalräten ein Gesamtpersonalrat zu bilden ist. Dies gilt bereits dann, wenn nur einer

von mehreren Dienststellenteilen sich verselbstständigt hat. Im Übrigen gilt die Verselbstständigung ausschließlich in Ansehung des Personalvertretungsrechts; sie verändert nichts an der verwaltungsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung.

Deshalb auch ist der Leiter der Hauptstelle dann, wenn sich ein Dienststellenteil oder eine Nebenstelle verselbstständigt, die keinen Leiter hat, nicht verpflichtet, einen solchen zu berufen.

Wie lange dauert die Amtszeit des Personalrats in einer verselbstständigten Dienststelle?

Die Amtszeit endet entweder gemäß Art. 26 Abs. 2 BayPVG spätestens am 31. Juli des Jahres, in dem nach Art. 26 BayPVG die regelmäßigen Personalratswahlen stattfinden. Ebenfalls kann die Amtszeit gegebenenfalls durch vorzeitige Wahl gemäß Art. 27 Abs. 1 BayPVG oder durch Auflösung gemäß Art. 28 BayPVG enden.

Die Geltungsdauer eines Verselbstständigungsbeschlusses ist nicht auf nur eine Amtszeit des (neugewählten) Personalrats beschränkt. Der Beschluss ist vielmehr so lange gültig, bis er wieder aufgehoben wird. Die personalvertretungsrechtliche Verselbstständigung einer Nebenstelle oder eines Dienststellenteils gilt also für alle folgenden Wahlen und die daraus hervorgehenden Personalvertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen bis zum Wirksamwerden eines ausdrücklichen Aufhebungsbeschlusses (BayVGh, Beschl. v. 11. 7. 90 - Nr. 17 P 90.01063).

Was ist, wenn der Personalrat der Hauptdienststelle oder einer Nebendienststelle zurücktritt?

Finden in der Hauptdienststelle außerhalb des regelmäßigen Wahlzeitraums Neuwahlen nach Art. 27 Abs. 1 BayPVG statt, endet nach der herrschenden Meinung auch die Amtszeit eines in einem verselbstständigten Dienststellenteil gebildeten Personalrats. Endet die Amtszeit des Personalrats in der Nebendienststelle durch dessen Rücktritt, behält der Verselbstständigungsbeschluss für die Dauer der konkreten Amtszeit des Hauptstellenpersonalrats seine Wirksamkeit. Es kann also in der Nebendienststelle für die verbleibende Dauer der Amtszeit des Hauptstellenpersonalrats ein neuer Nebenstellenpersonalrat gewählt werden.

Gewährleistet eine Verselbstständigung immer die optimale Vertretung der Interessen der Beschäftigten?

Diese Frage müssen die Beschäftigten aus der konkreten Situation vor Ort heraus beantworten.

Kriterien hierfür können eine gewisse Eigenständigkeit im Aufgabenbereich und in der Organisation sein. Dadurch können Besonderheiten auftreten, die in personalvertretungsrechtlicher Hinsicht anders zu beurteilen sind, als für die Gesamtdienststelle. In diesem Fall kann eine eigene Personalvertretung den Interessen der Beschäftigten der Teildienststelle besser Geltung verschaffen. Zu beachten ist, dass auch bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Verselbstständigung es keinen Zwang dahin gibt, dass ein Verselbstständigungsbeschluss zu fassen ist. *Quelle: dbb*

VLB unterstützt Teilnehmer der 2. Qualifizierungsmaßnahme nach QE 4

Für Nachfragen zur Qualifizierungsmaßnahme wenden Sie sich an:

Jacob Waas, Staatliche Berufsschule Weilheim, Unterrichtsfach: Sozialkunde

Mail: Jakob.Waas@t-online.de, Tel.: (08851) 56 83 bzw. (0171) 71 78 35 8

Daneben können Sie den VLB-Referenten für Fachlehrerfragen

Robert Kölbl, Mail: robert.koelbl@bszam.de, kontaktieren.

Der HPR und der VLB möchten Sie bestmöglich unterstützen und mit durch die Maßnahme begleiten.

Kooperation der TUM School of Education mit dem Staatlichen Studienseminar:

Neuer Studiengang „Master Berufliche Bildung Integriert“ für Metall- und Elektrotechnik

PROF. DR. ALFRED RIEDL/
DR. CHRISTOPH SCHINDLER/
ELFRIEDE MOSER

Teach@TUM in der Qualitätsoffensive Lehrerbildung

Die TUM School of Education hat sich in der Qualitätsoffensive Lehrerbildung mit ihrem Antrag Teach@TUM erfolgreich durchgesetzt. Das Gesamtprojekt, mit einer Laufzeit von Juli 2015 bis Dezember 2018, zielt auf eine kompetenzorientierte und evidenzbasierte MINT-Lehrerbildung mit neuen Impulsen für die Professionalisierung von Lehrkräften. Gleichzeitig ergeben sich daraus Entwicklungen für die Lehrerbildung an der TU München sowie im Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern.

Teach@TUM umfasst vier Teilprojekte:

- > Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“: Verbindung der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung in den Fachrichtungen Elektro- und Informationstechnik sowie Metalltechnik. Durch die Zusammenlegung von Studium und Vorbereitungsdienst an beruflichen Schulen wird die Theorie-Praxis-Verzahnung in der Lehramtsausbildung gestärkt.
- > Steigerung der Kompetenzorientierung: Durch eine enge Abstimmung zwischen Fachwissenschaften, Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft mit interdisziplinärer Kooperationen und Professionsbezug in der Lehre, soll die Kompetenzorientierung in den universitären Curricula gestärkt werden.
- > Toolbox Lehrerbildung „Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter“: Gestaltung authentischer, digitaler Lehr-Lern-Module unter Einbezug der Schulwirklichkeit. Dabei werden fächerübergreifende Online-Lehrmaterialien für alle Phasen der Lehrerbildung bereitgestellt.

- > Clearing House „MINT-Unterricht und evidenzbasierte Lehrerbildung“: Bündelung und Dissemination evidenzbasierten Wissens über effektiven MINT-Unterricht und Lehrerbildung bezogen auf die Sekundarstufe. Neben der Forschungssynthese bildet die adressatengerechte Aufbereitung von Forschungsbefunden für die Bildungspraxis einen weiteren Schwerpunkt.

Die vier Teilprojekte sind in engem Verbund zu sehen, deren Wirkungen sich wechselseitig bereichern. Begleitend zur Weiterentwicklung von Konzepten zur Professionalisierung von Lehrkräften in verschiedenen Bereichen werden sämtliche Maßnahmen einer differenzierten Begleitforschung unterzogen, um die entstehenden Wirkungen zu dokumentieren. Die nachfolgenden Ausführungen gehen besonders auf den Bereich der beruflichen Bildung mit einem neu entwickelten Masterstudiengang in Kooperation mit dem Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen ein.

Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“ – Ausgangslage und Rahmenkonzept

Seit Jahrzehnten sehen sich die beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Informationstechnik sowie Metalltechnik mit einem eklatanten Lehrermangel konfrontiert. Die von Kultusbehörden immer wieder initiierten Sonderprogramme als Alternativen zu einer grundständigen Lehrerbildung sind quantitativ zu wenig ertragreich. In solchen Programmen können die Ansprüche an eine fundierte Lehramtsausbildung in der Regel nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Eine Attraktivitätssteigerung und gleichzeitige Qualitätssicherung der Lehramtsausbildung in den genannten Fachrichtungen ist dringend geboten. Das neu konzipierte Modell eines Masterstudi-

engangs „Berufliche Bildung Integriert“ wendet sich einer bisher nicht adressierten Zielgruppe zu, die ein solches Masterstudium aufnehmen kann und den Zugang zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen erhält. Gleichzeitig soll durch die Verkürzung der Ausbildungsdauer von Masterstudium und Vorbereitungsdienst auf drei Jahre die Attraktivität der Lehrerbildung in diesem Bereich erhöht werden.

Der Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“, der zum Wintersemester 2016/17 starten soll, verbindet die in der Lehrerbildung bisher voneinander getrennte universitäre und postuniversitäre Phase (Vorbereitungsdienst). Die ersten beiden Semester des Studiengangs erfolgen in Vollzeit an der TUM. Dabei werden die Grundlagen für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst vermittelt. Im zweiten und dritten Studienjahr liegen die Ausbildungsanteile schwerpunktmäßig beim Studienseminar (schulpraktische Phase) mit den Seminar- und Einsatzschulen. Die Studierenden sind mit Beginn des zweiten Jahres gleichzeitig Studienreferendare im Vorbereitungsdienst und erhalten Anwärterbezüge. Über die gesamte Ausbildungsdauer werden die Studierenden von Lehrenden beider Lernorte begleitet. Die Ausbildungsinhalte sind lernortübergreifend so abgestimmt, dass der zu erbringende Workload pro Semester mit ca. 30 Credit Points den Bologna-Vorgaben entspricht. Die abzuleistenden Module gliedern sich in die Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik und ein zu wählendes Unterrichtsfach. Sämtliche Prüfungsleistungen entsprechen den Anforderungen an einen Masterabschluss ebenso wie den Anforderungen der Lehramtsprüfungsordnung (LPO II).

Die mögliche Verkürzung der Ausbildungszeit resultiert aus genutzten Synergien, die sich aus einer intensiven Abstimmung zwischen erster und zweiter Ausbildungsphase auch mit kooperativ

durchgeführten Lehrveranstaltungen ergeben. Ausbildungsinhalte für das Lehramt an beruflichen Schulen, die bisher klar der Universität oder dem Vorbereitungsdienst zugeordnet waren, werden in diesem Masterstudiengang eng aufeinander abgestimmt und oftmals lernortübergreifend von beiden Bildungspartnern gemeinsam vermittelt. Damit lassen sich Redundanzen vermeiden, die sich in der herkömmlichen, nach universitärer und postuniversitärer Phase getrennten Lehrerbildung, zwangsläufig ergeben. Gleichzeitig steigt die Qualität der Ausbildung durch die enge wechselseitige Beziehung zwischen wissenschaftlichen und schulpraktischen Perspektiven.

Mit diesem Studiengang wird im Rahmen eines Modellversuchs (Art. 19a BayLBG) ein wichtiger Schritt unternommen, neue Wege in der Lehrerbildung an beruflichen Schulen zu beschreiten. Die TUM School of Education erweitert damit die Zugangswege für das Lehramt an beruflichen Schulen. Resultierende Erkenntnisse zur lernwirksamen Abstimmung der Ausbildungsinhalte in Studium und Vorbereitungsdienst sollen in die grundständige Form der Lehrerbildung einfließen, um so die bestehenden Studiengänge inhaltlich weiterzuentwickeln.

Zielgruppe und Eignungsverfahren

Für den Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“ können sich Absolventinnen und Absolventen aus Bachelorstudiengängen (oder Studiengängen mit mindestens gleichwertigem Abschluss wie z. B. Diplom) aus dem Studienfeld der „Ingenieurwissenschaften“ an Universitäten oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften in den Fachgebieten Metalltechnik (z. B. Maschinenbau, Fahrzeugtechnik, Versorgungstechnik), Elektro- und Informationstechnik und vergleichbaren Studiengängen bewerben. Mit dem abgeschlossenen Studium im Umfang von mindestens 180 ECTS erfüllen die Studierenden die fachwissenschaftlichen Anforderungen für die Lehrtätigkeit in der beruflichen Fachrichtung Elektro- und Informationstechnik oder Metalltechnik. Die erworbenen Credits gehen über die in einem grundständigen Lehramtsstudium

für berufliche Schulen an der TU München vorgesehenen fachwissenschaftlichen Inhalte, die derzeit einen ECTS-Umfang von 114 Punkten in der Metalltechnik und in der Elektro- und Informationstechnik umfassen, deutlich hinaus. Mit dieser Ausweitung der möglichen Zielgruppe für ein Lehramt an beruflichen Schulen ist eine Zunahme von Studierenden in den benannten Mangel-fächern zu erwarten.

Durch ein Eignungsverfahren wird die fachliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber dahingehend überprüft, inwieweit die thematischen Einheiten aus dem Bachelor- und Masterstudiengang „Berufliche Bildung“ der TUM School of Education in den Fachrichtungen Metalltechnik sowie Elektro- und Informationstechnik auch in der Breite abgedeckt sind. Gerade bei ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen mit einer frühen Spezialisierung (z. B. Fahrzeugtechnik) wäre es möglich, dass trotz vertiefter Kenntnisse in einem Themenbereich, andere, relevante Inhaltsbereiche für die Lehrtätigkeit in der gewählten beruflichen Fachrichtung nicht in dem vorgesehenen Umfang vorhanden sind. Ein für das Eignungsverfahren entwickeltes Bewertungsraster stellt für die beiden Fachrichtungen jeweils sicher, dass erforderliche fachwissenschaftliche Inhalte in der geforderten Breite vorliegen.

Für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst an beruflichen Schulen, der hier zum dritten Semester erfolgt, ist eine abgeschlossene Berufsausbildung in der jeweiligen beruflichen Fachrichtung oder die Ableistung eines Berufspraktikums in einem Umfang von 48 Wochen erforderlich. Daher werden bevorzugt Bewerber zugelassen, die diese Voraussetzung bis Studienbeginn nachweisen können. Ebenfalls zugelassen werden Bewerber, die vor Studienbeginn ein als einschlägig geltendes Berufspraktikum mit einer Dauer von mindestens 36 Wochen vorweisen können und bereit sind, die restlichen 12 Wochen vor Beginn des dritten Semesters abzuleisten.

Entwicklung des Ausbildungskonzepts

Das Ausbildungskonzept des Masterstudiengangs „Berufliche Bildung Integriert“

wird in enger Abstimmung zwischen der TU München und dem Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern entwickelt. Hierzu sind bereits seit Juli 2014 Arbeitsbeziehungen mit den TU-externen Kooperationspartnern aufgenommen worden. An der inhaltlichen Ausgestaltung waren neben TU-Vertretern OStDin Angela Hendschke-Lug (Seminarvorstand am Staatlichen Studienseminar) und OStR Frank Motz (Seminarlehrer für Elektrotechnik in Pfaffenhofen) beteiligt. Seit ihrer Amtseinführung als Leitende Seminarvorständin im Februar 2015 ist auch OStDin Elfriede Moser intensiv in dieses Ausbildungskonzept involviert. Die komplexen Abstimmungsprozesse mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wurden von MDgt German Deneborg und MR Claus Pommer mitgetragen.

Eine große Herausforderung für die intensive Kooperation zweier bisher nicht in dieser Form kooperierender Bildungspartner war, zwei völlig verschieden organisierte Systeme mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu verschränken und miteinander in Einklang zu bringen. Hier standen sich formal zunächst das universitäre System mit Semester- und ECTS-Logik und das Studienseminar mit Schuljahres- und LPO II-Logik gegenüber. Durch die ebenso offene wie kompromissbereite Grundhaltung beider Partner konnten die umfangreichen Entwicklungsprozesse äußerst erfolgreich gestaltet werden.

Neben der Lehrbefähigung in der beruflichen Fachrichtung war bei der Konzeptentwicklung auch Ziel, dass die Studierenden zusätzlich zur beruflichen Fachrichtung auch eine Lehrbefähigung in einem Unterrichtsfach erwerben und so voll ausgebildete Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind. Je nach durchlaufenen Studieninhalten im absolvierten Ingenieurstudium wird im Rahmen des Eignungsverfahrens ebenso die fachliche Eignung für ein zu wählendes Unterrichtsfach äquivalent zur fachlichen Eignung in der beruflichen Fachrichtung bewertet. Zur Wahl stehen die Unterrichtsfächer Mathematik oder Physik. Anknüpfend an diese erworbenen

Kenntnisse sind im Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“ weitere 36 Credits im gewählten Unterrichtsfach zu erwerben. Die Ausbildung im Unterrichtsfach wird im Master „Berufliche Bildung Integriert“ vom Studienseminar ebenso wie in der grundständigen Form des Lehramtsstudiums begleitet.

Ausbildungsinhalte und Ausbildungsablauf

Die inhaltliche und organisatorische Verantwortung für den Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“ liegt bei der Fakultät TUM School of Education mit der Dekanin Prof. Dr. Kristina Reiss. Die Durchführung der schulpraktischen Phasen und die dabei im Rahmen der LPO II abzuleistenden Ausbildungsinhalte obliegen dem „Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern“ mit der Leitenden Seminarvorständin Elfriede Moser. Der Studiengang gliedert sich inhaltlich in vier thematische Einheiten: (1) Erziehungswissenschaften, (2) Fachdidaktik in der beruflichen Fachrichtung, (3) Unterrichtsfach Mathematik oder Physik und (4) Schulpraxis). Um die angestrebte Verzahnung zwischen theoretischen und praktischen Ausbildungsinhalten umzusetzen, werden die Module von den jeweiligen Modul Anbietern beider Lernorte eng miteinander abgestimmt bzw. gemeinsam entwickelt und durchgeführt. Es sind Module enthalten, die in alleiniger Verantwortung der TUM liegen, Module die gemeinsam ausgebracht werden und Module, die vom Studienseminar verantwortet und durchgeführt werden. Durch die gemeinsame Erarbeitung kann eine effektive und lernwirksame Abstimmung der Ausbildungsinhalte erfolgen. Nachfolgende Übersicht bildet den geplanten Modulaufbau dieses Studiengangs ab.

Die Aufgaben der universitären Ausbildung umfassen die Vermittlung einer fundierten theoretischen Wissensbasis sowie die schrittweise Heranführung an das erfolgreiche Handeln in der schulischen Praxis. Die Vermittlung theoretischer Ausbildungsinhalte erfolgt stets kompetenzorientiert, indem in den Lehrveranstaltungen sowie Prüfungsformen konsequent Praxis- und Kontext-

6. Sem. 30 ECTS	Unterricht und Schule entwickeln 16 ECTS (8 ECTS pro Semester, TUM u. VD je 8 ECTS)								
5. Sem. 31 ECTS				Unterricht gestalten 37 ECTS (jeweils 7 ECTS in Semester 3 u. 4; 11 ECTS in Semester 5; 12 ECTS in Semester 6)	Staatsbürgerliche Bildung und Schulrecht				Master Thesis 30 ECTS (10 ECTS pro Sem.)
4. Sem. 31 ECTS	Entwicklung von Lernenden begleiten 12 ECTS (6 ECTS pro Semester; TUM u. VD je 6 ECTS)							Mathematik oder Physik 6 ECTS	
3. Sem. 29 ECTS		Sich persönlich entwickeln und reflektieren 8 ECTS (2 ECTS pro Semester; TUM 6 ECTS, VD 2 ECTS)			4 ECTS (je 2 ECTS in Semester 3 u. 5)	Unterricht aus fachdidaktischer Perspektive gestalten 12 ECTS (jeweils 6 ECTS pro Semester; TUM 9 ECTS; VD 3 ECTS)		Mathematik oder Physik 6 ECTS	
2. Sem. 30 ECTS			Beruflichen Unterricht handlungsorientiert gestalten 5 ECTS	Lehr-Lern-Prozesse verstehen II 5 ECTS				Mathematik oder Physik 12 ECTS	
1. Sem. 29 ECTS	Aufgabenfelder des Lehrberufs reflektieren 5 ECTS		Sich als professionellen Berufspädagogen verstehen 5 ECTS	Lehr-Lern-Prozesse verstehen I 5 ECTS				Mathematik oder Physik 12 ECTS	

Übersicht: Modulverlaufsplan Master „Berufliche Bildung Integriert“. Module der TUM in blau, gemeinsame Module TUM-Vorbereitungsdienst in grün, Module Vorbereitungsdienst in orange.

bezüge hergestellt werden. Die schulpraktische Ausbildung mit der Umsetzung der bereits erworbenen Kompetenzen im Unterricht bildet ab dem 3. Semester den inhaltlichen Schwerpunkt des Integrierten Masters. Wie alle Studienreferendare im Vorbereitungsdienst werden hier die Studierenden an Seminarschulen und Einsatzschulen von Seminar- und Betreuungslehrkräften angeleitet und begleitet. Sie unterrichten dort zunächst in Begleitung, später zunehmend eigenverantwortlich. Durch die kontinuierliche Steigerung des eigenverantwortlichen Unterrichts wird ihre Professionalisierung gefördert. Die Studierenden besuchen zusätzlich zentrale Seminarveranstaltungen, wo pädagogische sowie methodisch-didaktische Fragestellungen reflektiert werden. Diese Seminarveranstaltungen werden von Universität und Studienseminar verantwortet und durchgeführt. Die gesamte Ausbildung im Vorbereitungsdienst orientiert sich an dem vom Studienseminar neu entwickelten Referenzrahmen für die 2. Phase der Lehrerbildung und der Fachlehrerausbildung an beruflichen Schulen in Bayern. Dort sind die Kompetenzen dokumentiert, die von einer ausgebildeten Lehrkraft erwartet werden.

Fazit

Mit dem Masterstudiengang „Berufliche Bildung Integriert“ in den Fachrichtungen Elektro- und Informationstechnik sowie Metalltechnik, wird ein neuer, innovativer Weg in der Lehrerbildung an beruflichen Schulen erprobt. Sollte sich dieser als erfolgreich zeigen, könnte gerade in den Mangelfächern Metalltechnik sowie Elektro- und Informationstechnik künftig auf Sondermaßnahmen zugunsten einer grundständigen Professionalisierung von Lehrkräften verzichtet werden. Zusammen mit dem zusätzlichen Qualitätsgewinn in der Ausbildung von Lehrkräften kann dieses Modell zukunftsweisend für die Professionalisierung von Lehrkräften insgesamt sein. ■

Anmerkungen zum Artikel „Master wBerufliche Bildung Integriert“

VLB-Lehrerbildner merken an

Mit dem integrierten Masterstudiengang stellt die TUM School of Education ein neues Konzept in der Lehrerbildung vor, das aufgrund des engen Zusammenspiels von Studienseminar und Universität viele Synergieeffekte ermöglicht und gleichzeitig einer größeren Zielgruppe den Zugang zum universitären Lehramtsstudium eröffnet. Dieses Angebot könnte die Nachwuchssituation an beruflichen Schulen nachhaltig verbessern.

Setzt man sich mit der Konzeption des neuen Masterstudiengangs näher auseinander, ergeben sich eine Reihe überdenkenswerter Fragen:

- > Wie fügt sich dieses neue Modell in die vorhandenen Strukturen der Lehramtsausbildung inklusive Universitätsschulkonzept ein?
- > Welche Folgen ergeben sich für die grundständigen/etablierten Lehramtsstudiengänge Elektro- bzw. Metalltechnik? Sind diese vor dem Hintergrund eines „Master Berufliche Bildung Integriert“ noch konkurrenzfähig und erwünscht?
- > Wie beeinflusst die Einrichtung des integrierten Masterstudiengangs darüber hinaus die anderen Lehramtsstudiengänge an der TU München (z. B. Bautechnik, Nahrung/Hauswirtschaft, ...) bzw. die Angebote anderer Universitäten?
- > Aufgrund der kurzen Ausbildungsphase können im Rahmen des Modellversuchs nur die affinen Zweifächer Mathematik und Physik studiert werden. Wird sich mit dieser Konzeption auch der Bedarf an anderen wichtigen Zweifächern, z. B. Deutsch und Englisch decken lassen?
- > Wie wird sichergestellt, dass mit dem neuen Ausbildungskonzept der hohe bisherige Qualitätsstandard der beruflichen Bildung, insbesondere auch bei den Zweifächern erhalten bleibt?

Der VLB wird die Einführung und Umsetzungsphase in gewohnt konstruktiv kritischer Weise begleiten und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Laufenden halten.

Pankraz Männlein/Max-Peter Neumann

Der VLB im Gespräch mit ...

Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl – ein Fürsprecher der WS-5

BERNHARD DACHSER

Mitte Februar konnten der Vorsitzende des VLB, Jürgen Wunderlich, und der Schulleiter der städtischen Reischleschen Wirtschaftsschule Augsburg, Bernhard Dachser, beim Oberbürgermeister der Stadt Augsburg und stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, Dr. Kurt Gribl, vorsprechen, um ihre Argumente für die Ausweitung des Schulversuchs zur fünfstufigen Wirtschaftsschule darzulegen. Mit Hermann Köhler, dem Bildungsreferenten der Stadt Augsburg, war ein weiterer Unterstützer der Forderung nach einem breiter angelegten Schulversuch an diesem Gespräch beteiligt. Nach einem kurzen Überblick, wo im bayerischen Schulsystem die Wirtschaftsschule verortet ist, konnte Schulleiter Dachser sehr schnell erklären, dass die Fünfstufigkeit enorm wichtig für den Fortbestand der Wirtschaftsschule ist. Dabei stellt die Einführung der sechsten Jahrgangsstufe für alle Beteiligten nur Vorteile dar:

Für die Schüler und deren Eltern

Der Druck auf die Familie, deren Kinder gerade in der Übertrittsphase nach der vierten Klasse sind, ist riesig. Viele Kinder treten in eine Realschule oder ein

Gymnasium über, obwohl für sie noch ein Jahr der Entwicklung an der Mittelschule so sehr wertvoll wäre. Oft können sich diese Kinder, wenn die Leistungsträger aus der Grundschule in die weiterführenden Schulen gewechselt sind, freier entwickeln und ihre Stärken ausprägen. Nach der fünften Klasse, der Gelenkklass, stehen dann vier Optionen zur Wahl. Realschule oder Gymnasium – mit einem Wiederholungsjahr – sowie Wirtschaftsschule oder Mittelschule evtl. mit dem Mittlerer-Reife-Zug – ohne Wiederholungsjahr.

Für die Mittelschulen

Mit der Option, am Ende der fünften Klasse ohne ein Wiederholungsjahr in die Wirtschaftsschule übertreten zu können, gehen den Mittelschulen keine Schüler verloren. Im Gegenteil – Leistungsfähige, noch Unentschiedene verbleiben für wenigstens ein Jahr an ihrer Mittelschule und heben damit auch das Niveau der Gruppen.

Für die Wirtschaftsschulen

Für die meisten Eltern sind die zwei Jahre zwischen der vierten und sechsten Jahrgangsstufe zu lang, um sich für den Übertritt an die fünfte Klasse der Mittelschule zu erwärmen. Mit der Möglich-



Ein Plädoyer für die Wirtschaftsschule: (von links) Bernhard Dachser, Hermann Köhler, Dr. Kurt Gribl und Jürgen Wunderlich.

keit, von der fünften in die sechste Klasse der Wirtschaftsschule übertreten zu können, ergibt sich für die Eltern eine völlig neue Perspektive – der Weg über die Wirtschaftsschule zur Mittleren Reife. Wenn leistungsstarke Kinder dieses Angebot wahrnehmen, dann kann die Wirtschaftsschule auch ihre hohen Qualitätsstandards erhalten.

Dabei wird die fünfstufige Wirtschaftsschule den Freistaat finanziell nicht belasten, sondern eher entlasten, weil die dadurch verbesserte, nahtlose, vertikale Durchlässigkeit teure Wiederholungsjahre an Realschule und Gymnasium zu vermeiden hilft.

Juwel unter den Beruflichen Schulen

VLB-Landesvorsitzender Wunderlich stellte heraus, dass die Wirtschaftsschule eine ganz besondere Schulart unter den beruflichen Schulen darstellt und von allen Seiten als erhaltenswertes Juwel geschätzt wird. Gerade die Betriebe aus Handel und Verwaltung übernehmen die Absolventen der Wirtschaftsschule wegen ihrer praxisnahen Vorbildung gerne in Ausbildungsverhältnisse.

Bürgermeister Dr. Gribl zeigte sich beeindruckt und überzeugt, dass die Entwicklung der Wirtschaftsschule in die Fünfstufigkeit ein wichtiger Schritt zum Erhalt dieser geschätzten Schulart ausmacht. Er sicherte zu, dass er sich in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der CSU politisch für die Ausweitung des Schulversuchs einsetzen würde, zumal ihm klar wurde, dass ein Schulversuch, an dem lediglich fünf Schulen beteiligt sind, nicht die erforderlichen Erkenntnisse liefern kann, um aussagekräftig evaluiert werden zu können. Die Forderung, jeden Regierungsbezirk und jede Trägerschaft am Schulversuch zu beteiligen, konnte er uneingeschränkt teilen.

Am Ende des Gesprächs bekräftigten Augsburgs Schulreferent Herrmann Köhler und Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, dass die Stadt Augsburg nach wie vor sehr daran interessiert ist, sich am Schulversuch zu beteiligen, sodass man erwarten darf, dass nach diesem Gespräch der politische Wille zur Unterstützung des Schulversuchs in der Regierungspartei befördert wird. ■

11. Fachtagung FOS/BOS in Regensburg

LebensRAUM FOS/BOS

HANS DIETRICH

Die inzwischen zu einem festen Bestandteil der Verbandsarbeit gewordenen Fachtagungen FOS/BOS gehen bereits in das zweite Jahrzehnt ihres Bestehens. Offensichtlich üben die Weltkulturerbe-Städte eine magische Anziehungskraft auf die Fachtagung aus. War letztes Jahr Bamberg Veranstaltungsort, so ist es 2016 Regensburg. Epochale Bedeutung dürfte auch dem Neubau der Staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule Regensburg zukommen, in die insgesamt über 60 Mio. Euro investiert wurden, ein Beweis, welche hohe Wertschätzung diese beiden Schularten inzwischen in der öffentlichen Wahrnehmung genießen. Allein schon das Kennenlernen des Bauwerks mit den dahinterstehenden Konzeptionsüberlegungen wäre den Besuch der Tagung wert. Doch neben einem Arbeitskreis, der sich unmittelbar damit beschäftigt, warten weitere elf Präsentationen und Arbeitskreise auf die Gäste, wie etwa zu besonderen Aspekten der Kernfächer Deutsch, Englisch und Mathematik, aber auch die derzeit im Brennpunkt stehende Frage der Flüchtlingsbeschulung, die auch die FOS/BOS erreicht hat. Formen der Zusammenarbeit mit externen Partnern wie den Hochschulen werden ebenso thematisiert wie EU-Projekte, auch im Zusammenhang mit der fachpraktischen Ausbildung. Das ISB gibt Praxistipps zur Einschätzung und Förderung überfachlicher Kompetenzen. Für das Qualitätsmanagement werden Herangehensweisen an die kollegiale Hospitation präsentiert und erörtert. Der Hauptpersonalrat steht für schulartspezifische und persönliche dienstliche Anliegen der FOS/BOS-Lehrkräfte zur Verfügung. Einen erheblichen Teil der Referenten stellt die FOS/BOS Regensburg. Auf diese Weise erhält die gastgebende Schule, das ist neu am Konzept der Fachtagungen, selbst Gelegenheit, ihr Profil vorzustellen.

Als Festredner tritt Prof. Dr. Dr. Andreas Hillert auf. Er ist Chefarzt der

Schön Klinik in Priem am Chiemsee. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Interaktion beruflicher Belastungen und psychosomatischer Erkrankungen. Sein „Anti-Burnoutbuch für Lehrer“ ist inzwischen in der 3. Auflage erschienen. Wegen der sehr anspruchsvollen Tätigkeit der FOS/BOS-Lehrkräfte ist die Burnout-Prophylaxe enorm wichtig, daher dürfte der Vortrag mit anschließender Gelegenheit zur Diskussion seine Anziehungskraft nicht verfehlen.

Zum Abschluss der Veranstaltung ist wiederum Gelegenheit, mit dem zuständigen Referenten im Staatsministerium, MR Günter Liebl ins Gespräch zu kommen und von ihm Informationen aus erster Hand zu erhalten. Dabei dürfte es insbesondere um Fragen der neuen Lehrpläne, der neuen Schulordnung und der neuen Studentafeln gehen. Alle angesprochenen Fragen wird der Verband in seine weitere Arbeit einbeziehen und weiterverfolgen.

Das Rahmenprogramm sieht eine umfangreiche Lernmittelausstellung vor. Info-Promenaden werden gesäumt von Ständen zu unterrichtlichen Best Practice Beispielen der gastgebenden Schule sowie zu Kultur und Tourismus der Region Regensburg. Für Begleitpersonen ist eine Stadtführung in der Weltkulturerbe-Stadt vorgesehen.

Schulleiter Karl-Heinz Kirchberger und sein Team haben trotz des Umzugsstresses hervorragende Vorarbeit geleistet. Alle sind gespannt auf das neue Schulgebäude, das durch die VLB-Veranstaltung seine erste Bewährungsprobe als Tagungsstätte überzeugend meistern wird.

Da sich der Verband der Weiterentwicklung der FOS/BOS in Bayern insgesamt verpflichtet fühlt, ergeht herzliche Einladung zum Besuch der Tagung an Mitglieder ebenso wie an Nichtmitglieder. Die Verbandsmitglieder werden daher gebeten, bei passender Gelegenheit alle Kolleginnen und Kollegen ihrer Schule auf die Tagung aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um eine verbandsinterne Veranstaltung handelt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die jeweils aktuelle Programmversion mit Legende zu den einzelnen Arbeitskreisen ist der Homepage des VLB zu entnehmen. ■



Wir sehen uns
am 16. April
in Regensburg

Programm zur 11. Fachtagung FOS/BOS

„LebensRAUM FOS/BOS“

Samstag, 16.04.2016, 9:00 bis 16:30 Uhr

Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule Regensburg, Fort-Skelly-Straße 31, 93053 Regensburg

Programminhalte

- Ab 9.00 Uhr** Eintreffen der Gäste, Lernmittelschau
- 10.00 Uhr** **Begrüßung und Grußworte**
Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender VLB
Joachim Wolbergs, Oberbürgermeister Regensburg
Tanja Schweiger, Landrätin Landkreis Regensburg
Karl-Heinz Kirchberger, Schulleiter FOS/BOS Regensburg
- 10.45 Uhr** **Festvortrag: Gesundheit in der Schule**
Prof. Dr. Dr. Andreas Hillert, Chefarzt der Schön Klinik Roseneck in Prien,
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Lehrergesundheits des Kultusministeriums
- ca. 12.00 Uhr** **Mittagspause, Lernmittelschau**
13.00 Uhr **Präsentationen, Workshops**
- 01** Wir sind da! – Jugendliche Flüchtlinge und Migranten an der Beruflichen Oberschule. Andreas Streinz, ISB; Manfred Neumann, Berufliches Schulzentrum Kelheim. **02** Kontakte schaffen – Perspektiven aufzeigen – Zukunft gestalten – Beruflicher TUM-Schulcluster Straubing. Josef Zeitlhöfler. **03** Praxistipps zur Einschätzung und Förderung überfachlicher Kompetenzen. Christa Funk-Loheit, Rainer Witt, ISB München. **04** Die lernfördernde Lernumgebung. Karl-Heinz Kirchberger, FOS/BOS Regensburg. **05** Kollegiale Hospitation – konkret und konstruktiv. Conny Potyra, Michael Potyra. **06** Deutsch: Substitution eines schriftlichen Leistungsnachweises durch eine mündliche Prüfung im Fach Deutsch. Katharina Friedl, Rebecca Rapp, FOS/BOS Regensburg. **07** Englisch: Bilingualer Unterricht. Gabriele Leuschner, Josef Strasser, FOS/BOS Regensburg, **08** Mathematik 1: Übergänge gestalten – Anschlussfähigkeit sichern. Dr. Christian Huber, Johann Müller, ISB München, Katharina Maul, FOS/BOS Neuburg/Donau. **09** Mathematik 2: Modell zur inneren Differenzierung. Gisela Greß-Polednik, Christoph Necknig, FOS/BOS Regensburg. **10** Unsere Schülermedothek an der Beruflichen Oberschule Regensburg. Johanna Reichinger, Alexander Zeitler-Hanusch, FOS/BOS Regensburg. **11** EU-Projekte – auch im Rahmen der Fachpraktischen Ausbildung an der FOS – und Auslandspraktika erfolgreich planen und durchführen. Thomas Kolb, FOS/BOS Regensburg. **12** Der Hauptpersonalrat – Ihre Anliegen – Unser Auftrag! HPR Wolfgang Lambl, HPR Rudolf Keil.
- 14.00 Uhr** **Wiederholung dieses Programmangebots von 13.00 Uhr**
- 15.00 Uhr** **Aktuelle Informationen und Diskussionsforum**
Lehrkräfte der FOS/BOS im Gespräch mit dem Staatsministerium, MR Günter Liebl
- ca. 16.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

Musikalische Umrahmung: FOS/BOS-Band Regensburg. Während der Veranstaltung Info-Promenade mit Ständen aus Bildung, Kultur und Tourismus in Regensburg sowie Best Practice Präsentationen aus dem Unterricht der Beruflichen Oberschule Regensburg

Ebenfalls tagungsbegleitend findet eine umfangreiche Lernmittelausstellung statt.

NEU – Programm für Begleitpersonen: Stadtführung Regensburg, Beginn 10 Uhr an der Einfahrt des Parkhauses der Schule (300 Stellplätze)

Die Veranstaltung ist als eine die Fortbildung ergänzende Maßnahme anerkannt.

Die jeweils aktuelle Fassung des Programms finden Sie auf der Homepage www.vlb-bayern.dew

Rechtskundeunterricht aus erster Hand:

Bayerns Justizminister Professor Dr. Bausback schlüpft in die Rolle des Lehrers



REINHARD SCHÖNWEISS

Nach der Auftaktveranstaltung in Ansbach am 11. Januar 2016 war für Bayerns Justizminister seine Heimatstadt Aschaffenburg am 05. Februar 2016 an der Reihe, die zweite von drei zentralen Veranstaltungen zur Einführung in grundlegende Prinzipien des deutschen Rechtssystems für Flüchtlinge und Migranten durchzuführen. Seine Anwesenheit an der Staatlichen Berufsschule I Aschaffenburg wie auch die Anwesenheit der juristischen und politischen Prominenz Aschaffenburgs sollte die Bedeutung der Kenntnis rechtsstaatlicher Grundlagen für die Integration der Flüchtlinge unterstreichen.

Dieses bayerische Pilotprojekt gliedert sich in vier Module: Grundwerte der deutschen Rechtsordnung, Strafrecht, Familienrecht und Zivilrecht. Jedes dieser Module wurde intensiv bearbeitet, als Präsentation ausgearbeitet, mit kurzen Filmen veranschaulicht und in Info-Blättern in mehreren Sprachen für die SchülerInnen aus den jeweiligen Ländern zusammengefasst.

Die Auswahl der Schüler wurde nach sprachlichen Kriterien getroffen. So kamen die arabischen Muttersprachler in den Genuss des authentischen Unterrichts. Als Übersetzer konnten zwei Sprach- und Kulturvermittler der Stadt Aschaffenburg gewonnen werden, die ansonsten die Aufgabe haben, Flüchtlinge bei Ämter- und Behörden gängen zu unterstützen.

Die SchülerInnen aus den verschiedenen BIJ/V-Klassen kamen aus Syrien, Somalia, Eritreia, Irak und Äthiopien. Auch aus



Minister Bausback im Gespräch mit Flüchtlingen und Migranten.

den dezentralen Unterkünften wurden externe Flüchtlinge eingeladen, da das Programm sich nicht nur an unsere SchülerInnen richtet, sondern an alle Flüchtlinge, die hier bei uns Sicherheit, Schutz und Perspektive suchen.

Im Gespräch mit dem Minister

Mit persönlichen Fragen schaffte es Minister Bausback, mit den SchülerInnen ins Gespräch zu kommen. So erklärte er die Glaubensfreiheit am Beispiel eines Familienangehörigen, der seinen Glauben wechseln will. Wie würden die Schüler reagieren? Sie erzählten ihre Erfahrungen und Empfindungen. Dabei stellte sich auch heraus, dass sich schon viele mit Hilfe digitaler Medien schon viele sich über Rechte und Werte in Deutschland informiert haben. Sie wussten um die Bedeutung von Religionsfreiheit.

Auch bei anderen Themenstellungen waren sich die Flüchtlinge der Werteordnung bewusst. Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Vor allem für die syrischen Flüchtlinge ist dies nicht fremd. Sie sind geflohen, um hier diese Werte zu leben und zu erleben, da in ihrer Heimat durch den Bürgerkrieg diese Rechte nicht mehr gelten.

Ein Bereich war auch die Gleichbehandlung bei Behörden, Gerichten und Ämtern. Jeder wird gleich behandelt, man kann sich keine Vorteile erkaufen. Die Frage nach

dem Unterschied zwischen ihren Herkunftsländern und der Situation hier in Deutschland drückt ein Syrer mit den Worten aus: „Die Liebe für das Land ist euer gemeinsamer Nenner“.

Auch hier in der Berufsschule haben sie die Bedeutung dieser Werte und deren positive Wirkung für das Zusammenleben aller in der Gesellschaft gelernt und vor allem gespürt. Sie sind willkommen, akzeptiert und respektiert in all ihren Unterschieden. Ebenso die Ausdauer für den insgesamt dreistündigen Rechtskundeunterricht haben sie schon eingeübt und umgesetzt.

Insgesamt war diese Auftaktveranstaltung gut gelungen, die Schüler waren konzentriert und ließen sich trotz der Anwesenheit der Medienvertreter nicht ablenken. Integration muss auf breiten Füßen stehen, die Werteerziehung ist dabei sicher zentral.

Das Projekt Rechtskundeunterricht ist vorerst bis Juli geplant. Am Standort Berufsschule I Aschaffenburg findet der Unterricht immer donnerstags nicht nur für die BI-Schüler, sondern auch für die dezentral untergebrachten Flüchtlinge statt. So sollen alle asylsuchenden Menschen im Raum Aschaffenburg erreicht werden. Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger werden ehrenamtlich den Unterricht fortsetzen, übersetzt in die jeweilige Muttersprache von Sprach- und Kulturvermittlern. ■

Fotoworkshop in der Lagunenstadt: Learning by doing



PETER THIEL

Die Maßnahme hat sich bewährt, sie hat ihren Sinnhaftigkeitstest längst bestanden. Deshalb greift man immer wieder auf sie zurück an der Würzburger Franz-Oberthür-Schule, Jahr für Jahr. Im Oktober 2015 war es nun zum 21. Male, dass Thomas Seydl, seines Zeichens Studiendirektor an der genannten Schule, mit der Abschlussklasse Foto 12 zu einem einwöchigen Workshop in Europa unterwegs war.

Unterschiedliche Reaktionen

„Mit einem Schulausflug im herkömmlichen Sinne hat unsere Unternehmung nichts zu tun“, sagt Seydl, der Mitte der neunziger Jahre die Idee zu solch einem Fotoworkshop ins Gespräch gebrachte hatte und damit „beim Chef“ vorstellig wurde. Die Reaktionen waren zunächst durchaus unterschiedlich. Zustimmung, Anerkennung von Courage und Unternehmungsgeist, ja Begeisterung auf der einen Seite, Bedenken auf der anderen. „Alles was die Azubis da lernen, können sie auch in Würzburg lernen“, sagten die Bedenkenträger. „Wozu also ins Ausland fahren?“. Die Zuständigen indes - Schulleitung und Innungsvorstand - konnten der Sache durchaus etwas abgewinnen. Für sie war berufliche Bildung eben mehr als reine Ausbildung, sie sahen die Bildungschancen, die in solch einem Projekt stecken. Und so fuhr die damalige Foto 12 erstmals für eine Woche nach Venedig. Das war, wie gesagt, vor 21 Jahren. Als sie zurückkamen, die jungen Leute, organisierten sie eine Ausstel-

lung, die große Aufmerksamkeit erregte und sowohl der Schule als auch der Innung viel „Öffentlichkeit“ bescherte. „Sieh mal an die Berufsschüler“, sagten die Würzburger, „das hätte man gar nicht gedacht“.

Reiseziele unter dem Aspekt der fotografischen Ergiebigkeit

Bei einer solchen Rückmeldung lag es nahe, das Projekt zu wiederholen. Und als der nächste Jahrgang seine Chance wiederum so bravurös nutzte, wurde die Maßnahme sozusagen zur Regel. Seitdem sind die Jungfotografen des unterfränkischen Bezirkssprengels - offizielle Bezeichnung Klasse Foto 12 - jeweils zu Beginn des dritten Ausbildungsjahres mit Thomas Seydl irgendwo im europäischen Raum unterwegs. Die Auswahl der Reiseziele stand in all den Jahren natürlich in erster Linie unter dem Aspekt der fotografischen Ergiebigkeit. Die Lichtverhältnisse standen dabei im Vordergrund, aber auch das Vorhandensein attraktiver Motive. Darüber hinaus mussten natürlich auch die Kosten bedacht werden, denn Azubis der Fotobranche sind keine Krösusse, und sie mussten die Reisen fast allein finanzieren, wenn man von bescheidenen Beiträgen des Schul-Fördervereins absieht. So schieden bislang besonders attraktive Metropolen - London im Nebel, Paris mit dem Eiffelturm, Moskau im Neuschnee - aus und so wird es wohl auch bleiben.

Jedes Jahr im Winter trat die Klasse bisher dann mit ihrer Ausstellung an die Öffentlichkeit und der Kreis derer, die der Einladung zur Vernissage folgten, wurde immer größer. Sofern sie noch am Ort waren, kamen auch Angehörige früherer Jahrgänge, und Seydl kennt Fälle, da Auswertige sogar längere Anfahrtsstrecken in Kauf nahmen, um wieder mal mit dabei zu sein. Und was ebenso erwähnenswert ist: Auch hartnäckige Bedenkenträger von einst erweisen der Bildungsmaßnahme heute ihre Reverenz und halten mit Beifall nicht zurück.

Die Lehrkräfte treten in den Hintergrund

Der Auslands-Workshop stellt die Azubis vor beträchtliche Herausforderungen und ist von hoher pädagogischer Wirksamkeit. Vordergründig betrachtet geht es zwar darum, fotografisch bestimmte Themen zu bewältigen, brauchbares Bildmaterial zu erstellen und aus diesem dann die Ausstellung zu gestalten. „Die jungen Leute sind während der Woche jedoch weit über das Fachliche hinaus gefordert, und wenn man es genau nimmt, sind sie mit dem Projekt sogar einige Monate beschäftigt“, sagt Seydl. Vorbereitung und Nacharbeit seien in hohem Maße bestimmt vom Unterrichtsprinzip der Selbsttätigkeit. „Die Azubis steigen ja nicht einfach in den vorgeheizten Bus und fahren mal solala für eine Woche nach Venedig“, gibt der Klassenlehrer zu bedenken. Nahezu die gesamte Organisation liege ihren Händen, lange bevor es losgeht werde vieles im Unterricht dem Projekt untergeordnet, und der offizielle Stundenplan sei manchmal nur noch Formsache. Informationen über das Reiseziel, über Geschichte, Wirtschaft, Land und Leute werden eingeholt und die Unterbringung müsse gemäß der Kassenlage organisiert werden. Ferner gelte es, Ausschau zu halten nach kostengünstigen Flügen oder Bahnangeboten. So mancher Inhalt aus dem Sozialkunde-, Deutsch-, Religions- und Fremdsprachunterricht eignet sich zur Vorbereitung und Einstimmung auf das Workshop, so dass das Attribut „fächerübergreifend“ hier seine volle Berechtigung hat. Bei all dem stellt das Internet natürlich eine unschätzbare Hilfe dar. Die Lehrkräfte halten sich weitestgehend zurück, stehen den jungen Leuten freilich immer beratend zur Seite. Allerdings sorgen sie von Anfang an dafür, dass alles, was die Schüler/innen in ihrer Begeisterung vorhaben, noch im Bereich des Machbaren bleibt. „Der Kreativität wollen wir ja nichts in den Weg stellen, reiner Wildwuchs aber soll es eben auch nicht sein“, so Thomas Seydl. Fachliche





„Venedig in zehn Farben“

Chronik eines Tages

Wasserstand

Leben und Sterben

Venezianische Mythen

Architektur und Gegenlicht



Die Teilnehmer und ihre Ausbildungsbetriebe:

Hutter, Tim

Foto Kino Schneyer, Zeil am Main

Link, Carina

Fotostudio Menth, Aub

Meeb, Daniel

Fotostudio Müller, Karlstadt (04/05)

Müller, Jessica

Fotostudio Schwab, Remlingen (01/03)

Noll, Wynona

Fotostudio Hesse, Aschaffenburg

Rottmann, Carolin

Foto Kino Schneyer, Zeil am Main (09)

Schwarz, Daniel

Fotostudio W. Schwab, Remlingen (10)

Theßenvitz, Marius

Fotodesign Ina Brosch, Iphofen (6)

Tirlui, Adrian

Fotoatelier Bernhard, Hardheim (07/08)

Wendler, Juliane

Fotostudio Besserer, Lauda (02)

Gesichtspunkte wie die Themenstellung, die Ausstellungskonzeptionen, Bildformate, Anzahl der Exponate usw. werden bis zu einem gewissen Grad vorgegeben. Dabei wirkt die Innung im Sinne der Lernortkooperation beratend mit.

Die Klassenhierarchie löst sich rasch auf

Ideenreichtum, Flexibilität und Improvisationsgabe, Kommunikationsfähigkeit, Offenheit, aber auch die Bereitschaft zur Kooperation – das sind elementare Anforderungen an den professionellen Fotografen. Dies dem Berufsnachwuchs zu vermitteln ist freilich ein längerer Prozess und in einem einwöchigen Workshop nur ansatzweise möglich. „Doch wir können Impulse setzen“, sagt Seydl, „kulturelle Anregungen geben, welche die Schüler/innen erfahrungsgemäß sehr gern annehmen und später ggf. in eigener Regie weiterverfolgen“. Die im Schulalltag übliche Klassenhierarchie löse sich unterwegs rasch auf, die jungen Leute arbeiten sich gegenseitig zu und bereichern sich in einer Art und Weise, wie er das oft nicht für möglich gehalten habe, meint Thomas Seyd und Ingeborg Gottschall, die zweite Lehrkraft welche die Gruppe seit Jahren begleitet, stimme ihm zu.

„In der Vergangenheit konnten wir bei den jungen Leuten schon beachtliche Überraschungen erleben. So mancher, der uns im Klassenzimmer eher schüchtern und gehemmt begegnete, wuchs unterwegs geradezu über sich hinaus und erschien uns ganz neuem Licht“, blickt Seydl zurück. Natürlich gebe es im Rahmen einer solchen Veranstaltung auch die affektive, die emotionale Seite. Unbeherrschtheiten können schon mal auftreten, gruppeninterne Spannungen oder die eine oder andere egoistische Einlage ebenso. „Doch solcherlei Erscheinungen bildeten in all den Jahren die Ausnahme“, sagt Ingeborg Gottschall, „jedenfalls waren sie nicht dazu angetan, standfeste Pädagogen zu beeindruckern. Erfahrungsgemäß regeln die Schülerinnen und Schüler ihre Probleme unter sich und machen dabei auf engem Raum wertvolle Erfahrungen in Sachen „soziale Kompetenz“. Und richtige Disziplinverstöße? „Fehlanzeige“, sagt Seydl.

Venedig in zehn Farben

Das Workshop 2015 fand also - wieder einmal - in Venedig statt. Dafür hatte sich die Klasse entschieden und Leipzig als weiteren Vorschlag mehrheitlich verworfen. Das Motto lautete „Venedig in zehn Farben“. Es gliederte sich in folgende konkrete Einzelthemen, die es fotografisch zu bewältigen galt:

- > Chronik eines Tages
- > Wasserstand
- > Leben und Sterben in Venedig
- > Venezianische Mythen - der Karneval
- > Architektur und Gegenlicht

Dabei sollte das Gestaltungsmittel Schwarz-Weiß nicht zu kurz kommen. Angesichts der heutigen Überflutung mit farbigen Knipsbildern - Selfies und ähnlicher Scherzprodukte - ist Schwarz-Weiß vor allem unter professionellen Fotografen auf dem Vormarsch, denn weniger ist eben oft mehr.

Zwei größere Ferienwohnungen

Vor Ort hatten die 10 jungen Leute zwei größere Ferienwohnungen angemietet in denen sie nach Geschlechtern getrennt logierten. Ihre Arbeitspläne gestalteten sie in eigener Regie, organisierten die Einkäufe, verwalteten die Finanzen eigenständig und bereiteten sich ihre Mahlzeiten, was meist nur improvisiert geschah, weil die Aufnahmetermine drängten und man soviel wie möglich von Venedig mitnehmen wollte. Kurzum, die jungen Leute regelten alles selbstständig, was es zu regeln gab. Während der Woche gab es zwei zeitlich ausgedehnte Termine zur Bildbesprechung, in denen vorliegendes Material u.a. im Hinblick auf die Ausstellung besprochen und ggf. auch verworfen wurden. Das dazu nötige Equipment, u. a. einen Beamer, hatte man aus Würzburg mitgenommen. Und die Sprache? „Europäisch“, sagen die Schüler/innen, „mit einem Mix aus Englisch, Italienisch und Deutsch kamen wir gut zu zurecht“.

„Sahnehäubchen unserer Ausbildung“

Bei der von mehr als 100 Gästen wiederum gut besuchten Vernissage in der Franz-Oberthür-Schule erläuterten die beiden Lehrkräfte das Unterrichtskon-

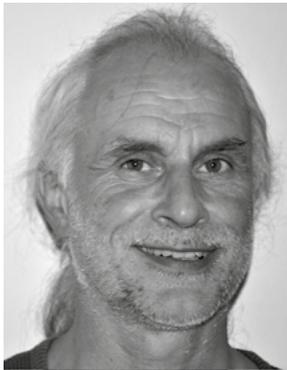
zept. „Auch diesmal wieder war die Gruppe äußerst rührig, diszipliniert und kooperativ“, lobten sie ihre Schäflein. Und weil sie als „Feuerwehr“ kaum gefragt waren, hatten sie umso mehr Zeit für Einzelgespräche.

„Venedig 2015 wird uns als Sahnehäubchen unserer Ausbildung noch lange in Erinnerung bleiben“, erklärten die beiden Azubis Caroline Rottmann aus Zeil am Main und Daniel Schwarz aus Remlingen stellvertretend für alle, und beide schwärmten sie von den erlebnisreichen Tagen in der Lagunenstadt.

Grußworte der Fotografeninnung von Unterfranken überbrachte bei der Eröffnung der Ausstellung Mitte Januar stv. Prüfungsausschussvorsitzender Jürgen Müller (Karlstadt). Er zeigte sich „sehr beeindruckt von dem, was die Drittklässler auf die Beine gestellt hatten“. Oberstudiendirektor Uwe Tutschku, der Leiter der Franz-Oberthür-Schule, lobte die jungen Leute für ihr Engagement, für ihren Gemeinschaftsgeist und ihre positive Einstellung. Gleichermaßen dankte er allen Lehrkräften der Fachgruppe „Drucktechnik/Fotografie“ für den nicht selbstverständlichen Einsatz im Interesse des Ganzen. „Wenn die Klasse von der Reise zurück ist, geht das Projekt ja in die zweite Runde, in der es noch viel zu tun gibt: Bildauswahl, Korrekturen, Ausdrucken, Aufziehen und Präsentation haben ebenso große Bedeutung wie die Arbeit mit der Kamera vor Ort“, so der Schulleiter. ■

Umweltpädagogik für alle, gebaut von Asylbewerberklassen der Berufsschule Mindelheim:

Das Energiespardorf – eine Idee wird multipliziert



KARL GELLER

Was hat die Weltklimakonferenz mit Berufsschulunterricht zu tun? Auf den ersten Blick vielleicht nicht wirklich viel. Bei genauerer Betrachtung dann aber in mehrfacher Hinsicht. Was wurde da denn 23 Jahre nach der Agenda 21 von Rio de Janeiro in Paris beschlossen? Nun, nicht mehr aber auch nicht weniger als der komplette Ausstieg aus den fossilen Energien. Das trifft jeden, beruflich und privat, der sein Haus mit solchen Energien heizt, diese zur Fortbewegung nutzt, etc. ... und all die damit verbundenen Berufe incl. deren Ausbildung! Auch sind die Kommunen als Sachaufwandsträger für alle Schularten betroffen sowie die Energieversorgung aller Betriebe. Kurz wir sollen/müssen nun binnen weniger Jahrzehnte ein Energieversorgungssystem, das uns seit dem Beginn der Industrialisierung begleitet hat, grundlegend verändern und durch ein dezentralisiertes und umweltfreundlicheres ersetzen. Mehr noch, im Grunde wird ein Wirtschaftssystem reformiert. Andererseits ist der Weg alternativlos. Denn schon jetzt sind die Schäden der Klimaerwärmung immens. Halten wir uns deshalb immer vor Augen: Es handelt sich bei dem Abkommen um den verzweifelten Versuch, die Temperaturerhöhung weltweit zu begrenzen, nicht zu verhindern! Wir werden uns also an Hiobsbotschaften wie Überschwemmungen, Trockenheit(en), Erdbeben, Sturmschäden, Missernten

und deren Kosten, bis hin zu Kriegen, gewöhnen müssen.

Klimakonferenz Paris

Immerhin, das Ziel wurde nun in Paris definiert. Nur haben wir auch die entsprechend (aus-)gebildeten Menschen, um den Weg dorthin zu finden? Steht in den Lehrplänen heute, was die Generation von morgen diesbezüglich im Berufsleben und als Staatsbürger benötigt? Werden in dieser Demokratie Entscheidungen transparent umgesetzt, weil die Bevölkerung den nötigen Wissensstand, das nötige Bewusstsein und die entsprechenden Umgangsformen besitzt, um sich zu allseits akzeptierten Lösungen durchzuringen? Oder werden wir uns durch Unkenntnis der eigenen Möglichkeiten und egozentrisches Verhalten selbst blockieren? Was werden unsere Kinder z. B. zu den Häusern sagen, die wir heute bauen und in denen sie auch noch in 50 Jahren leben werden? Spannende Fragen für Pädagogen, finden Sie nicht? Und schon sind wir bei der Antwort auf die Frage, was Klimaabkommen und Unterricht miteinander zu tun haben. Denn die Ziele des ersteren müssen nun umgewandelt werden, nicht nur in Form von Kenntnissen über Fakten und neue Technologien, sondern auch in konkretes Verhalten. Wie dies an Bildungseinrichtungen geschehen könnte, beschäftigt uns an der Berufsschule Mindelheim seit langer Zeit.

Energieeffizienzkurs an der Berufsschule Mindelheim

Der zusammen mit der IHK Schwaben entwickelte Energieeffizienzkurs (vgl. vib-akzente 03-04/2015), der letztes Jahr von CO2-online als das beste Projekt Bayerns ausgezeichnet wurde und bei der anschließenden Online-Abstimmung auf dem zweiten Platz deutschlandweit landete, ist sicher ein guter Weg. Einen anderen, leichter um- und einsetzbaren, möchte ich heute in Form des mobilen Planspiels „Energiespardorf“ präsentieren, das allen interessier-

ten Bildungsträgern seit kurzem in 5-facher Ausfertigung über ganz Bayern verstreut zur Verfügung steht. Und natürlich lassen sich mit dem Energiespardorf all die brennenden Fragen thematisieren, die gerade oben angerissen wurden – und vieles mehr!

Planspiel Energiespardorf

Was ist das Energiespardorf nun eigentlich?

Das Energiedorf ist ein Nachbau einer durchschnittlichen bayerischen Gemeinde als Tischmodell mit Kirche, Fabrik, Häusern und Grundstücken auf 5 Holzplatten (Pate stand die 10.000 Einwohnergemeinde Kaufering bei Landsberg).

Das Energiedorf ist ein Planspiel, in dem alle Teilnehmer in die Rolle eines Gemeinderates schlüpfen und als solcher zusammen mit den anderen Räten versuchen, die energetische und finanzielle Situation ihrer Gemeinde so weit zu verbessern, dass die Gemeinde energieautark wird und dadurch auch keine Kaufkraft für Energie aus der Gemeinde abfließt. (Dieselbe Situation trifft im Kleinen natürlich jede Familie und im Großen jeden Staat).

Das Besondere daran ist, dass die Häuser/Fabrik etc. alle mit einem Computer vernetzt sind. 7000 Lötstellen und deren Verdrahtung ermöglichen dem Rechner, das zu visualisieren, was vom Gemeinderat beschlossen und am Brett mit elektrischen Widerständen gesteckt wird.

Wie funktioniert dieses Planspiel?

Grundsätzlich sind der Fantasie des Spielleiters natürlich keine Grenzen gesetzt. Er entscheidet auch, welche Dinge evtl. im Vorfeld noch geklärt werden sollten. Reden wir z. B. über Primärenergie, Endenergie oder Nutzenergie? Wie viel Strom benötigt ein durchschnittlicher Haushalt und was bedeutet dies in Euro bzw. Arbeitszeit etc.? In jedem Fall wäre es wünschenswert, dass alle Teilnehmer wissen/ein Gefühl dafür entwi-

Wer mitbestimmen kann, hat auch Interesse - Einsatz des Energiedorfes in der Asylbewerberklasse.



Produktion und Ausbildung in einem: Schreiner Ausbildung am Energiespardorf und arbeiten an der Plattenunterseite.



ckeln, wieviel Energie wirklich in einer kWh steckt und dass Einheiten wie diese z. B. von kW getrennt werden müssen (übrigens etwas, was selbst in renommierten Tageszeitungen häufig verdreht wird). Zur Grundausrüstung jedes Energiedorfes gehört deshalb auch ein Energieerlebnisrad, das die Thematik über die eigene körperliche Leistungsfähigkeit angeht. Danach könnte der Ablauf z. B. so aussehen:

Zunächst werden die Häuser (ein Haus entspricht 100 Wohneinheiten und wird im Idealfall von einem Teilnehmer betreut) mit all den Verbrauchern nachgerüstet, die „Mensch“ halt so zu brauchen glaubt. Schon hier stellen sich die ersten Aha-Effekte ein, denn natürlich müssen die Gemeinderäte zunächst einmal schätzen, welche Verbraucher (E-Herde, Beleuchtung, Kühlschränke, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik, ...) denn ihrer Meinung nach zu welchen Ergebnissen führen. Kaum jemand hat im Vorfeld realisiert, dass wir z. B. heute für Unterhaltungselektronik

weit mehr Energie verbrauchen als fürs Kochen, und um wieviel mehr schon zweimal nicht.

Wird dann in der Fabrik noch der Maschinenpark dazu geschaltet, gehen allseits die Augenbrauen hoch, zumal natürlich auch die CO₂-Bilanz und der Kapitalabfluss in einer meist verschuldeten Gemeinde am Computer aufgezeigt werden.

Problematik der Energiewende

Die Gemeinderäte, die mittlerweile auch noch Berufe zugeordnet bekommen haben, mit denen – wie im richtigen Leben – eindeutige persönliche Interessen verbunden sind, sollen nun versuchen, ihren Heimatort aus der CO₂- und Finanzklemme zu befreien. Da dies schon von den Vorkenntnissen nicht immer gelingt, gibt es auch noch einen „Energieberater“, der bei kniffligen Situationen weiterhilft und z. B. immer wieder an den energetischen Dreisprung des Landesamts für Umwelt erinnert (vgl. www.lfu.bayern.de). Was durch den 1.

Sprung „Einsparen“ (Standby ausschalten, unnötige Beleuchtung vermeiden, Kühltruhe abtauen etc.) geschafft werden kann zeigt das Computerprogramm. Leider sind wir da noch weit von der Lösung weg, die in Paris angestrebt wurde, selbst wenn alle Bürger guten Willens wären, was zu Recht bezweifelt werden darf. Und unsere „Gemeinderäte“ merken so schnell, mit welchen Problemen die Energiewende verbunden ist.

Ein Drittel der Energie kann weggespart werden

Wenn dann die normalen Verbraucher gegen hocheffiziente ausgetauscht sind (Sprung 2: effiziente Maschinen und Geräte benutzen) was selbstverständlich wieder gesteckt werden kann, drängen sich neue Vergleiche förmlich auf. Wo kann am meisten/besten/schnellsten gespart werden? Wann amortisiert sich das? Und auch das Endergebnis kann sich sehen lassen. Denn ein Drittel der Energie, die wir heute verbrauchen, könnte mit vorhandener Hocheffizienztechnik einfach weggespart werden, ohne Komfort- oder Funktionsverluste – aber mit finanziellen Gewinnen!

100%ige Energieversorgung – positive CO₂-Bilanz

Obwohl im Gemeinderat (wie auch in der ganzen BRD) auch beim zweiten „Sprung“ bereits heiß z. B. über Förderanreize der Gemeinde diskutiert werden kann, und sehr viel mehr Verständnis für die Aufgaben eines Kämmersers/Gemeinderats/Politikers aufkommt, wenn man einmal in dessen Schuhen geht, enden die Diskussionen über den 3. Sprung (Einführung regenerativer Energien), meist im argumentativen Chaos. Daran sind die (finanziellen) Eigeninteressen der Räte (Landwirte, Elektrohändler, Fabrikbesitzer, Umweltschützer, Kraftwerksbetreiber, ...) nicht ganz unschuldig und dies ist auch durchaus gewünscht. Denn zum Schluss kann der Energieberater u. a. zeigen, dass eine mehr als 100%ige Energieversorgung bei positiver CO₂-Bilanz und ebensolcher Eigenversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schon mit den heutigen Mitteln prinzipiell möglich wäre. Dies kann belegt werden, in dem die

Häuser mit Solaranlagen nachgerüstet, auf der Gemeindefläche Biogasanlagen oder Windräder installiert werden, die natürlich wieder als Modell für die Teilnehmer einbaubar zur Verfügung stehen und nicht immer sachkundige Diskussionen auslösen. Deren Potential wird vom Computer separat als Energieproduktion und CO₂-Ersparnis und mit den vorherigen Verbrauchsdaten verrechnet. Selbst die Windgeschwindigkeit oder die Intensität der Solarstrahlung kann simuliert werden. Am Ende schafft es die Gemeinde in jeder Hinsicht ins Plus zu kommen. Was derartige Lösungen verhindert, ist neben einer leider weitverbreiteten Unkenntnis über Energiefragen eine fehlende Diskussionskultur und das Verfolgen von Eigeninteressen der Gemeinderäte – so wie dies Jugendliche offenbar aus ihren Räten kennen und in der Diskussion perfekt imitieren. Im Energiedorf werden all diese Problematiken – wie im richtigen Leben – zusammengeführt und den Teilnehmern „spielerisch“ bewusst gemacht. Nicht selten sieht man am Ende tief betroffene Schüler vom Tisch aufstehen, die mit sich und der Welt nicht mehr so ganz im Reinen sind. Die Rückmeldungen über diese Form von „Unterricht“ sind aber immer sehr positiv und nicht selten hört man Sätze wie diesen: „Da sieht man mal, dass wir ganz schön doof sind, wenn wir das mit der Energie und dem CO₂ nicht besser hinbekommen!“

Was hat das Energiespardorf mit der Berufsschule Mindelheim zu tun?

Von Peter Satzger, einem BMW-Ingenieur und aktiven Umweltschützer entwickelt, entstanden alle Nachbauten des Originals in verbesserter Form an der Berufsschule Mindelheim, und dies ganz bewusst im Unterricht unserer Asylbewerberklassen. Drei dieser Dörfer wurden im Auftrag des Wirtschaftsministeriums gebaut, das in Bayern für die Umsetzung der Energiewende zuständig ist. Eines haben wir selbst durch gewonnene Preise und Zuwendungen des Klimateams des Landkreises Unterallgäu finanziert. Dieses verbleibt an unserer Schule, sofern es nicht ausgeliehen ist. Denn



Vorstellung des Energiespardorfs mit Staatssekretär Pschierer, Landrat Wehrhater, Vertretern der IHK und Schulverwaltung.



Produktion und Ausbildung in einem: Lötarbeiten für das Energiespardorf.

die komplette Ausrüstung wird bei allen Energiespardörfern abreisefähig auf einem Anhänger verstaut und kann so mühelos auch an entfernten Lernorten schnell zum Einsatz kommen. Was nichts anderes bedeutet, als dass die Energiedörfer auch jeder anderen (Berufs-)Schule in Bayern und darüber hinaus zur Verfügung gestellt werden können, ja sollen! Für unsere Asylbewerber war das Projekt aber nicht nur eine Einführung in die Grundlagen der Schreinerei, Elektrotechnik, in Mathematik und Deutsch, Lerngebiete also, die ihnen den Einstieg ins Berufsleben entsprechend erleichtern sollen. Wir wollten damit auch zeigen, dass Asylbewerber von Anfang an produktiv für unsere Gesellschaft eingesetzt werden können, wenn man sie entsprechend anleitet. „Die sitzen hier nur rum“, gilt jedenfalls an unserer Schule sicher nicht! Und selbst wenn ein Antrag auf Asyl negativ beschieden werden sollte, hatten alle Beteiligten darüber hinaus Kontakt mit der Energieproblematik und entsprechenden Lösungen, die

in ihren Herkunftsländern nicht weniger aktuell sind. Wir sehen den Bau der E-dörfer deshalb auch als Entwicklungshilfe, die wir als bayerische Berufsschule von hier aus leisten können. Wie sagte mir doch ein Afrikaner, als ich in seiner Klasse einen Solarkoffer mit entsprechenden Elektrogeräten vorstellte: „Das wäre genau das Richtige für die Leute in meinem Dorf!“

Trotzdem die Klassen, wie andernorts auch, zu groß waren, die Zusammensetzung immer wieder verändert werden musste und sich der Bau der 4 Dörfer so über fast zwei Jahre hinzog, ist die Energiefrage sicher auch bei den Asylbewerbern selbst nicht untergegangen. Daneben wurden viele Handwerkstugenden, Namen von Werkzeugen, deren Einsatzmöglichkeiten etc. vermittelt und obendrein nicht für den Abfallkorb gearbeitet. Dies ist immer ein wesentlicher Teil der Motivation für alle Beteiligten, auch für das Lehrpersonal. Und so ist es nicht verwunderlich, dass alle Kollegen die Arbeit ih-

rer Schützlinge trotz aller Sprach- und Organisationsschwierigkeiten durchaus positiv sehen und über viele gute Erfahrungen berichten. Vergessen wir auch nicht, dass sich die Weltgemeinschaft in Paris verpflichtet hat, die Entwicklungsländer mit alternativen Energien auszurüsten und so für eine lebenswerte Zukunft in diesen zu sorgen. Wir an der Berufsschule Mindelheim haben jedenfalls das Gefühl, unsere Agenda (übersetzt: „Das was zu tun ist“) mit dem Projekt wieder einmal erfüllt zu haben und wissen uns dabei in guter Gesellschaft. Denn vom UN-Generalsekretär über den Dalai Lama bis zum Papst wird genau dies von jedem von uns gefordert – egal was wir gerade machen und wo wir gerade sind.

Unterrichtseinsatz der Energiedörfer

Sie können unsere Energiedörfer nun bei folgenden Adressen anfordern und sie für Projektstage und/oder Ihren Unterricht nutzen (die Bedingungen dafür klären Sie bitte mit den entsprechenden Stellen ab).

Oberbayern Süd:

Bund Naturschutz- Naturschutz- und Jugendzentrum Wartaweil,
Wartaweil 76/77, 82211 Herrsching
E-Mail: wartaweil@bund-naturschutz.de
Tel.: (08152) 96 77 08

Oberbayern Nord:

Bund Naturschutz Energiespardorf
Region 10 der Kreisgruppen Pfaffenhofen-Eichstätt-Ingolstadt-Neuburg-Schrobenhausen
E-Mail: energiespardorf.bn-paf.de
Tel.: 0176 83 68 55 68

Franken:

Bund Naturschutz Energiespardorf
Kreisgruppe Roth
E-Mail: bund.naturschutz.roth@t-online.de
Tel.: (09171) 63886

Oberpfalz:

Bund Naturschutz Energiespardorf
Kreisgruppe Amberg-Sulzbach, Obere Gartenstr. 3; 92237 Sulzbach-Rosenberg;
E-Mail: bund.naturschutz-as@asamnet.de
Tel.: (09661) 3427

Staatliche Berufsschule Mindelheim;
Westernacher Str. 5; 87719 Mindelheim;
Tel.: (08261) 7620-0

Kommentar

Es ist sicherlich das Verdienst von Prof. Frederic Vester gewesen, mit dem Spiel "Ökolopoly" auf die Problematik einseitiger Wirtschaftsorientierung aufmerksam gemacht zu haben, die letztendlich genau zum gegenteiligen Ergebnis führt. Das heutige China mit seinen aktuellen Problemen ist dafür ein Paradebeispiel. Das Energiespardorf geht jedoch an einer ganz wesentlichen Stelle noch einen Schritt weiter. Es verlangt von allen „Spielern“ partnerschaftliche Kommunikation und Akzeptanz gegenseitiger Bedürfnisse, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Und genau an dieser Stelle, die auch für die Lösung anderer Problematiken immens wichtig wäre, zeigt das „Spiel“ sowohl die pädagogischen als auch strukturelle Fehler unserer Gesellschaft gnadenlos auf. Wir hätten die Technik, um bereits jetzt vielerorts CO₂-neutral wirtschaften zu können. (Wer hätte vor zwanzig oder auch noch 10 Jahren geglaubt, dass sich mein durchaus industriell geprägter Heimatlandkreis heute zu über 50 % mit regenerativen Energien versorgen kann. Und da ginge noch weit mehr, was manch emotional geführte Trassendiskussion überflüssig machen würde.) Nein, es ist nicht allein die Frage vorhandener Technik und deren Verständnis, die uns hindert – wir sind es selbst, die in verkrusteten Machtstrukturen hängen bleiben, uns schlitzohrig an individuellen Vorteilen ausrichten und eigentlich nicht wirklich miteinander reden, sondern versuchen, durch allerlei verbale Tricks den anderen über den Tisch zu ziehen. Der merkt das natürlich irgendwann und blockt nun seinerseits wo es nur geht. Das Ergebnis für die Gemeinschaft: minimal! Dass wir damit auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Energiewende mit sich bringen würde, verhindern, ist ein Trauerspiel (vgl. deutsche Solartechnik). Denn eines habe ich „draußen“ gelernt: die Welt schaut auf uns – und nicht zu Unrecht, denn eigentlich hätten wir's drauf! Insofern habe ich persönlich aufgehört, auf den letzten in Politik und Verwaltung zu warten, der vorgibt, einfach nicht verstehen zu können, was wir mit unserem Lebensraum Erde gerade machen. Wenn es Menschen offenbar egal ist, wie viele Leute auf der Flucht, nicht nur vor Krieg, sondern auch vor veränderten ökologischen Lebensbedingungen sind, muss ich deswegen nicht zusehen und nichts tun, weil ein paar wenige immer noch in Kategorien des letzten Jahrhunderts denken oder ihre Pfründe schützen wollen. Es gibt speziell für uns Lehrkräfte nicht nur die Verpflichtung, sondern an jeder Schule und darüber hinaus genug Möglichkeiten und Ansprechpartner, um aktiv zu werden. Und dies ist für mich die eigentliche Botschaft des Energiespardorfes. „Yes, we can!“ Aber nicht, wenn einer von oben alles regelt, sondern in den vielen kleinen Einheiten, die flexibel auf die jeweilige Situation vor Ort reagieren können und miteinander Lösungen finden, z. B. in meiner Schule, in meinem Verein, in meinem Betrieb. Und darauf müssen die nächsten Generationen vorbereitet werden, wenn „Handlungsorientierung“ nicht zu reiner Worthülse für das selbständige Abarbeiten von Kundenaufträgen verkommen soll. Insofern würde ich mir damit schwer tun, das „Dorf“ als reines Energie- oder Umweltprojekt zu bezeichnen. Vielmehr verbindet es diese Elemente mit denen des Fachkunde-, Deutsch-, Sozialkunde und Religions-/Ethikunterrichts und schließt damit das Dreieck Wirtschaft, Soziales und Umwelt der Agenda 21 auf eine vorzügliche Art und Weise. Gerade deshalb ist es m. E. so wichtig, dass die Dörfer von Asylbewerbern gebaut wurden und nicht von professionellen Unternehmen. Das Energiedorf macht auch Mut, selbst aktiv zu werden – das werden wir brauchen, trotz oder eben wegen der Klimakonferenz. Je suis Paris!

Karl Geller

Updates für Lehrkräfte an der Universität in Nürnberg:

Berufsbildung am Abend – Programm im Sommersemester 2016

ALEXANDER LIEBEL

In der Reihe „Berufsbildung am Abend“ bietet der Lehrstuhl von Prof. Wilbers in jedem Semester einen Mix für ein gemeinsames Lernen von Studierenden und Lehrkräften. Aktuelle Themen wer-

den von externen Expertinnen und Experten aufgegriffen. Sie sind herzlich zur Veranstaltung in Nürnberg eingeladen. Die Veranstaltung vor Ort wird live in das Internet übertragen. Die über das Internet Teilnehmenden haben dabei die Möglichkeit der Interaktion mit den Re-

ferentinnen und Referenten. Die Übertragung benötigt keine besonderen technischen Voraussetzungen, es reicht ein handelsüblicher PC und eine normale Internetverbindung. ■

Vor Ort & live im Web

- mit interaktivem Chat
- ohne Registrierung
- läuft mit üblicher IT-Ausstattung und Internetverbindung



FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG
RECHTS- UND WIRTSCHAFTS-
WISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Der Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung lädt ein

VORTRAGSREIHE 2016

Berufsbildung^{am} Abend

Infos und Live-Übertragung: www.wirtschaftspaedagogik.de/berufsbildung-am-abend

Ort: WiSo, Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg

Eintritt frei, Parken WiSo-Tiefgarage Hirschelgasse möglich (Einfahrt neben Tucher-Schloss)

25.04.2016 18:45 Hörsaal H6 & live im Web	Traumatisierungen bei Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden in beruflichen Schulen - erkennen, im Unterricht reagieren, langfristig unterstützen - Elka Stradtner, Stadt Nürnberg, Institut für Pädagogik und Schulpsychologie (IPSN)
30.05.2016 18:45 Hörsaal H6 & live im Web	Berufseinstieg mit Handicap - inklusive berufliche Bildung in Bayern - Dr. Alfons Frey, Bay. Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, München
13.06.2016 18:45 Hörsaal H1 & live im Web	Implementierung von LehrplanPLUS in der Wirtschaftsschule - Die Verankerung von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen in der didaktischen Jahresplanung - Axel Wiedner, Staatliche und Städtische Wirtschaftsschule Nürnberg Jörg Schirmer, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
06.07.2016 18:45 Hörsaal H1 & live im Web	„... und nach dem Master ins Ref!“ - Übergang von der Universität in den Vorbereitungsdienst für berufliche Schulen - Dr. Volker Ehlers, Staatliches Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen

<http://www.wirtschaftspaedagogik.de/berufsbildung-am-abend>

Austausch mit den beruflichen Schulen Südtirols:

Euro-Mobilitätspass für niederbayerische Berufsschullehrer

FRANZ THURNER

Die Regierung von Niederbayern organisierte einen einwöchigen Aufenthalt in Bozen mit den Mitgliedern der Steuergruppen der niederbayerischen Berufsschulen mit dem Ziel, die Antriebskräfte und den Erfolg der beruflichen Schulen Südtirols kennenzulernen und interessante Aspekte daraus für ihre Arbeit zu übernehmen.

Schulentwicklung und Evaluation

Im Zentrum der Woche standen Schulentwicklung und Evaluation, kompetenzorientierter Lernfeldunterricht sowie Inklusion und Integration. Das Deutsche Bildungsressort, Bereich deutsche Berufsbildung, Bildungsplanung und -entwicklung in Bozen überzeugte durch interessante Vorträge, umfangreiches Datenmaterial, erprobte Maßnahmen, Ergebnisse von Evaluierungen und deren Konsequenzen für die Praxis und durch anschauliche Beispiele aus der Berufspädagogik Südtirols.

Das ERASMUS+Projekt „Schulentwicklung an den deutschen Berufsschulen in Südtirol – die Umsetzung und deren Nachhaltigkeit“ gab Schulentwicklungsmoderatoren, Verantwortlichen für den Qualitätsprozess sowie Evaluatoren an Berufsschulen in Niederbayern die Möglichkeit, ihre Standards zu überdenken und Ideen zur Verbesserung der eigenen Arbeit zu sammeln. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, sowohl theoretische Grundlagen durch Mitarbeiter des deutschen Schulamtes in Südtirol und den Qualitätsbeauftragten beruflicher Schulen kennenzulernen, als auch die praktische Umsetzung an drei Berufsschulen in Südtirol zu beobachten.

Die fachlichen Ziele waren:

- > Qualitätsmanagement in Südtirol kennen zu lernen
- > Instrumente und Methoden im Qualitätsmanagement in Südtirol mit denen in Bayern zu vergleichen



Gemeinsames Abschlussfoto nach Erhalt des Euro-Mobilitätspasses.

- > Qualifizierungsmaßnahmen in der Lehrerbildung und -fortbildung kennen zu lernen
- > die externen Evaluationen in Bayern und Südtirol vergleichen und die Stärken beider Systeme zu erkennen
- > Schulentwicklungsschwerpunkte "Inklusion", „Integration“ und "lernfeldorientierter Unterricht" zu beobachten
- > Maßnahmen zur Prävention des Ausbildungsabbruchs kennen zu lernen

Hohe Wertigkeit der Bildung

Neben Vorträgen und Arbeitsphasen waren der Besuch von beispielhaften Schulen und der Erfahrungsaustausch mit Verantwortlichen den deutschen Berufsschulen in Südtirol ein wichtiger Programmpunkt.

Besonders beeindruckte der sehr lernfördernde und innovative Schulhausbau. Ein Schulleiter betonte, dass die Schüler an ihrer Umgebung sehen sollen, welche Wertigkeit Bildung hat.

Kompetenzbescheinigungen im Zeugnis

Im Unterricht werden neben der Fachkompetenz in einem sehr hohen Maß die Teamfähigkeit, die Persönlichkeit und

die Methodenkompetenz gefördert. Diese „Leistungen“ werden den Schülern im Zeugnis durch Noten bescheinigt.

Die vielen Kontakte mit Lehrpersonen an den Schulen waren geprägt durch eine große Offenheit, Freundlichkeit und Willkommenskultur.

Fazit

Am Ende der Woche stimmten die Teilnehmer darin überein, dass sie die Zusammenarbeit der Schulen in Niederbayern weiter ausbauen und sich regelmäßig treffen werden.

Bei der durchgeführten Evaluation bescheinigten die Teilnehmer den Organisatoren aus Südtirol und Niederbayern, dass sie mit den angestrebten Zielen, der Organisation und dem Rahmenprogramm äußerst zufrieden und beeindruckt waren.

Die erreichten Lernergebnisse wurden von der Regierung von Niederbayern mit einem Euro-Mobilitätspass bescheinigt.

Der Erfolg dieser Maßnahme ist der ausgezeichneten Vorbereitung durch den Fachmitarbeiter für Schulentwicklung, Thomas Pachtner, auf niederbayerischer Seite und dem Engagement von Dr. Helga Huber in Südtirol zu verdanken. ■

Aufgeschlossene Berufsschullehrer sind gefragt:

Perspektiven für afrikanische Jugendliche

Aufbau eines Netzwerks zwischen deutschen und afrikanischen Berufsschullehrern

Wir von Promoting Africa e.V. sind ein bayerischer Verein, der sich dafür einsetzt, für benachteiligte Jugendliche in Kenia berufliche Chancen aufzubauen. Zusammen mit Studenten und Dozenten der TU München und der Hochschule Augsburg haben wir auf einem Grundstück in Kenia eine Berufsschule, das Skills Centre Nairobi, gebaut. Diese Schule wird vom kenianischen Verein Youth Support Kenya betrieben. Es gibt fachpraktische Kurse in Elektrik, Solartechnik, Automechanik, Metallverarbeitung, Schneiderei, Friseurhandwerk und Schreinerei. Alle Schülerinnen und Schüler werden auch in IT an unseren Laptops und in Buchhaltung unterrichtet. An der Schule werden offizielle berufsqualifizierende Prüfungen des kenianischen Arbeitsministeriums abgelegt. Während der Ausbildung versuchen wir auch über Betriebspraktika (Duales System) die beruflichen Chancen zu verbessern.

Ferien in Kenia

Wir würden uns freuen, wenn Lehrerinnen und Lehrer beruflicher Schulen Interesse an unserer Arbeit zeigen und bereit sind, mit unseren kenianischen Berufsschullehrern in Kontakt zu treten, dabei Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Es können sicher beide Seiten voneinander lernen. Es besteht die Möglichkeit, dass Berufsschullehrer in ihren Ferien an der Schule in Kenia mitarbeiten und evtl. auch eigene Kurse geben. Auch ein Aufenthalt kenianischer Berufsschullehrer an bayerischen Berufsschulen und begleitend in Ausbildungsbetrieben ist denkbar; hierfür gibt es auch die Zustimmung des bayerischen Kultusministeriums. Die Sprache ist Englisch.

Nähere Informationen gerne bei Ruth Paulig, Vorsitzende Promoting Africa, 08152-925638 oder ruth.paulig@gmail.com. ■

Halbzeit am Beruflichen Schulzentrum Neusäß:

Baufirmen liegen voll im Zeitplan

Mit einem traditionellen Richtfest feierte der Landkreis Augsburg die Halbzeit auf der Großbaustelle des neuen Beruflichen Schulzentrums im Neusäß Nord. Nicht nur der Bauherr Landrat Martin Sailer, vertreten durch Kreisbaumeister Ltd. Baudirektor Frank Schwindling, sondern auch der künftige Hausherr Schulleiter Jürgen Wunderlich und Architekt Manfred Felix (Felix+Jonas Architekten BDA) lobten gleichermaßen den raschen Baufortschritt innerhalb der letzten neun Monate. Auch wenn es an sich kein Richtfest sei, sondern wie bei Häusern ohne Dachstuhl üblich, ein Deckenfest, ändere dies nichts an dem erfreulichen Anlass, so Schwindling in seiner Festrede. Schulleiter Wunderlich bedankte sich stellvertretend für die gesamte Schulfamilie für den bildhaften Eindruck wie modern und gelungen diese künftige Heimat für die rund 2.300 Schüler des Berufsschulzentrums sein

wird. Besonders freute er sich über den Besuch von MdB Hans-Jörg Durz, Bürgermeister Richard Greiner und zahlreichen Mitgliedern des Kreistags, die diesen besonderen Tag für das berufliche Schulwesen im Landkreis Augsburg mitfeierten. Sichtlich berührt war auch Architekt Felix bei seiner Ansprache, nicht nur vom Anblick seines Bauwerks, sondern besonders von der sehr guten Zusammenarbeit mit Landkreis, Schule und Baufirmen. Nach dem Richtspruch in traditioneller Zimmerertracht durch Zimmerermeister Wolfgang Bichtele (Holzbau Tauftratshofer Bichtele Kaltental), erfreuten sich die über zweihundert Gäste am Richtschmaus mit warmen Leberkäs und Breze. Bei den anschließenden Baustellenführungen konnten viele höchst zufriedene Lehrkräfte ihre künftigen Arbeitsplätze schon vorab begutachten. Der Umzug in den Schulneubau ist im März 2017 geplant. *JM*



Von rechts: Schulleiterstellvertreterin Monika Stockinger-Warm und Zimmerermeister Wolfgang Bichtele beim Richtspruch.

Landesverband

Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„fange nie an aufzuhören – höre nie auf anzufangen“, dieses Sprichwort ist Ihnen sicher bekannt. Warum wir unser GV aktuell heute damit beginnen? Weil wir als Geschäftsführender Vorstand immer wieder den so genannten Finger in die Wunde legen. Mit unserem offenen Brief im Juli 2015 haben wir uns an die Politik gewandt und ihren Vertretern den eklatanten Personalmangel an unseren beruflichen Schulen aufgezeigt, sie buchstäblich „wach gerüttelt“. Mit der kontinuierlich steigenden Zahl der zu beschulenden Flüchtlinge verschärft sich dieses Problem von Tag zu Tag und ist mittlerweile auch in der Politik angekommen. Deshalb sei an dieser Stelle positiv erwähnt, dass die Bayerische Staatsregierung mit ihren zuständigen Ministerien in beachtlichem Umfang Mittel zur Verfügung stellt, um diese Herausforderung zu meistern. Aber wir dürfen nie aufhören, weiter mitzugestalten!

Aufstockung der Personalressourcen für die Flüchtlingsbeschulung

Die aktuell zur Verfügung gestellten zusätzlichen 10 Planstellen zur Stärkung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen können den enormen Bedarf keineswegs abdecken. Zum Januar 2016 konnten 60 gymnasiale Lehr-

kräfte an beruflichen Schulen verbeamtet werden, zum Februar 2016 wurden weitere 60 Kolleginnen und Kollegen in einer Sondermaßnahme eingestellt mit der Aussicht auf Verbeamtung bei entsprechender Bewährung. Im September 2016 soll diese Sondermaßnahme weitergeführt werden. Ebenso werden so genannte Entfristungen von „Nichterfüllern“ geprüft. Damit können die Schulen bewährte, befristete eingestellte Kolleginnen und Kollegen weiterbeschäftigen. Sollte die Flüchtlingsbeschulung sich verringern, stehen diese Lehrkräfte dann den Fach- bzw. Berufsoberschulen vorrangig zur Verfügung. Die fachliche Qualifizierung an den Berufsschulen muss aber weiterhin mit entsprechend ausgebildetem Lehrpersonal gesichert werden. Nur so bleiben wir ein kompetenter Partner in der dualen Ausbildung.

Zusätzliches Personal für den Verwaltungsbereich

Für die hohe zeitliche Belastung, die sich aus der Flüchtlingsbeschulung sowohl auf unterrichtlicher wie Verwaltungsseite ergibt, müssen Stundenpools an den beruflichen Schulen eingerichtet werden. Mit diesem „Zeitguthaben“ kann der zusätzliche und dringend notwendige Betreuungsaufwand der Lehrkräfte und des Verwaltungspersonals aufgefangen werden.

Alle müssen ins „Boot“, sonst scheitert die Integration

Eine Schulart, die ständig personell unterversorgt ist, kann auf Dauer die mit der Flüchtlingsbeschulung auf sie zukommende Belastung nicht bewältigen. Dass dies bisher noch weitgehend erreicht wurde, liegt wesentlich im Berufsethos der Lehrkräfte an beruflichen Schulen begründet. Es wird Enormes geleistet. Aber dies ist nicht über längere Zeit durchzuhalten, auch die Motivation stößt an Grenzen, wenn die Aufgaben die Kolleginnen und Kollegen permanent überfordern. Deshalb ist unsere Forderung, dass auch die allgemeinbildenden Schulen – Realschulen und Gymnasien – mit ihrer Expertise zur Lösung dieser Aufgaben mit einbezogen werden. An diesen Schulen ist auch die Kompetenz für die sprachliche und interkulturelle Erziehung vorhanden. Die damit verbundene Dezentralisierung der Flüchtlingsbeschulung trägt zum besseren Gelingen der Integration bei, und zwar durch kleinere und damit überschaubarere Klasseneinheiten sowie durch effizienter zusammenarbeitende Lehrerteams, die die oftmals traumatisierten Jugendlichen besser betreuen können.

Dies haben wir auch in den Gesprächen mit den im Landtag vertretenden Parteien nachdrücklich gefordert. Darüber hinaus haben wir deutlich gemacht, dass die sprachliche und interkulturelle Erziehung noch stärker auszubauen und die ausbildungsbegleitende Förderung zu intensivieren ist. Dies kann nicht allein die schulische Seite leisten, hier sind auch die Betriebe als duale Partner gefordert. Auch hier muss Zeit in die sprachliche und interkulturelle Bildung investiert werden.

Fachgruppe Flüchtlingsbeschulung

In der Flüchtlingsbeschulung haben die einzelnen Schulen eine hohe Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Unterrichtsdurchführung. Das ist gut so und darf auf keinen Fall eingeschränkt werden. Dennoch muss ein Curriculum für die Flüchtlingsbeschulung erarbeitet werden, um die Lehrkräfte zu entlasten. Der Austausch von Erfahrungen und Unterrichtskonzepten muss unbü-

rokratisch möglich sein. Zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen hat der VLB eine Fachgruppe Flüchtlingsbeschulung eingerichtet. Best Practice-Beispiele und Erfahrungen sollen hier ausgetauscht, Unterrichtskonzepte diskutiert und ausgearbeitet sowie Weiterbildungen angeboten werden.

VLB-Berufsbildungskongress 2016 in Deggendorf

Die Vorbereitungen zum 13. VLB-Berufsbildungskongress in Deggendorf laufen auf Hochtouren. Unter dem Motto „Berufliche Bildung sichert Bayerns Zukunft“ diskutieren wir auch in diesem Jahr wichtige berufs- (bildungspolitische) Themen, die – um nur einige zu nennen – von der Flüchtlingsbeschulung über Industrie 4.0 und deren Konsequenzen für die beruflichen Schulen, die Reform der Gesundheitsberufe bis hin zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses reichen.

Wir freuen uns, Sie am 25./26. 11. 2016 in Deggendorf begrüßen zu dürfen – save the date!

*Es grüßen Sie herzlichst
Pankraz Männlein und Martin Krauß*

Kreisverbände

KV Mittelfranken Nord

Jahresabschlussfeier in Nürnberg

Die Jahresabschlussfeier des Kreisverbands Mittelfranken/ Nord fand am 21. November 2015 in Nürnberg statt. Wie jedes Jahr gab es ein besonderes attraktives Begleitprogramm.

Straßenbahn-Kulturgeschichte „erfahren“

Die Mitglieder konnten mit dem Vorsitzenden Gerhard Wölfel, das historische Straßenbahndepot St. Peter besuchen und eine Stadtrundfahrt in einer historischen Straßenbahn unternehmen. Diese Sonderfahrt führt auf teil-



Ein Stück Strassenbahngeschichte.



Gruppenfoto mit treuen Verbandsmitgliedern.

weise schon stillgelegten Straßenbahnabschnitten entlang und war von daher sehr interessant. Im Depot konnten weitere 23 Schienenveteranen und verschiedene Nahverkehrsfahrzeuge bewundert werden, beginnend mit dem ersten Pferdebahnwagen aus dem Jahr 1881 über den ersten elektrischen Straßenbahnwagen Nürnbergs aus dem Jahr 1896 und weiteren Originalfahrzeugen. In Nürnberg ist eine der größten Sammlungen dieser Fahrzeuge Deutschlands zu bewundern. Ein Verein hat sich der Pflege und Vermittlung dieser lokalen Kulturgeschichte angenommen gemacht und leistet darin viel Pionierarbeit.

Erika Kielmann seit 67 Jahren im Verband

Nach der Rückfahrt zum Ausgangspunkt am Dutzendteich konnten sich die über hundert Mitglieder und Gäste an einem gemeinsamen Abendessen stärken. Nach einem Grußwort von Bezirkspersonalrat Horst Lochner und Informationen über die veränderte Anstellungssituation wegen der neuen Aufgabe der BAF-Klassen und dem Hinweis auf die Wahlen zum örtlichen Personalrat, zum Bezirkspersonalrat sowie dem Hauptpersonalrat kam es zur Ehrung langjähriger Mitglieder des Verbands. Es wurden Mitglieder für ihre Mitgliedschaft von 10 bis 67 Jahren geehrt, wobei Erika Kielmann ein Gründungsmitglied des Verbands war.

Personalien

Wir gratulieren im April zum ...

... zum 95. Geburtstag

Cislak, Eduard, 21.04.
94133 Röhrnbach, KV Niederbayern-Ost
Langenmayr, Hermann, 11.04.
89426 Mödingen, KV Nordschwaben

... zum 90. Geburtstag

Kölb, Heinrich, 26.04.
94032 Passau, KV Niederbayern-Ost
Zimmermann, Charlotte, 08.04.
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu

... zum 89. Geburtstag

Pfister, Paul, 04.04.
91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim
Meier, Elfriede, 26.04.
92278 Illschwang, KV Amberg-Sulzbach

... zum 88. Geburtstag

Eger, Fritz, 24.04.
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben
Wendlandt, Manfred, 24.04.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 87. Geburtstag

Brunner, Luise, 07.04.
82256 Fürstenfeldbruck,
KV Oberbayern-Südwest
Neumann, Hildegard, 15.04.
95478 Kemnath, KV Oberpfalz-Nord
Durner, Brigitte, 19.04.
83052 Bruckmühl, KV Rosenheim-Miesbach
Doleschal, Othmar, 27.04.
81739 München, BV München

... zum 86. Geburtstag

Jankowsky, Gotthard, 03.04.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest
Grauheding, Stefanie, 08.04.
63916 Amorbach, KV Untermain
Gollmitzer, Josef, 16.04.
87739 Loppenshausen, KV Nordschwaben
Vogler, Manfred, 16.04.
86316 Kronach, KV Oberfranken-Nordwest
Brunner, Margarete, 17.04.
90453 Nürnberg, KV Oberfranken-Nordwest
Seitz, Jutta, 23.04.
97688 Bad Kissingen, KV Augsburg

Wolf, Erwin, 23.04.
93138 Lorenzen, KV Regensburg
Betz, Karl, 27.04.
86938 Schondorf, KV Oberbayern-Südwest
Bayer, Franz, 27.04.
97437 Haßfurt, KV Main-Rhön

... zum 85. Geburtstag

Griessmeier, Friedrich, 28.04.
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Raffelt, Peter, 03.04.
86152 Augsburg, KV Augsburg

... zum 84. Geburtstag

Dolling, Horst, 15.04.
95032 Hof, KV Oberfranken-Nordost
Wehrich, Georg, 29.04.
90556 Seukendorf, KV Mittelfranken-Nord

... zum 83. Geburtstag

Eschenbacher, Werner, 09.04.
95326 Kulmbach, KV Oberfranken-Nordwest
Müller, Bernhard, 09.04.
89257 Illertissen, KV Allgäu
Cymara, Heinz-Bernfried, 17.04.
90471 Nürnberg, KV Mittelfranken-Nord

... zum 82. Geburtstag

Ludwig, Hans, 02.04.
9766 Bad Neustadt, KV Main-Rhön
Wegner, Gerhard, 08.04.
88175 Scheidegg, KV Allgäu

... zum 81. Geburtstag

Kempf, Margit, 05.04.
63785 Obernburg, KV Untermain
Trostel, Winfried, 07.04.
87474 Buchenberg, KV Allgäu
Spitschka, Dr. Horst, 08.04.
91792 Ellingen, KV Mittelfranken-Süd
Arlt, Friedrich, 17.04.
88131 Lindau, KV Allgäu
Wengert, Udo, 23.04.
90766 Fürth, KV Mittelfranken-Nord

... zum 80. Geburtstag

Dostler, Rosalie, 17.04.
86159 Augsburg, KV Augsburg
Grassl, Christa, 08.04.
93077 Bad Abbach, KV Regensburg
Höfer, Helene, 22.04.
90513 Zirndorf, KV Mittelfranken-Nord

Neukam, Martin, 28.04.
92676 Eschenbach, KV Oberpfalz-Nord
Sailer, Peter, 09.04.
94032 Passau, KV Niederbayern-Ost
Stendebach, Roland, 23.04.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf

... zum 75. Geburtstag

Birner, Gertrud, 16.04.
82166 Gräfelfing, BV München
Fruhstorfer, Walter, 28.04.
94333 Geiselhöring, KV Donau-Wald
Geitner, Xaver, 27.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Königsberger, Klaus, 19.04.
91275 Auerbach, KV Amberg-Sulzbach
Schnapp, Otto, 01.04.
96257 Marktgraitz, KV Oberfranken-Nordwest
Schudrowitz, Dr., Georg, 27.04.
90571 Schwaig, KV Nürnberg

... zum 70. Geburtstag

Büchel, Wilfred, 21.04.
90765 Fürth, KV Mittelfranken-Nord
Kircheis, Kurt, 02.04.
86169 Augsburg, KV Augsburg
Mader, Raimund, 21.04.
97261 Güntersleben, KV Würzburg
Maiwald, Hjalmar, 23.04.
90431 Nürnberg, KV Nürnberg
Müller, Walter, 24.04.
10783 Berlin, KV Augsburg
Schäfczuk, Alfred, 09.04.
90763 Fürth, KV Mittelfranken-Nord
Schäffler, Gerhard, 27.04.
85072 Eichstätt, KV Oberbayern-Nordwest
Sonsalla, Lutz, 09.04.
86482 Aystetten, KV Augsburg
Wiedemann, Georg, 19.04.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben

... zum 65. Geburtstag

Anger, Horst, 14.04.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Beuchert, Günther, 27.04.
97295 Waldbrunn, KV Würzburg
Brandner, Prof., Gottfried, 28.04.
83098 Brannenburg, KV Rosenheim-Miesbach
Falthäuser, Johann, 24.04.
83734 Hausham, KV Rosenheim-Miesbach
Feierfeil, Griseldis, 13.04.
91056 Erlangen, KV Mittelfranken-Nord
Kurrle-Bauer, Barbara, 24.04.
81477 München, KV Oberbayern-Südwest
Lochner, Alois, 22.04.
96176 Kraisdorf, KV Main-Rhön

Maier, Renate, 22.04.
84453 Mühldorf, KV Altötting-Mühldorf

Meyer, Nikolaus, 27.04.
92334 Berching, KV Mittelfranken-Süd

Müllner, Georg, 23.04.
91281 Thurndorf, KV Bayreuth-Pegnitz

Rieger, Karl, 24.04.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben

Steigerwald, Richard, 10.04.
97289 Thüngen, KV Würzburg

Stieglitz, Barbara, 13.04.
93413 Cham, KV Cham

Urbauer, Theresa, 11.04.
87789 Woringen, KV Allgäu

Wittmann, Heinrich, 18.04.
86975 Bernbeuren, KV Allgäu

Zebisc, Werner, 03.04.
83339 Chieming, KV Traunstein-BGL

... zum 60. Geburtstag

Abenath, Barbara, 07.04.
85290 Geisenfeld, KV Oberbayern-Nordwest

Albrecht, Monika, 08.04.
82340 Feldafing, KV Oberbayern-Südwest

Betz, Angelika, 17.04.
90513 Zirndorf, KV Mittelfranken-Nord

Blank, Erna, 01.04.
63762 Großostheim, KV Untermain

Blümel, Angela, 22.04.
94369 Rain, KV Donau-Wald

Buhl, Franz, 05.04.
87509 Immenstadt, KV Allgäu

Federle, Ulrich, 10.04.
89312 Günzburg, KV Nordschwaben

Geißendörfer-Bischof, Annette, 04.04.
87463 Dietmannsried, KV Allgäu

Hendlmeier, Barbara, 17.04.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest

Kirschner, Gerhard, 13.04.
92685 Floss, KV Oberpfalz-Nord

Kitzinger, Marianne, 25.04.
85386 Eching, KV Oberbayern-Nordwest

Kneißl, Rudolf, 10.04.
84503 Altötting, KV Altötting-Mühldorf

Kreß, Walter, 14.04.
91583 Schillingsfürst, KV Mittelfranken-Süd

Markert, Christa, 29.04.
97258 Ippenheim, KV Mittelfranken-Süd

Moosbühler, Franz, 30.04.
84030 Landshut, KV Landshut

Ott, Ulrike, 28.04.
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu

Palesche, Peter, 03.04.
91056 Erlangen, KV Mittelfranken-Nord

Reich, Johannes, 26.04.
82256 Fürstenfeldbruck, KV Oberbayern-Südwest

Schwemmer, Manfred, 09.04.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg

Steger, Renate, 24.04.
96364 Marktrodach, KV Oberfranken-Nordwest

Wiesbeck, Eduard, 29.04.
94136 Thyrnau, KV Niederbayern-Ost

Wir gratulieren im Mai zum ...

... zum 94. Geburtstag

Schrödinger, Max, 19.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

Fritsche, Alfred, 24.05.
86152 Augsburg, KV Augsburg

... zum 91. Geburtstag

Kellner, Edmund, 02.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

Heller, Helmut, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut

Seidelmann, Johanna, 17.05.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

... zum 90. Geburtstag

Böhmer, Hedwig, 02.05.
95158 Kirchenlamitz KV Oberfranken-Nordost

... zum 88. Geburtstag

Aulbach, Erich, 02.05.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain

Büttner, Anneliese, 31.05.
91438 Bad Windsheim, KV Mittelfranken-Nord

... zum 87. Geburtstag

Schmid, Norbert, 05.05.
88453 Erolzheim, KV Allgäu

Martin, Albert, 16.05.
97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön

Figulla, Heinz, 21.05.
92431 Neunburg v. W., KV Schwandorf

Eisenhut, Martin, 29.05.
81739 München, BV München

... zum 86. Geburtstag

Köhler, Ingeborg, 01.05.
90491 Nürnberg, KV Mittelfranken-Nord

Schrank, Bruno, 14.05.
84036 Landshut, KV Landshut

Rohrhofer, Hubert, 15.05.
84130 Dingolfing, KV Landshut

... zum 85. Geburtstag

Hösl, Konrad, 08.05.
84034 Landshut, KV Landshut

Kerner, Gertrud, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut

Mack, Rudolf, 20.05.
83666 Waakirchen, KV Oberbayern-Südwest

Stöhr, Gerhard, 26.05.
81825 München, BV München

... zum 84. Geburtstag

Egger, Rudolf, 02.05.
85276 Pfaffenhofen, KV Oberbayern-Nordwest

Schmid, Walter, 14.05.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 83. Geburtstag

Böhm, Rosemarie, 12.05.
85072 Eichstätt, KV Oberbayern-Nordwest

Ammann, Christl, 16.05.
88131 Lindau, KV Allgäu

Plamper, Fritz, 29.05.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

... zum 82. Geburtstag

Bürkl, Doris, 06.05.
91074 Herzogenaurach, KV Mittelfranken-Nord

Strohmeier, Günter, 30.05.
82194 Gröbenzell, BV München

... zum 81. Geburtstag

Prell, Dr. Gerhard, 06.05.
86633 Neuburg, KV Oberbayern-Nordwest

Degenhart, Ernst, 09.05.
87439 Kempten, KV Allgäu

Bollwein, Josef, 10.05.
92507 Nabburg, KV Schwandorf

Scherm, Friedrich, 10.05.
93152 Nittendorf, KV Regensburg

Bhatti, Dr. Jutta, 13.05.
04277 Leipzig, KV Allgäu

Straßmüller, Michael, 19.05.
94474 Vilshofen, KV Niederbayern-Ost

Schulter, Berthold, 20.05.
80935 München, BV München

Krätzig, Joachim, 31.05.
87474 Buchenberg, KV Allgäu

... zum 80. Geburtstag

Boscher, Karl, 05.05.
82166 Gräfelfing, BV München

Härtl, Luzie, 05.05.
93080 Pentling, KV Regensburg

Kirchmeier, Karl, 26.05.
91781 Weißenburg, KV Mittelfranken-Süd

Kreupl, Helmut, 06.05.
91207 Lauf, KV Mittelfranken-Nord

Stephan, Josef, 03.05.
97440 Werneck, KV Main-Rhön

... zum 75. Geburtstag**Burgenlehner, Leonhard**, 07.05.

86462 Langweid, KV Nordschwaben

Faust, Eugen, 09.05.

90765 Fürth, KV Mittelfranken-Nord

Hamann, Bernd, 24.05.

90518 Altdorf, KV Nürnberg

Harthaler, Udo, 19.05.

94315 Straubing, KV Donau-Wald

Hüttisch, Gisela, 12.05.

80805 München, BV München

Kaiser, Marianne, 09.05.

94036 Passau, KV Niederbayern-Ost

Roth, Günter, 28.05.

97447 Frankenwinheim, KV Untermain

Völker, Horst, 10.05.

91207 Lauf, KV Nürnberg

Wirges, Bernd, 04.05.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Grunewald, Peter, 12.05.

86899 Landsberg, KV Augsburg

Haslach, Johannes, 11.05.

87509 Immenstadt, KV Allgäu

Herrmann, Fritz, 01.05.

92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

Kaniber, Heinz, 12.05.

85356 Freising, KV Oberbayern-Nordwest

Marks, Siegmund, 19.05.

88138 Sigmarszell, KV Allgäu

Müller, Wolfram, 06.05.

95361 Ködnitz, KV Oberfranken-Nordwest

Sarlos, Gerlinde, 12.05.

94113 Tiefenbach,

KV Niederbayern-Ost

Staudigl, Josef, 07.05.

92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 65. Geburtstag**Amberg, Alfons**, 13.05.

63831 Wiesen, KV Untermain

Bauer, Richard, 17.05.

95676 Wiesau, KV Oberpfalz-Nord

Bubenhofer, Franz, 03.05.

84130 Dingolfing, KV Landshut

Druckenbrod, Werner, 11.05.

97464 Oberwerrn, KV Main-Rhön

Fäth-Marxreiter, Elisabeth, 22.05.

93170 Bernhardswald, KV Cham

Gürtner, Klaus, 26.05.

85072 Eichstätt, KV Oberbayern-Nordwest

Hanusch, Wolfgang, 30.05.

85049 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest

Hochholzer, Max, 26.05.

93444 Bad Kötzing, KV Cham

Hörr, Alfred, 24.05.

97320 Mainstockheim, KV Würzburg

Karl, Peter, 13.05.

86551 Aichach, KV Nordschwaben

Kestel, Karlheinz, 20.05.

96364 Marktrodach,

KV Oberfranken-Nordwest

Mayer, Josef, 02.05.

83339 Chieming, KV Altötting-Mühlendorf

Pfister, Josef, 03.05.

82291 Mammendorf, BV München

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



Chancenorientierte Privatrente

Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge. Informieren Sie sich jetzt.

anders als andere

Debeka

Landesgeschäftsstellen in Bayern

Dreifaltigkeitsplatz 11/11a

84028 Landshut

Telefon (08 71) 96 56 50 - 0

Damenstiftstraße 9

80308 München

Telefon (089) 2 35 01 - 0

Marienstraße 27

90402 Nürnberg

Telefon (09 11) 2 32 04 - 0

www.debeka.de

Schaber, Josef, 03.05.
87448 Martinszell, KV Allgäu

Schmidt, Erika, 11.05.
91315 Höchstadt, KV Mittelfranken-Nord

Schneck, Erwin, 14.05.
84034 Landshut, KV Landshut

Thaler, Alfred-Emil, 30.05.
86343 Königsbrunn, KV Augsburg

Van Landeghem, Dr./Un.Fra., Marie-Claude, 29.05.
91710 Gunzenhausen, BV München

Walter, Peter, 25.05.
95632 Wunsiedel, KV Oberfranken-Nordost

Ziller, Peter, 25.05.
86911 Diessen, KV Oberbayern-Südwest

... zum 60. Geburtstag

Bauer, Michael, 07.05.
94051 Hauzenberg, KV Donau-Wald

Baumann, Florentine, 23.05.
94474 Vilshofen, KV Niederbayern-Ost

Drott, Lothar, 31.05.
97645 Ostheim, KV Main-Rhön

Frey, Barbara, 24.05.
86949 Schoeffelding, KV Oberbayern-Südwest

Harteringer, Christine, 05.05.
94374 Schwarzach, KV Donau-Wald

Leopold, Franz-Xaver, 13.05.
86447 Todtenweis, KV Nordschwaben

Meier, Hans, 28.05.
92318 Neumarkt, KV Regensburg

Müller, Erwin, 19.05.
95488 Eckersdorf, KV Bayreuth-Pegnitz

Pangratz, Josef, 04.05.
4542 Haarbach-Rainding, KV Niederbayern-Ost

Pliefke, Rainer, 12.05.
95517 Emtmannsberg, KV Bayreuth-Pegnitz

Reil-Miessl, Maria, 20.05.
86571 Malzhausen/Langenmosen,
KV Oberbayern-Nordwest

Roth, Margarita, 25.05.
81545 München, KV Augsburg

Scherbauer, Bernd, 20.05.
97218 Gerbrunn, KV Würzburg

Schneider, Heinz, 19.05.
97084 Würzburg, KV Würzburg

Setz, Georg, 07.05.
92356 Seubersdorf-Wissing, KV Neumarkt

Stadler, Ilse, 10.05.
85276 Pfaffenhofen/Ilm,
KV Oberbayern-Nordwest

Wittmann, Ingrid, 31.05.
81377 München, BV München

In den Ruhestand sind gegangen ...

Angermeir, Willibald, KV Oberfranken-Nordwest

Azemoudeh, Andrea Doria,
KV Mittelfranken-Süd

Banspach, Bernhard, KV Schwandorf

Eberle, Georg, KV Augsburg

Erhardsberger, Franz-Xaver, KV Landshut

Dietrich, Hans, KV Oberfranken-Nordost

Fiedler, Norbert, KV Nürnberg

Goiny, Roland, KV Landshut

Hanusch, Wolfgang, KV Oberbayern-Nordwest

Hochholzer, Max, KV Cham

Hock, Norbert, KV Untermain

Jödicke-Sossou, Christine,
KV Oberbayern-Nordwest

Käfler, Hans, KV Niederbayern-Ost

Karlstetter, Johann, KV Niederbayern-Ost

Kießling, Robert, KV Bamberg-Forchheim

Klein, Wolfgang, KV Nordschwaben

Klör, Peter, KV Main-Rhön

Köhler, Hans-Joachim, KV Main-Rhön

Körwer, Petra, KV Nürnberg

Lang, Evelyn, KV Mittelfranken-Nord

Obermaier, Konrad,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land

Pfister, Josef, BV München

Sagstetter, Bartholomäus, KV Donau-Wald

Schnell, Manfred, KV Regensburg

Schreier, Klemens, KV Augsburg

Seyed Nassir, Arian Scharam,
KV Oberbayern-Nordwest

Siegel, Hermann, KV Allgäu

Stephan, August, BV München

Summer, Adelheid, KV Mittelfranken-Süd

Trabel, Stefan, KV Würzburg

Wittmann, Heinrich, KV Allgäu

Zebisch, Werner,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land

Bühler, Oscar (88), KV Rosenheim-Miesbach

Drott, Petra (58), KV Main-Rhön

Fornol, Georg (83), KV Main-Rhön

Glasstetter, Robert (80), KV Nordschwaben

Hecht, Josef (83), KV Donau-Wald

Jahn, Fitz (79), KV Mittelfranken-Nor

Kleber, Karin (47), KV Bayreuth-Pegnitz

Müller, Volker (76), KV Oberpfalz-Nord

Rothammer, Fritz (100), KV Donau-Wald

Weis, Johann (93), KV Oberpfalz-Nord

Wir trauern um ...

Vermischtes

VLB Oberbayern KV Nordwest und KV Südwest:

10 Jahre VLB-Alpencross – die Jubiläumstour

7. – 13. August 2016

Nach sechs Etappen mit 8990 hm und knapp 400 km erreichen wir unser Ziel: Riva del Garda.

Teilnahmevoraussetzungen: gute Grundkondition und -konstitution, in 2016 mindestens schon 500 km im Sattel verbracht und ein brauchbares Velo, ein Trekking-, Mountain- oder E-Bike.
Level: mittelschwere Alpenüberquerung

Jeder Teilnehmer braucht einen Tagesrucksack. Das Gepäck wird im Begleitfahrzeug transportiert. Die Übernachtung erfolgt diesmal in schönen Mittelklassenhotels, in einem urigen Berghotel mit Heißwasserbadefass und Panoramasauna sowie in einem Wellnesshotel. Zur Jubiläumstour verzichten wir auf Jugendherbergen und Matratzenlager. Die Route führt durch wunderschöne Hochtäler mit saftigen grünen Wiesen, umrahmt von einer Bergkulisse, wie man sie sonst nur aus Indienfilmen kennt. Wir erholen uns am Abend in den berühmten Wintersportorten Bormio und Madonna di Campiglio, bevor die Alpenüberquerung mit einem Spritz im Restaurant Centrale in Riva del Garda und einem Sprung in den Gardasee endet.

Teilnehmerbeitrag: DZ, Übernachtung mit Frühstück, 450,00 € für VLB-Mitglieder; 530,00 € zahlen Nichtmitglieder. Einzelzimmer auf Anfrage (EZ-Zuschlag), Rücktransport mit Kleinbus nach München.

Anmeldung: per E-Mail an: gruenewald.h@web.de. Da wir nur ein begrenztes Kontingent an Teilnehmerplätzen haben, ist die Teilnahme erst nach Erhalt der Teilnahmebetätigung

und bezahltem Teilnehmerbeitrag verbindlich bzw. garantiert.

Wichtig: Es gibt keine Reiserücktrittsversicherung! Bei Verhinderung, z. B. durch Krankheit, kann aber ein Ersatzteilnehmer gesucht werden.

Die Tour verläuft wie folgt (Grobplanung, Änderungen vorbehalten):

Tag 1: Füssen – Prutz im Oberinntal
Etappe: 100 km, 1100 hm, 7,5 h.

höchster Punkt: Fernpass, 1220 m

Tag 2: Prutz - S`Charl

Etappe: 62 km, 1420 hm, 6,5 h

Tag 3: S`Charl - Bormio

Etappe: 52 km, 1600 hm, 7,0 h

Tag 4: Bormio - Ponte di Legnio -

Vione

Etappe: 52 km, 1600 hm, 6 h

Tag 5: Vione - Madonna di Campiglio

Etappe: 56 km, 1730 hm, 6,5 h

Tag 6: Madonna di Campiglio - Riva del Garda

Etappe: 73 km, 1381 hm, 6,5 h

Tag 7: Heimreise : Rücktransport mit Reisebus.

Horst Grünwald

Für Sie persönlich

Auskunft nur mit Personalausweiskopie?

Die Bank oder ein Mobilfunkanbieter fordert Sie auf, eine Kopie Ihres Personalausweises einzureichen. Ist das zulässig? Darf von dem Personalausweis in diesem Zusammenhang eine Kopie erstellt werden? Sind ggf. Angaben zu schwärzen?

Bereits seit einigen Jahren gibt es Regelungen im Personalausweisgesetz (PAuswG), nach denen Personalausweise durch Unternehmen grundsätzlich nicht kopiert werden dürfen. Es dürfen auch keine Kopien verlangt werden.

In einem Urteil im Jahr 2013 hat das Verwaltungsgericht Hannover (Urteil vom 28.11.2013, Az: 10 A 5342/1) darüber hinaus entschieden, dass das Einscannen und Speichern von Personalausweisen ebenfalls grundsätzlich unzulässig ist.



Stadt Augsburg

Zum Schuljahr 2016/2017 suchen wir verschiedene

Lehrkräfte (m/w)

für unsere städtischen Schulen.

Die näheren Einzelheiten, insbesondere die benötigten Fachrichtungen sowie die Bewerbungsmodalitäten entnehmen Sie bitte unseren aktuellen Informationen im Internet unter www.augsburg.de Rubrik Stellenangebote.

Aber: für Banken und Telekommunikationsanbieter gelten gesetzlich geregelte Ausnahmen. Nach dem Geldwäschegesetz (GwG) haben Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute für die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung ihren Vertragspartner zu identifizieren. Hierfür sind bei einer „natürlichen Person“ diverse Angaben zu erheben und aufzuzeichnen. Begründet wird dies mit der Sicherstellung einer zweifelsfreien Identifikation des Antragstellers und der Verhinderung von illegalem Datenmissbrauch durch unberechtigte Dritte.

Trotzdem darf die Vorlage einer Personalausweiskopie dann nicht gefordert werden, wenn der Ausweis direkt vorgezeigt werden kann.

Müssen Sie im konkreten Einzelfall tatsächlich eine Ausweiskopie einreichen (das sollte nur dann der Fall sein, wenn aufgrund der Entfernung ein Vorzeigen am Sitz oder einer Nebenstelle des Unternehmens nicht möglich ist) sollten Sie diese eindeutig als Kopie kennzeichnen. Das kann zum Beispiel durch das Anbringen einer Aufschrift oder eines Aufdrucks „KOPIE“ geschehen.

Außerdem dürfen Sie alle Daten schwärzen, die zur Identifikation Ihrer Person nicht erforderlich sind. Hierzu gehören insbesondere die Serien- sowie die Online-Zugangsnummer des Ausweisdokumentes, Ihre Augenfarbe und Größe sowie die Staatsangehörigkeit, das Lichtbild und der maschinenlesbare Bereich.

Konkret gilt: Es dürfen – auch nach Ansicht der Aufsichtsbehörden – nur Kopien des Personalausweises angefer-

tigt werden, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

- > Die Erstellung der Kopie darf ausschließlich zu Identifizierungszecken verwendet werden.
- > Die Erstellung der Kopie muss erforderlich sein, d. h. es darf zur Erreichung des Zwecks kein gleich geeignetes milderes Mittel vorhanden sein. Bei einer Identifizierung anwesender Personen ist eine Kopie daher nicht erforderlich. Es muss z. B. außerdem abgewogen werden, ob der Zweck durch Vorlage des Ausweises und entsprechendem anschließenden Vermerk erreicht werden kann.
- > Die Kopie muss als solche erkennbar sein.
- > Daten, die nicht zur Identifizierung benötigt werden, können und sollen von den Betroffenen auf der Kopie geschwärzt werden. Dies gilt insbesondere für die auf dem Ausweis aufgedruckte Zugangs- und Seriennummer. Die Betroffenen sind auf die Möglichkeit und Notwendigkeit der Schwärzung hinzuweisen.
- > Die Kopie ist von der verantwortlichen Stelle unverzüglich zu vernichten, sobald der mit der Kopie verfolgte Zweck erreicht ist.
- > Eine automatisierte Speicherung der Ausweisdaten ist nach § 20 PAuswG unzulässig und betrifft z. B. das Scannen von Ausweisen, das nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Hannover mit der Möglichkeit der Weiterverarbeitung und Nutzung eine andere rechtliche Qualität aufweist.

Weiterhin gilt es zu beachten, dass der Beweiswert einer Personalausweiskopie ohnehin höchst umstritten ist. Eine Kopie ist eben kein Original und kann ohne viel Aufwand verändert und verfälscht werden. Im Januar 2015 hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden hierzu eindeutig festgestellt, dass Kopien zwar den Anschein erwecken können, ein Abbild des Originals zu sein, allerdings keine Garantie für eine inhaltliche Unverfälschtheit bieten (Urteil vom 20. Januar 2015, Az: 6 K 1567/14.WI).

Wird von Ihnen trotz all dieser Gegebenheiten dennoch die Einreichung einer Ausweiskopie verlangt, sind die anfordernden Stellen verpflichtet, diese Kopie nach der erfolgten Identifikation umgehend zu vernichten. Die Kopie darf weder zu den Akten genommen, noch auf elektronische oder sonstige Weise gespeichert oder archiviert werden.

Weiterführende Hinweise zum Thema Kopien von Personalausweisen finden Sie auch im Februar 2015 veröffentlichten Leitfaden „Personalausweis und Datenschutz“ des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI NRW).

Matthias Kohn

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe von vib-akzent: Die EU-Datenschutzgrundverordnung ist da: Das sind die Neuerungen!

Leser schreiben

Von Franz Mißlbeck erreichte die Redaktion zum Artikel von Martin Ruf: „Liebe deine Familie, aber nie deinen Job“ in Heft 02 S. 15 ff folgender Leserbrief:

Dieser Artikel hat mich schon sehr überrascht. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Aussage von Frank Behrendt „Liebe deine Familie, deine Freunde, aber nie deinen Job“ nicht ein verspäteter Fälschungsscherz sein soll. Mit bestem Willen kann man sich nicht vorstellen, dass so etwas ernst gemeint ist. „Liebe deine Familie ...“, klar, da stimmen alle zu, „... aber nie deinen Job“? Zu den größten Glücksfällen im Leben zählt ein Job,

den man gerne macht und den man daher liebt. Ich bin jetzt seit 15 Jahren in Pension; doch die schönste Zeit meines Lebens war das Berufsleben. Daher unterrichte ich auch jetzt immer noch ehrenamtlich in meinem 80sten Lebens-

jahr, allerdings nur wenige Stunden pro Woche. Aber, immer wenn ich meinen Deutschkurs für Ausländer beendet habe, fühle ich mich munter und um 20 oder 30 Jahre jünger, obgleich ich bei diesem Unterricht oft sehr gefordert bin.

Bücher/Medien

In Kürze erscheint der Sammelband „Die Wirtschaftsschule – Eine Schule des Übergangs im Prozess des Wandels“ (ISBN 978-3-7375-8746-4), herausgegeben von Yvonne Schalek und Jörg Schirmer, als Band 17 der von Prof. Wilbers herausgegebenen Reihe „Texte zur Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung“ (Druck und Verlag epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de).

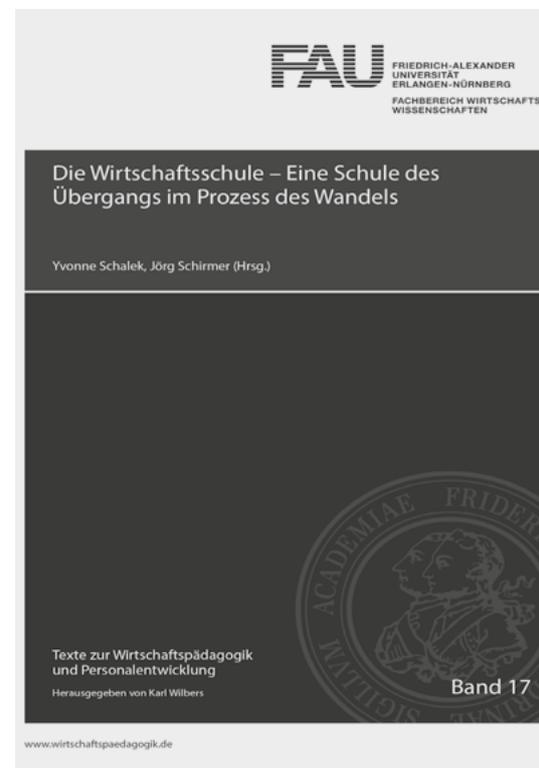
Der Sammelband wird in Kürze auf der Internetseite des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg kostenlos zum Download zur Verfügung stehen oder beim Verlag als Druckversion gegen Gebühr erhältlich sein.

Inhaltsbeschreibung

Die Zukunft der Wirtschaftsschule scheint alles andere als gesichert. Aber die Anstrengungen, die zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieser etablierten und wichtigen bayerischen Schulart unternommen werden, sind äußerst bemerkenswert.

Der Sammelband möchte mit insgesamt 24 Beiträgen einen weiteren Einblick in die aktuelle Entwicklungsdebatte der bayerischen Wirtschaftsschule geben und versteht sich als Fortführung der Diskussion um die Zukunft der Bayerischen Wirtschaftsschule, die mit dem von Prof. Wilbers veröffentlichten Band „Die Wirtschaftsschule – Verdienste und Entwicklungsperspektiven einer bayerischen Schulart“ im Jahr 2011 dokumentiert wurde.

Der Sammelband befasst sich nun mit den aktuell wichtigsten Themen für die bayerischen Wirtschaftsschulen: Dem Übergangsmanagement und die



Implementierung des neuen Lehrplans. Besonders das so genannte Übergangsmanagement hat im Hinblick auf das erfolgreiche Weiterführen der Schullaufbahn mittlerweile für viele Schülerinnen und Schüler und damit auch für die Wirtschaftsschulen selbst eine sehr hohe Bedeutung gewonnen.

Der erste Teil des Sammelbandes beschäftigt sich deshalb mit praxisnahen Konzepten des Übergangsmanagements. Dabei steht bei den vorgestellten Beiträgen sowohl der Übertritt an weiterführende Schulen, als auch der Eintritt an die Wirtschaftsschulen im Fokus. Die Frage, wie der Übergang von einer Schule zu einer anderen gestaltet werden sollte, wird von Schülern, Eltern wie auch

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

SCHRIFTLEITUNG

Martin Ruf, Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de
Telefon: 09 31/66 14 15
Telefax: 09 31/6 60 72 91

Alle Manuskripte und Beiträge werden erbeten an:
redaktion@vlb-bayern.de
Matthias Kohn, VLB-Geschäftsstelle
Telefon: 0 89/54 50 59 07
Telefax: 0 89/5 50 44 43

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung durch die Redaktion als angenommen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge, insbesondere Leserbriefe, müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion decken.

VLB-VERLAG UND ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43

GEMEINSAME ANSCHRIFT

Dachauer Straße 4,
80335 München
E-Mail: info@vlb-bayern.de
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de

LAYOUT

Agentur für Kommunikation CGC
Ried 3, 3233 Tschugg
Telefon: 032/3 89 27 70

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Markttheidenfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

ISSN Nr. 1867-9161

Lehrkräften unisono wie folgt beantwortet: er sollte möglichst reibungsfrei erfolgen. Wie die konkrete Ausgestaltung eines solchen Übergangs schlussendlich aussehen könnte, dafür haben Schulen bereits unterschiedliche Ansätze und Lösungen für sich gefunden.

Der zweite Teil des Sammelbandes beschäftigt sich mit dem Reformprozess der Wirtschaftsschule und dessen Auswirkungen für die Lehrkräfte und deren Aus- und Weiterbildung. Es geht darum, Studentafeln und Fächerkanon des neuen Lehrplans und das neue Verständnis der unterschiedlichen Fächer vorzustellen und im Hinblick auf den Reformprozess zu analysieren. Es wird dazu das dem Lehrplan zu Grunde liegende Konzept LehrplanPLUS genauer vorgestellt. Außerdem werden weitere Unterstützungsmöglichkeiten zur Implementierung des Lehrplans zusammengetragen und Maßnahmen zur Lehrkräftequalifizierung vorgestellt und beschrieben.

-vlb-rf

Nachrichtliches

Duale Ausbildung attraktiv für Studienzweifler

BIBB-Studierendenbefragung zur Attraktivität der beruflichen Bildung

Rund ein Drittel der Studierenden zweifelt daran, dass sie ihr derzeitiges Studium erfolgreich abschließen werden. Für fast 30 % von ihnen ist eine Ausbildung im dualen System eine attraktive Alternative. Dies sind Ergebnisse einer Studierendenbefragung zur Attraktivität der beruflichen Bildung, die im September 2015 online mit über 12.000 Studierenden an deutschen Hochschulen durchgeführt wurde. Dass sich nahezu jede/-r dritte Studierende bei einer Neuorientierung ein duales Studium vorstellen könnte, zeigt, dass es insgesamt ein großes Interesse der Studierenden an einem

Lehrerin / Lehrer gesucht!

Lehrerin/Lehrer an beruflichen Schulen – eine echte Alternative

Das Bayerische Staatsministerium Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat mit Schreiben vom 23.02.2016 folgende Informationen zur Weitergabe an die Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen der Fachschulen, in den Jahrgangsstufen 12 und 13 der Beruflichen Oberschulen sowie in der 12. Jahrgangsstufe der Gymnasien herausgegeben:

„Sie stehen am Beginn Ihrer beruflichen Laufbahn und denken vielleicht über neue berufliche Perspektiven nach. Mit dem Berufsziel Lehrerin/Lehrer an beruflichen Schulen (Berufsschule, Wirtschaftsschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachakademie sowie Fachoberschule und Berufsoberschule) bieten wir Ihnen eine echte Alternative für Ihre berufliche Zukunft in einem breiten Spektrum von Fachrichtungen:

- Metalltechnik
- Elektro- und Informationstechnik
- Bautechnik
- Agrarwirtschaft
- Gesundheits- und Pflegewissenschaft
- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft
- Sozialpädagogik
- Wirtschaftswissenschaften (Wirtschaftspädagogik)

Die fachliche und pädagogische Qualifikation erwerben Sie durch:

- eine einschlägige Berufsausbildung bzw. durch ein einschlägiges Berufspraktikum,
- ein einschlägiges Universitätsstudium nach Erwerb der Hochschulreife (fachgebunden bzw. allgemein) und
- einen zweijährigen Vorbereitungsdienst

Bitte beachten Sie: Insbesondere in den beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik, Elektro- und Informationstechnik sowie Wirtschaftswissenschaften mit der Studienrichtung II bestehen derzeit und in absehbarer Zukunft günstige Einstellungsbedingungen. In den Fachrichtungen Gesundheits- und Pflegewissenschaften, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft sowie Sozialpädagogik ist Zurückhaltung geboten. Um Ihre Einstellungschancen zu erhöhen, ist das Studium der folgenden Zweifächer sinnvoll: Physik, Mathematik, Deutsch, Englisch oder Religionslehre (katholisch oder evangelisch). Wir bitten Sie, sich auch über die Lehrbedarfsprognose (abrufbar unter www.km.bayern.de) über zukünftige Entwicklungen zu informieren. Weitere Informationen zur Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen finden Sie auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (abrufbar unter: www.km.bayern.de).“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nutzen auch Sie Ihre Möglichkeiten, geeignete Schülerinnen und Schüler über die Möglichkeiten als Lehrerin/Lehrer an beruflichen Schulen zu informieren und für das Lehramt mit guter Zukunftsperspektive zu begeistern.

Wolfgang Lambel

Bildungsweg mit betrieblichen Anteilen und konkreten beruflichen Perspektiven gibt.

Insgesamt findet die duale Berufsbildung bei den Studierenden positive Anerkennung: Auf einer Skala von 1 (gering) bis 5 (hoch) bewerten die Studierenden sie mit einem Wert von 3,72 als überdurchschnittlich gut. Gefragt nach ihrer Einschätzung zu spezifischen Berufen zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Das beste Image genießen unter den Befragten Berufe wie „Fachinformatiker/-in“, „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ und „Forstwirt/-in“, vergleichsweise schlecht stellt es sich bei Berufen wie „Gebäudereiniger/-in“, „Friseur/-in“ und „Kaufmann/-frau im Einzelhandel“ dar.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass es weitere „Türöffner“ für ein größeres Interesse an betrieblicher Bildung gibt: Rund 80 % der Studienzweifler, die in einer dualen Berufsausbildung bisher keine Option sehen, geben an, dass ihnen die Entscheidung für eine Ausbildung leichter fallen würde, wenn sie den Betrieb beziehungsweise das Unternehmen bereits im Vorfeld innerhalb eines bezahlten Praktikums kennenlernen könnten. Wichtig ist dieser Gruppe von Studienzweiflern, dass im Falle eines Wechsels

in die duale Berufsausbildung entweder die bisher im Studium erbrachten Lernleistungen auf die Abschlussprüfung angerechnet werden (81 %) oder durch eine Anrechnung der hochschulischen Lernleistungen die Ausbildungsdauer verkürzt wird (ebenfalls 81 %).

Die Befragten wurden auch nach ihren Erwartungen an einen Ausbildungsabschluss im Vergleich zu einem Hochschulabschluss befragt. Hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit sieht der Großteil der Befragten (41 %) gleiche Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz bei Ausbildungs- und Hochschulabschluss. 38 % der Studierenden sehen hier sogar eher einen Vorteil in der Ausbildung, nur 21 % sehen ihn bei einem Studium.

Hinsichtlich des gesellschaftlichen Ansehens und der Bezahlung schneidet die duale Berufsausbildung allerdings schlechter ab als das Studium: 56 % der Studierenden schätzen das gesellschaftliche Ansehen und 51 % die Bezahlung mit einem Hochschulabschluss gegenüber einem Ausbildungsabschluss als besser ein. *PM- BiBB - rf*

Autorenverzeichnis

Dachser, Bernhard

WS; Alter Postweg 86a, 86159 Augsburg,
Tel.: (0821) 324-18203

Dietrich, Hans

VLB-Referent FOS/BOS
Postfach 1234, 95011 Hof,
Tel.: (09281) 766130

Geller Karl

BS, Westernacher Str. 5,
87719 Mindelheim,
Tel.: (08261) 7620-0

Dr. Hummelsberger, Siegfried

FS, Deroystraße 1, 80335 München,
Tel.: (089) 233-35525

Krauß, Martin

stellvertr. VLB-Vorsitzender
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: (0961) 206-0

Lamb, Wolfgang

stellvertr. VLB-Vorsitzender und
Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

Itzehoer Straße 13, 90425 Nürnberg,
Tel.: (0911) 347333

Männlein, Pankraz

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12,
96050 Bamberg,
Tel.: (0951) 30287-0

Prof. Dr. Riedl, A./Dr. Schindler, C./Moser, E.

TUM School of Education, Marsstr. 20,
80335 München, Tel.: (089) 289 24355

Schönweiß, Reinhard

BS, Seidelstr. 2, 63741 Aschaffenburg,
Tel.: (06021) 4499-0

Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,
Tel.: (0931) 707691

Thurner, Franz

Reg. Ndb., Regierungsplatz 540,
84028 Landshut, Tel.: (0871) 808-01

Wunderlich, Jürgen

VLB-Landesvorsitzender
BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2,
86356 Neusäß,
Tel.: (0821) 454402-0



Bundesverband der Lehrerinnen und
Lehrer an beruflichen Schulen e.V.



Treffpunkt Berlin

FührungskräfteKongress 2016

Berufliche Schulen 4.0

29. und 30. September 2016

Maritim Hotel, Stauffenbergstr. 26, 10785 Berlin

Weitere Informationen und Anmeldung unter
www.bbs-führungskräfte.de

Flüchtlinge: Lösungen liegen in den differenzierten Bildungswegen

Alle Schularten übernehmen Verantwortung bei der Integration jugendlicher Flüchtlinge und Migranten

Bei der Frage, wie man es schafft, Flüchtlingskinder und deren Familien erfolgreich in Bayern zu integrieren, heißt ein entscheidender Schlüssel: Bildung. Vor allem die bayerischen Lehrer werden aktuell und in den kommenden Jahren gefordert sein, diese Aufgabe zu übernehmen und Verantwortung zu tragen. Deshalb hat die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) kurz vor den Osterferien darüber mit Kultusminister Ludwig Spaenle diskutiert. Und der Tenor war einstimmig: In unserem differenzierten Schulsystem lassen sich die Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen.

Aktuell konzentriert sich die Flüchtlingsthematik auf die Grund-, Mittel- und Berufsschulen. Vor allem in Übergangsklassen und Berufsintegrationsklassen sollen die Kinder und jugendlichen Asylbewerber zunächst im Bereich Deutsch fit gemacht werden. „Die Belastung für die Kollegen an diesen Schularten ist extrem hoch, auch weil aufgrund des großen Zustroms hunderte Lehrkräfte fehlen“, erklärt der Präsident der abl, Jürgen Böhm. „Künftig müssen wir die Lasten besser verteilen. Auch die Realschulen und die Gymnasien sollten in enger Kooperation mit den betroffenen Schularten noch stärker in die Flüchtlingsbeschulung mit einbezogen werden.“

Ein erster Schritt sind die sogenannten „SPRINT“-Klassen an der



Die abl-Vertreter beim Gespräch mit Minister Spaenle: (von links) Max Schmitt (bvpv), Jürgen Böhm (BRLV), Minister Dr. Ludwig Spaenle, Ursula Ley (KEG) und Jürgen Wunderlich (VLB).

Realschule und „InGym“ am Gymnasium. Die Integrationsklassen laufen seit diesem Schuljahr in Modellversuchen in München und Nürnberg und erhalten viele positive Rückmeldungen. Deshalb freut es Böhm, dass im kommenden Jahr die Zahl der Angebote ausgeweitet wird: „Unter den Flüchtlingen sind mit Sicherheit viele Heranwachsende, die eigentlich für die Realschule oder ein Gymnasium geeignet sind. Die größte Hürde stellt dabei die deutsche Sprache dar. Wir möchten, dass diese Kinder genauso von vom differenzierten Schulsystem profitieren. Dafür werden wir ge-

meinsam mit dem Kultusministerium an Lösungen und Kooperationen auch über die allgemeinbildenden Schulen hinaus arbeiten.“

Im Gespräch mit dem Minister betonten die Lehrervertreter, dass die hohe Qualität der Bildung in Bayern trotz der Flüchtlingsaufgaben weiter erhalten bleiben müsse. „Die bayerischen Lehrkräfte und das Personal in den Schulverwaltungen bewältigen die Herausforderungen mit großem Engagement. Sie brauchen auch in Zukunft entsprechende Rahmenbedingungen, um erfolgreich arbeiten zu können“, betont Böhm. *-vlb-rf*